

# STAATSANZEIGER



## FÜR DAS LAND HESSEN

1984

MONTAG, 19. NOVEMBER 1984

Nr. 47

Seite		Seite		Seite	
	<b>Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei</b>				
	Maßnahmen zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst .....	2246			
	<b>Der Hessische Minister des Innern</b>				
	Sicherung des Aufenthalts ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen .....	2246			
	Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Brachtal, Main-Kinzig-Kreis ..	2246			
	Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Heidenrod im Rheingau-Taunus-Kreis .....	2246			
	Prämierung von Vorschlägen im Rahmen des Vorschlagswettbewerbs der Hessischen Landesregierung .....	2246			
	<b>Der Hessische Minister der Finanzen</b>				
	Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1984 .....	2248			
	<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik</b>				
	Bekanntmachung über das Vorhaben der Firma Reaktor-Brennelement Union GmbH, 6450 Hanau-Wolfgang, eine Brennelementfabrik zu errichten und zu betreiben .....	2249			
	Aufstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 859 zur Landesstraße 3309 in der Gemarkung Großauheim der Stadt Hanau, Main-Kinzig-Kreis .....	2249			
	<b>Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales</b>				
	Verwaltungsanordnung über die Errichtung einer 6. Kammer bei dem Arbeitsgericht Kassel und einer 3. Kammer bei dem Arbeitsgericht Hanau .....	2250			
	Widerruf der staatlichen Anerkennung als Heilquelle .....	2250			
	<b>Personalnachrichten</b>				
	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern .....	2250			
	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen .....	2251			
	Im Bereich des Hessischen Kultusministers .....	2253			
	Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales .....	2260			
	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz .....	2260			
	<b>Die Regierungspräsidenten</b>				
	<b>DARMSTADT</b>				
	Vorhaben der Firma E. Merck, 6100 Darmstadt .....	2260			
	Vorhaben des Zweckverbandes Abfallverwertung Südhessen (ZAS) — vertreten durch die Südhessische Gas und Wasser AG —, 6100 Darmstadt .....	2260			
	Bestellung als Versteigerer .....	2261			
	Durchführung des Hessischen Landesplanungsgesetzes (§ 11); hier: Durchführung eines Raumordnungsverfahrens mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung zur Bestimmung eines Deponie-Standortes für die Ablagerung von Hausmüll und hausmüllähnlichen Abfällen der Kategorie I im Rheingau-Taunus-Kreis .....	2261			
	Widerruf der Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises .....	2261			
	<b>GIESSEN</b>				
	Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 5. 11. 1984 ..	2261			
	Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 5. 11. 1984 ..	2261			
	Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Schöffengrund, Lahn-Dill-Kreis .....	2262			
	hier: Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Homberg (Ohm), Vogelsbergkreis .....	2262			
	hier: Aufhebung der Wohnplätze in der Stadt Lauterbach (Hessen), Vogelsbergkreis .....	2262			
	<b>KASSEL</b>				
	Ermittlung von Grundstückswerten (Richtwertermittlung nach § 143 b BBauG); hier: Richtwertübersicht für den Regierungsbezirk Kassel zum 31. 12. 1983 .....	2262			
	<b>Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz</b>				
	<b>DARMSTADT</b>				
	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Im Rußland und in der Kuhweide bei Lindheim“ vom 30. 10. 1984 .....	2280			
	<b>KASSEL</b>				
	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Vollmarshäuser Teiche“ vom 1. 11. 1984 .....	2282			
	Buchbesprechungen .....	2284			
	Öffentlicher Anzeiger .....	2285			
	<b>Andere Behörden und Körperschaften</b>				
	Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden; hier: 23. Änderung der Satzung .....	2299			
	Umlandverband Frankfurt; hier: 25. Sitzung des Ältestenausschusses ..	2307			
	Nassauische Brandversicherungsanstalt; hier: Beschlüsse der Sitzung vom 19. 10. 1984 .....	2307			
	Der Kreis Ausschuß des Landkreises Waldeck-Frankenberg; hier: Beschluß über die teilweise Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden zur Durchführung von Sozialhilfefaufgaben im Landkreis Waldeck-Frankenberg vom 25. 10. 1984 .....	2307			
	Öffentliche Ausschreibungen .....	2307			
	Stellenausschreibungen .....	2308			

1140

## DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

**Maßnahmen zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst**

Nachstehend gebe ich den Beschluß der Hessischen Landesregierung vom 4. September 1984 bekannt:

Die Hessische Landesregierung beabsichtigt, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen beim beruflichen Aufstieg und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen zu entwickeln. Ein Bericht über die Situation der Frauen in der Hessischen Landesverwaltung sowie gezielte Bemühungen im Bereich der Fortbildung sollen diese Maßnahmen vorbereiten.

## I.

**Bericht über die Situation der Frauen in der Hessischen Landesverwaltung**

Die Ressorts legen jährlich einen Bericht über die Situation der Frauen in ihrem Geschäftsbereich vor (Stichtag 30. Juni), insbesondere über

- Beförderungen und Höhergruppierungen
- Bewerbungen
- Vorbildung der Inhaber/innen von Funktionsstellen (Stichprobe)

(Diese Statistik ist zunächst für den höheren Dienst zu erstellen; die Angaben für den gehobenen, mittleren und einfachen Dienst folgen in zeitlichen Abständen.)

Der Bericht ist der Zentralstelle für Frauenfragen und allen Mitarbeiter/innen des jeweiligen Geschäftsbereiches zugänglich zu machen.

Es ist vorgesehen, auf der Grundlage der Berichte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation beim beruflichen Aufstieg und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen zu entwickeln.

Im Abstand von zwei Jahren, erstmalig zum 1. August 1986, legen die Ressorts einen schriftlichen Bericht über die in ihrem Zuständigkeitsbereich durchgeführten Maßnahmen und ihre Ergebnisse vor. Es sollen auch solche Vorschläge und Aktivitäten dargestellt werden, die nicht zu dem beabsichtigten Erfolg geführt haben.

## II.

**Fortbildung**

Die Thematik „Förderung und Motivierung der Frauen“ wird als Bestandteil in das allgemeine Fortbildungsangebot einbezogen,

insbesondere bei Führungs-Lehrgängen und Personalführungslehrgängen. Fortbildungsangebote, insbesondere für den gehobenen und höheren Dienst, werden um Inhalte erweitert, die das Bewußtsein für die Gleichstellungsproblematik stärken und Personalentscheidungen zugunsten von Frauen fördern.

Sofern das Thema der einzelnen Fortbildungsmaßnahme es erfordert oder auch nur zuläßt — was z. B. bei Veranstaltungen zu arbeits- und dienstrechtlichen Fragen häufig der Fall ist —, soll auch künftig auf die besondere Situation weiblicher Beschäftigter und die für sie geschaffenen Sonderregelungen eingegangen werden.

Fortbildungsangebote sind so zu gestalten, daß Frauen verstärkt zur Teilnahme motiviert werden. Dies betrifft:

- die Form der Ausschreibung von Fortbildungsangeboten, die über Inhalte, Zielsetzung sowie methodische und organisatorische Einzelheiten Auskunft gibt und Frauen ausdrücklich als Zielgruppe anspricht;
- die Berücksichtigung familiärer Belastungen der Frauen durch ortsnahe Fortbildungsmöglichkeiten, Angebote mit Kinderbetreuung, Angebote für Teilzeitbeschäftigte, Blockseminare usw.;
- den verstärkten Einsatz weiblicher Lehrgangsleiter und Referentinnen;
- organisatorische Vorkehrungen, um auch mehreren Kolleginnen aus einer Dienststelle den Besuch derselben Fortbildungsveranstaltung zu ermöglichen;
- Einzel- oder Gruppengespräche, die vor Fortbildungsveranstaltungen von Vorgesetzten mit Frauen geführt werden, um sie zur Teilnahme zu motivieren;
- Möglichkeiten für beurlaubte Bedienstete, an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, um einen schnellen Anschluß an das geforderte Qualifikationsniveau zu gewährleisten und die berufliche Wiedereingliederung zu erleichtern.

Wiesbaden, 31. Oktober 1984

Der Hessische Ministerpräsident

— Staatskanzlei —

F — 55b 02/03

— Gült.-Verz. 300 —

StAnz. 47/1984 S. 2246

1141

## DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

**Sicherung des Aufenthalts ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen**

Bezug: Erlaß vom 6. September 1984 (StAnz. S. 1871)

Das Europäische Fürsorgeabkommen ist am 1. Dezember 1983 für Spanien in Kraft getreten.

Der Erlaß vom 6. September 1984 wird deshalb wie folgt geändert:

In Abschn. A II Nr. 3 b, 2. Absatz wird hinter „Schweiz“ eingefügt „Spanien“; im 3. Absatz wird „Spanien“ gestrichen. In Abschn. B II 2 b wird hinter „Schweden“ eingefügt „Spanien“. Im anschließenden Absatz wird „Spanien“ gestrichen.

Wiesbaden, 25. Oktober 1984

Der Hessische Minister des Innern

III A 51 — 23 d

— Gült.-Verz. 3106 —

StAnz. 47/1984 S. 2246

1143

**Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Heidenrod im Rheingau-Taunus-Kreis**

Der Gemeinde Heidenrod im Rheingau-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Die Flagge der Gemeinde Heidenrod zeigt auf gelber und roter Bahn in der oberen Hälfte das aufgelegte Gemeindegewapp.“

Wiesbaden, 29. Oktober 1984

Der Hessische Minister des Innern

IV A 23 — 3 k 06 — 52/84

StAnz. 47/1984 S. 2246

1142

**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Brachtal, Main-Kinzig-Kreis**

Bezug: Bekanntmachung des MdI vom 12. September 1984 (StAnz. S. 1875)

In der o. a. Bekanntmachung muß es in der letzten Zeile statt „links“ richtig „rechts“ heißen.

Die Redaktion

1144

**Prämierung von Vorschlägen im Rahmen des Vorschlagswettbewerbs der Hessischen Landesregierung**

Bezug: Erlasse vom 17. Dezember 1976 (StAnz. 1977 S. 11) und 18. Mai 1981 (StAnz. S. 1170)

Die Landesregierung hat die Vorschläge der nachstehend aufgeführten Teilnehmer am Vorschlagswettbewerb als verwertbar anerkannt und wie folgt prämiert:

Name des Einsenders	Reg.-Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM	Name des Einsenders	Reg.-Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Holger Kleinschmidt	2065	Vereinfachung im Bereich der Steuerverwaltung; hier: Ergänzung des Vordrucks 852 „Fragebogen zur steuerlichen Erfassung“ um gezielte Fragen zur Lohnsteuer	600,—	Hugo Sang	2038	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Angabe der gültigen Holzpreise (Endpreise) beim Verkauf von Fichten- und Kiefern-Industrieholz an die Fa. Holtzmann AG	80,—
NN	1984	Verbesserung der polizeilichen Beweissicherung	200,—	Herbert Scholz	2041	Verbesserung im Bereich der Polizei; hier: Techn. Änderung zur Verstärkung des Batteriekastrons der Weitwarnblinkleuchte „Primär 820“	80,—
Reinhard Blankenburg	2082	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Holzernte — Zusammenfassung mehrerer Abteilungen/Unterabteilungen zu einer Abrechnung bei Sammelhieben —	120,—	Wilhelm Stuckert	1483	Vereinfachung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Kosteneinziehungsverfahren der Gerichtskassen — Schreiben mit Kopiereinrichtungen —	70,—
Rainer Oppen	1955	Vereinfachung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Umgestaltung der Vordrucke für die Rechnungslegung der Vormünder/Pfleger (VS 9 a und VS 9 a E)	100,—	Rudolf Stingl	1906	Änderung des Vordrucks LBSt 2.32 „Auskunftersuchen“ für Zwecke der Kindergeld- und Ortszuschlagszahlung	70,—
Lutz Heinze	2009	Regelung zur Entsorgung von Leuchtstoffröhren	100,—	Gerhard Tischler	2048	Vereinfachung im Bereich der Steuerverwaltung; hier: Änderung der Vordrucke 1026, 1026 b und 1026 c — Angleichung der Anschriftenfelder —	70,—
Bernd Schwappacher	2021	Verbesserung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Konstruktion eines Geräteträgers mit untergehängter Pflugschar zur Pflege von Eichenkulturen	100,—	Heinrich Schalk	2050	Vereinfachung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Führung und Aufbewahrung der Dienstsiegel der Gerichtsvollzieher — Wegfall der zweiten unvermuteten Prüfung —	70,—
Hans Beier	2023	Verbesserung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Wegebezeichnungen im Staats- und Kommunalwald — Überprüfung der Wegebezeichnungen/-namen in der Hessischen Wegeinventur 1980 auf archivalische Richtigkeit —	100,—	Dietmar Netzel	2076	Vereinfachung im Bereich der Kataster- und Vermessungsverwaltung; hier: Herstellung von Handrissen mit Fotokopiergerät	70,—
Dieter Allendörfer	2047	Vereinfachung im Bereich der Steuerverwaltung; hier: Einführung einer Zusammenstellung der Termine und Organisationsaufgaben im Veranlagungsbereich „G“ und „U“	100,—	NN	1968	Vereinfachung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Änderung des Aktendeckels „AD 57“ — Erweiterung des Raumes für Prüfungsbescheinigungen des Kostenbeamten —	50,—
Bernd Reißmann	2094	Verbesserung im Bereich der Forstverwaltung; hier: „Checkliste“ für die Durchführung und Überwachung der Borkenkäferbekämpfung	100,—	Georg Huka	2002	Vereinfachung im Bereich der Polizei; hier: Änderung des Vordrucks LBSt 3.293 „Kostenbeiblatt“ — Zusammenfassung der am häufigsten einzutragenden Kosten auf der Vorderseite des Vordrucks und alternatives Vorsehen einer Endsumme auf dieser Seite —	50,—
Elmar Johann	2078	Änderung des Vordrucks LBSt 3.259 „Dienstunfall-Verhandlung“; hier: Eindruck von zusätzlichen Fragen zu unfallbedingten Körperschäden	100,—	Helmut Berk	2028	Vereinfachung im Bereich der Forstverwaltung; hier: Pflanzverfahren nach Richtschnur	50,—
Jürgen Hansen Edeltraud Freund	1983	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung; hier: Änderung des Vordrucks Kost 3 — Aufnahme eines besonderen Hinweises auf den Zahlungsweg zur Vermeidung von Falschzahlungen —	100,—				

Name des Einsenders	Reg.-Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM	Name des Einsenders	Reg.-Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Gerhard Ickler	2049	Vereinfachung im Bereich der Staatsbauverwaltung; hier: Änderung der technischen Leiste auf dem Vordruck „Kurzmitteilung“	50,—	Peter Fischer	2098	Wegfall der monatlichen Abrechnung von privaten Telefon- und Fotokopierkosten — Abrechnung in längeren Zeitabständen bzw. nach Erreichen eines bestimmten Mindestbetrages —	50,—
Georg Jäckel	2058	Vereinfachung im Bereich der Justizvollzugsanstalten; hier: Änderung des Vordrucks FGH 9 (Einnahmebeleg — Symbol 22 und 23 —) für die Buchung der Freigängergelder	50,—				

Wiesbaden, 30. Oktober 1984

Der Hessische Minister des Innern  
I A 14 — 3 v

StAnz. 47/1984 S. 2246

1145

## DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

**Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1984**

Ich gebe den Jahresabschlußerlaß 1984 bekannt und weise auf folgendes hin:

Da in die Arbeiten für den Jahresabschluß und die Rechnungslegung weitgehend die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) eingeschaltet ist, verzögern Fehler oder Terminüberschreitungen auch nur einer Dienststelle oder Kasse die Fertigstellung des gesamten Jahresabschlusses.

Ich bitte die Behörden und Dienststellen des Landes Hessen, für die Einhaltung der Fristen in Nr. 4 des Jahresabschlußerlasses zu sorgen.

Für Landesdienststellen, die Bundesmittel bewirtschaften und der Bundeskasse Frankfurt am Main Kassenanordnungen erteilen, sind die im Jahresabschlußerlaß des Bundesministers der Finanzen vom 2. August 1984 (MinBIFin S. 335) bestimmte Fristen maßgebend. Hiernach sind Kassenanordnungen für das auslaufende Haushaltsjahr frühzeitig, möglichst zwischen dem 14. und 19. Dezember 1984, **spätestens bis 19. Dezember 1984**, der Bundeskasse zuzuleiten. Bei später eingehenden Anordnungen kann nicht sichergestellt werden, daß sie noch zu Lasten der Mittel des Haushaltsjahres 1984 ausgeführt werden.

**Jahresabschlußerlaß 1984****Inhalt**

- 1 Abschluß der Bücher/Letzter Zahlungstag
- 2 Vorlage der Einnahme- und Ausgabeübersichten
- 3 Vorlage der Abschlußnachweisungen
- 4 Erteilung von Kassenanordnungen
- 5 Sonstige Bestimmungen
- 6 Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1984 über Einnahmen und Ausgaben des Bundes

Gemäß § 76 Abs. 1 LHO i. V. m. VV Nr. 25.1 zu § 71 LHO wird bestimmt:

- 1 **Abschluß der Bücher/Letzter Zahlungstag**
  - 1.1 Die Bücher für das Haushaltsjahr 1984 sind abzuschließen
    - 1.1.1 von den Landeskassen und der Landesjustizkasse **am 27. Dezember 1984**,
    - 1.1.2 von der Oberfinanzkasse **am 8. Januar 1985**.
    - 1.1.3 Die Staatshauptkasse erhält wegen des Abschlusses ihrer Bücher besondere Mitteilung (VV Nr. 25.1 letzter Satz zu § 71 LHO).
  - 1.2 **Letzter Zahlungstag** für das Haushaltsjahr 1984 für alle Kassen des Landes ist der **27. Dezember 1984**. Das Offenhalten der Bücher bei den Kassen zu Nrn. 1.1.2 und 1.1.3 über den 27. Dezember 1984 hinaus dient ausschließlich der Übernahme der Abschlußergebnisse der nachgeordneten Kassen nach VV Nr. 26.8 zu § 71 LHO.
  - 1.3 Die Zahlstellen rechnen zu dem von der Kasse bestimmten Zeitpunkt ab (Nr. 11.1 der Anlage 3 zu den VV zu § 79 LHO-ZBest-).
- 2 **Vorlage der Einnahme- und Ausgabeübersichten**
  - 2.1 Die Einnahme- und Ausgabeübersichten für den Monat Dezember 1984 sind der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung von allen Kassen des Landes **spätestens zum**

**3. Januar 1985** vorzulegen. Die mit ihrer Anfertigung befaßten Bediensteten haben dafür zu sorgen, daß diese Übersichten hinsichtlich der Beträge, Einzelplan-, Kapitel- und Titelnummern sowie Vorziffern mit den Titeltüchern (Titelkarten) übereinstimmen, damit nachträgliche Berichtigungen vermieden werden.

**3 Vorlage der Abschlußnachweisungen**

- 3.1 Die Abschlußnachweisungen für den Monat Dezember 1984 sind der Kasse, mit der abzurechnen ist, **spätestens vorzulegen**
  - 3.1.1 von den Landeskassen und der Landesjustizkasse **bis zum 3. Januar 1985**,
  - 3.1.2 von der Oberfinanzkasse **bis zum 9. Januar 1985**.

**4 Erteilung von Kassenanordnungen**

- 4.1 Mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage und auf die zwangsläufige Mehrbelastung der Kassen unmittelbar vor Abschluß des Haushaltsjahres sind Kassenanordnungen für das auslaufende Haushaltsjahr den Kassen möglichst vor dem **10. Dezember 1984** zu erteilen. Nach diesem Zeitpunkt dürfen den Kassen **nur in Ausnahmefällen** und **spätestens** zugeleitet werden (Eingang bei den Kassen):
  - 4.1.1 Annahmeanordnungen **bis zum 21. Dezember 1984**,
  - 4.1.2 **Auszahlungsanordnungen** in begründeten Einzelfällen **bis zum 19. Dezember 1984, 12.00 Uhr**;
  - 4.1.3 **Auszahlungsanordnungen**, soweit es sich um Barauszahlungen handelt, **bis zum 21. Dezember 1984, 11.00 Uhr**,
  - 4.2 **Änderungsanzeigen, Berechnungs-, Buchungs- sowie Auszahlungsanordnungen** sind **spätestens** zuzuleiten
    - 4.2.1 **an die Zentrale Besoldungsstelle Hessen** für Nachzahlungen **bis zum 30. November 1984**, für Neuzugänge **bis zum 7. Dezember 1984**,
    - 4.2.2 **an die Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle Hessen** für Nachzahlungen und für Neuzugänge **bis zum 22. November 1984**,
    - 4.2.3 **an die Staatskasse Darmstadt** über Vergütungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit **bis zum 16. November 1984**.

**5 Sonstige Bestimmungen**

- 5.1 Bei der Buchung der Zahlung nach Haushaltsjahren ist § 72 LHO zu beachten.
- 5.2 Nach VV Nr. 8.3 zu § 71 LHO sind in den Titeltüchern (Titelkarten) die zugewiesenen Einnahmen und Ausgaben sowie ggf. die aus dem Vorjahr übertragenen Ausgabereste und Vorgriffe nachzuweisen.  
Die Vorgriffe auf das Haushaltsjahr 1985 sind von den Kassen selbständig auf die Titeltücher (Titelbücher) des Haushaltsjahres 1985 vorzutragen (erforderlichenfalls im Benehmen mit den anordnenden Dienststellen). Für den Vortrag der Haushaltsreste erhalten sie von den Dienststellen schriftliche Anordnung.
- 5.3 Verwahrunen und Vorschüsse sind, soweit dies möglich ist, noch vor dem Jahresabschlußtag abzuwickeln.
- 5.4 Die Abrechnungskonten der Kassen gegenüber der Staatshauptkasse sind zum Jahresschluß auszugleichen, so daß in Abschn. B der Abschlußnachweisung für den Monat Dezem-

ber die Beträge zu den laufenden Nrn. 4 und 7 sich decken und bei laufender Nr. 8 ein Bestand nicht mehr verbleibt.

In der Abschlußnachweisung für den Monat Dezember ist eine eventuelle Ausgleichsbuchung in Abschn. C zu kennzeichnen; einer weiteren Mitteilung an die Staatshauptkasse bedarf es nicht.

5.5 Damit die Kassen beschleunigt Rechnung legen können, bitte ich die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter unter Hinweis auf die VV Nr. 8.2 zu § 100 LHO, auf die monatliche Belegvorlage für Dezember 1984 möglichst zu verzichten und Belege nur anzufordern, wenn es für den Fortgang der Vorprüfung unumgänglich ist.

5.6 In den vergangenen Jahren haben einige Kassen mit anordnenden Dienststellen vereinbart, daß diese ihnen bei Zeitdruck aushilfsweise Schreibkräfte zur Verfügung stellen, damit die Überweisungen rechtzeitig geleistet und die Abschlußtermine eingehalten werden konnten. Ich bitte, bei Bedarf entsprechende Abreden in gegenseitigem Einvernehmen zu treffen.

6 **Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1984 über Einnahmen und Ausgaben des Bundes**

6.1 Der Bundesminister der Finanzen hat durch Rundschreiben vom 2. August 1984 (MinBlFin S. 335) seinen Jahres-

abschlußerlaß für das Haushaltsjahr 1984 mitgeteilt und gebeten, die von den Regelungen betroffenen Landesdienststellen zu unterrichten.

6.2 Die Kassen des Landes — mit Ausnahme der Oberfinanzkasse — sind von den Regelungen im Jahresabschlußerlaß des Bundes nicht betroffen.

6.3 Für die Oberfinanzkasse bestimme ich als Abschlußtag für die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, die mit der Bundeskasse Frankfurt am Main abgerechnet werden, den **8. Januar 1985**.

Die Abschlußnachweisung für den Monat Dezember 1984 ist der Bundeskasse Frankfurt am Main bis zum 8. Januar 1985 vorzulegen.

Über die Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 1984 ergeht besonderer Erlaß.

Wiesbaden, 25. Oktober 1984

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
H 2202 A — 84 — III C 42

StAnz. 47/1984 S. 2248

1146

## DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

### Bekanntmachung über das Vorhaben der Firma Reaktor-Brennelement Union GmbH, 6450 Hanau-Wolfgang, eine Brennelementfabrik zu errichten und zu betreiben

Gemäß § 4 Abs. 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) vom 8. April 1982 (BGBl. I S. 412) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Firma Reaktor-Brennelement Union GmbH, 6450 Hanau-Wolfgang, einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach § 7 des Atomgesetzes i. d. F. vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), für die Errichtung und den Betrieb einer Brennelementfabrik RBU-Werk 1 in Hanau, Gemarkung Wolfgang, Rodenbacher Chaussee 6, Flur 1, Flurstück 37/10 u. a., gestellt hat. Der Antrag schließt einen Antrag auf Erteilung der Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ein.

Der Antrag und die in § 6 Abs. 1 AtVfV sowie § 10 Abs. 1 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 274) bezeichneten Unterlagen liegen in der Zeit vom 26. November 1984 bis einschließlich 25. Januar 1985

a) beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Kleiststraße 25, 6200 Wiesbaden, und

b) beim Magistrat der Stadt Hanau, Am Markt 14—18, Stadtplanungsamt, 3. OG, Zimmer 336, 6450 Hanau,

jeweils während der Dienststunden zur Einsicht aus. Etwaige Einwendungen gegen dieses Vorhaben sind gemäß § 7 Abs. 1 AtVfV innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Stellen zu erheben.

Mit Ablauf der Auslegungsfrist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen gegen das Vorhaben wird ein Erörterungstermin stattfinden. Zeit und Ort des Erörterungstermins werden in der gleichen Weise wie das Vorhaben bekanntgemacht werden. In dem Erörterungstermin werden die Einwendungen auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Gemäß § 15 Abs. 3 AtVfV wird die Entscheidung über die Anträge der Antragstellerin und den Personen, die Einwendungen erhoben haben, zugestellt werden. Sollten mehr als 300 Zustellungen vor-

zunehmen sein, werden diese Zustellungen gemäß § 15 Abs. 3 Satz 2 AtVfV durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Wiesbaden, 5. November 1984

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**  
IV a 12 — 99.1.4.4.1.6.1

StAnz. 47/1984 S. 2249

1147

### Aufstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 859 zur Landesstraße 3309 in der Gemarkung Großauheim der Stadt Hanau, Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt

Die in der Gemarkung Großauheim der Stadt Hanau im Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene Teilstrecke der Kreisstraße 859

von km 0,933 alt (bei km 0,006 der L 3309 in Richtung Hanau)

bis km 2,030 alt (bei km 2,979 der L 3309

aus Richtung Großkrotzenburg) = 1,097 km

wird mit Wirkung vom 1. November 1984 in die Gruppe der Landesstraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie wird als Teilstrecke der Landesstraße 3309 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main, Adalbertstraße 44—48, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 30. Oktober 1984

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**  
III c 22 — 63 a 30

StAnz. 47/1984 S. 2249

**DER HESSISCHE MINISTER FÜR ARBEIT, UMWELT UND SOZIALES**

1148

**Verwaltungsanordnung über die Errichtung einer 6. Kammer bei dem Arbeitsgericht Kassel und einer 3. Kammer bei dem Arbeitsgericht Hanau**

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Justiz mit Wirkung vom 1. November 1984 bei dem Arbeitsgericht Kassel eine weitere (6.) Kammer und bei dem Arbeitsgericht Hanau eine weitere (3.) Kammer gebildet.

Wiesbaden, 24. Oktober 1984

**Der Hessische Minister  
für Arbeit, Umwelt und Soziales**  
StS — IA 6 — 55 f — 6347  
*St.Anz. 47/1984 S. 2250*

1149

**Widerruf der staatlichen Anerkennung als Heilquelle**

Bezug: Erlaß vom 18. Januar 1966 (StAnz. S. 184)

Auf Antrag der Firma Selters Mineralquelle Augusta Victoria GmbH, 6293 Löhnberg-Selters wird hiermit gem. § 40 Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes i. d. F. d. Bekanntmachung vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 153) die vom Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen am 17. Januar 1966 ausgesprochene staatliche Anerkennung des Mineralwasserbrunnens „Alt-Selters“ als Heilquelle widerrufen.

Wiesbaden, 31. Oktober 1984

**Der Hessische Minister  
für Arbeit, Umwelt und Soziales**  
III A 4 b — 18 c 16.09  
*St.Anz. 47/1984 S. 2250*

1150

**PERSONALNACHRICHTEN**

Es sind

**C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**

**im Ministerium**

**ernannt:**

- zum **Staatssekretär (BaL)** Rechtsanwalt Andreas von Schoeler (5. 7. 84);
- zum **Ministerialrat** Regierungsdirektor (BaL) Peter Leimbert (16. 10. 84);
- zum **Regierungsdirektor** Regierungsoberrat (BaL) Dr. Rolf Bernhardt (1. 11. 84);
- zum **Branddirektor** Brandoberrat (BaL) Hermann Rose (20. 10. 1984);
- zum **Regierungsoberrat** Regierungsrat (BaL) Frank Bartosch (16. 10. 84);
- zu **Oberamtsräten** die Amtsräte (BaL) Heinz Apel, Volkmar Drachler, Horst Griesenbrock, Heinz-Werner Kümmler, Günter Schönbach (sämtlich 1. 10. 84), Karl Thumser (1. 11. 84);
- zum **Techn. Oberamtsrat** Techn. Amtsrat (BaL) Manfred Weidemann (1. 10. 84);
- zu **Amtsräten/innen** die Amtmänner (BaL) Helmut Fromme, Andreas Gaitzsch, Eberhard Otte, Sepp Walter Richter, Stefan Schwarz, Annemarie Sinner (sämtlich 1. 10. 84);
- zum **Techn. Amtsrat** Techn. Amtmann (BaL) Jürgen Schaaf (16. 10. 84);
- zu **Amtmännern** Oberinspektor/in (BaL) Ulla Bauer (30. 10. 84), Uwe Bauer (1. 10. 84);
- zur **Oberinspektorin** Inspektorin (BaP) Christina van der Sluijs Veer (10. 10. 84);

**versetzt:**

von der Stadt Frankfurt Amtsrat (BaL) Karl Thumser (1. 11. 1984);

**in den einstweiligen Ruhestand versetzt:**

Staatssekretär Otto Dockhorn (5. 7. 84);

**in den Ruhestand getreten:**

Ministerialrat Johannes Schaezzell (1. 11. 84), Amtsrat Heinz Geppert (1. 10. 84), Polizeihauptmeister Friedrich Bauerfeind (1. 7. 84);

**entlassen:**

Amtsärztin Inge Senf (1. 7. 84) gem. § 41 HBG.

Wiesbaden, 1. November 1984

**Der Hessische Minister des Innern**  
I B 61 — 8 b  
*St.Anz. 47/1984 S. 2250*

**beim Regierungspräsidenten in Darmstadt**

**ernannt:**

- zur **Regierungsrätin (BaL)** Regierungsrätin z. A. (BaP) Brigitte Schwabe (23. 8. 84);
- zum **Regierungsrat** Oberamtsrat (BaL) Willi Köbel (1. 4. 84);
- zu **Regierungsräten z. A. (BaP)** die Assessoren Norbert Einhäuser (9. 8. 84), Jürgen Bangert (1. 9. 84);
- zum **Inspektor (BaL)** Inspektor z. A. (BaP) Rolf Michelssen (1. 9. 84);
- zu **Inspektoren/innen** die Inspektoren/innen z. A. (BaP) Hildegard Brandstätter-Peschek, LR Offenbach (17. 5. 84), Ronny Mohr, LR Wetteraukreis (8. 8. 84), Thomas Steuernagel (15. 8. 84), Gisi Sator, Gabriele Czornohuz, Andrea Dittmann (sämtlich 1. 9. 84), Elmar Kexel, LR Hochtaunuskreis (3. 9. 84), Peter Hölper, LR Rheingau-Taunus-Kreis (20. 9. 84);
- zu **Inspektoren z. A. (BaP)** die Inspektoranwärter (BaW) Mathias Böcher (13. 4. 84), Thomas Haber (1. 7. 84);
- zu **Assistenten/innen** die Assistenten/innen z. A. (BaP) Bernd Petermann, LR Darmstadt-Dieburg (3. 5. 84), Michael Grzesik, LR Groß-Gerau, Markus Conrad, Gabriele Kuchar, Silke Mandl (sämtlich 1. 9. 84);
- zu **Assistenten/innen z. A. (BaP)** die Assistentenanwärter/innen (BaW) Jutta Baumann, Maria-Luise Brunnenstein, Maria Engler, Ilka Paris, Stefan Scholl, Thomas Strubel (sämtlich 1. 9. 84);
- zu **Assistentenanwärttern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Dieter Major, Heiko Springstubbe, Jutta Nostadt, Silvia Hammann, Yvonne Kurz, Alexandra Ruck (sämtlich 1. 9. 84);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

- der/die Oberinspektor/innen (BaP) Dzintra Willeboordse (28. 5. 84), Josef Zwesper (2. 7. 84), Gabriele Hollmann (13. 8. 84);
- die Inspektoren/innen (BaP) Waltraud Schimpf (14. 5. 84), Wilfried Grimm (21. 5. 84), Anita Oerterer (7. 6. 84), Horst Wendel, LR Bergstraße (15. 6. 84), Gabriele Schepp, LR Rheingau-Taunus-Kreis (20. 8. 84), Petra Henkel, LR Main-Kinzig-Kreis (6. 9. 84);
- die Hauptsekretäre (BaP) Claus-Jürgen Morschhäuser (3. 5. 84), Werner Völker (22. 6. 84), Thomas Obermeier (11. 9. 84);
- Obersekretär (BaP) Jürgen Seib (12. 6. 84);

**versetzt:**

- zum Magistrat der Stadt Langen Inspektor (BaL) Uwe Daneke (1. 7. 84);
- zur Gemeinde Kriftel Hauptsekretär (BaP) Harald Treber, LR Main-Taunus-Kreis (1. 3. 84);
- vom Magistrat der Stadt Darmstadt Assistent (BaP) Andreas Nungesser, LR Groß-Gerau (1. 9. 84);

**in den Ruhestand versetzt:**

Regierungsdirektor (BaL) Heinrich Quick (31. 7. 84) gem. § 51 (3) HBG;  
 Oberamtsrat (BaL) Herbert Uhrig (30. 9. 84) gem. § 51 (1) HBG;  
 die Amtsräte (BaL) Karl-Heinz Hees (31. 7. 84) gem. § 51 (3) HBG, Willy Schmidt (31. 7. 84) gem. § 51 (1) i. V. m. § 52 (1) HBG, Werner Mosgraber (31. 7. 84) gem. § 51 (1) HBG;  
 Amtmann (BaL) Willi Gremm, LR Bergstraße, (31. 7. 84) gem. § 51 (3) HBG;

**in den Ruhestand getreten:**

Amtsrat (BaL) Erich Best (31. 8. 84);

**entlassen:**

Amtmann (BaL) Gustav Fetzer (30. 9. 84) gem. § 41 HBG;  
 die Baureferendare/innen (BaW) Ingeborg Breithaupt, Barbara Zibell, Fritz Lauppe (sämtlich 27. 6. 84), Norbert Stoll (29. 6. 84), sämtlich gem. § 43 Abs. 2 Satz 2 HBG;  
 der/die Inspektorwärter/innen (BaW) Karin Becker (9. 5. 84) gem. § 39 (1) Ziff. 4 HBG, Pia Zuchhold (30. 6. 84) gem. § 43 (1) i. V. m. § 42 (3) HBG, Annette Bars (31. 7. 84) gem. § 39 (1) Ziff. 4 HBG, Jürgen Siek, Silke Nixdorf, Simone Dicks (sämtlich 30. 9. 84), sämtlich gem. § 41 HBG;

**verstorben:**

Amtmann (BaL) Karl-Heinz Blodt (1. 6. 84).

Darmstadt, 30. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**

I 2/2 a — 71 02/07 (e)

StAnz. 47/1984 S. 2250

**beim Hessischen Landeskriminalamt****ernannt:**

zu **Kriminalhauptmeistern** die Kriminalobermeister (BaL) Rolf Brandl, Gerhard Speck-Pelikan (beide 1. 10. 84), Polizeiobermeister (BaL) Thomas Buttenberg (1. 10. 84);  
 zu **Kriminaloberkommissaren** die Kriminalkommissare (BaL) Joachim Wenz, Gerd Manfred Thielmann (beide 1. 10. 84), Gerhard Heß (30. 10. 84);  
 zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommissare (BaL) Odwin Kloss, Matthias Krüger (beide 1. 10. 84), Hans Lotz (12. 10. 84);

**eingewiesen:**

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage Kriminalhauptmeister (BaL) Rüdiger Simoneit (1. 10. 84);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

die Kriminalhauptmeister (BaP) Rolf Klinkel (13. 6. 84), Frank Mühlhausen (31. 8. 84), Jörg Ehlig (25. 9. 84);  
 Kriminalobermeister/in (BaP) Ute Schröder (31. 8. 84), Claus Bott (4. 9. 84);  
 die Polizeimeister (BaP) Volker Georg Sieler (2. 7. 84), Wolfgang Jung (30. 7. 84), Dietmar Theodor Körner (3. 10. 84);

**in den Ruhestand getreten:**

Kriminalhauptkommissar (BaL) Wilhelm Schaffert (31. 8. 84);

**in den Ruhestand versetzt:**

Kriminalhauptkommissar (BaL) Hans Siedler (30. 9. 84).

Wiesbaden, 31. Oktober 1984

**Hessisches Landeskriminalamt**  
 VII/1 — 8

StAnz. 47/1984 S. 2251

**beim Hessischen Wasserschutzpolizeiamt****ernannt:**

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaP) Harald Krebs (25. 10. 84);

**in den Ruhestand versetzt:**

Polizeihauptmeister Siegfried Kopp (31. 10. 84) gem. § 51 i. V. m. § 193 (1) HBG.

Wiesbaden, 31. Oktober 1984

**Hessisches Wasserschutzpolizeiamt**  
 P/H 1 — 5113 — 4515/84

StAnz. 47/1984 S. 2251

**beim Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei****ernannt:**

zur **Sekretärin (BaP)** Angestellte Karola Hundt (1. 10. 84);  
 zum **Obersekretär** Sekretär (BaL) Bernd-Joachim Balkow (1. 10. 84), Sekretär (BaP) Richard Schütz (1. 10. 84);  
 zum/zur **Hauptsekretär/in** Obersekretär/in (BaL) Sylvia Peterson, Gerd Wohlkopf (beide 1. 10. 84);  
 zum **Amtsinspektor** Hauptsekretär (BaL) Richard Tächl (1. 10. 84);  
 zum/zur **Inspektor/in** Inspektor/in z. A. (BaP) Petra Schwiertz (1. 9. 84), Olaf Hockauff (1. 2. 84);  
 zum/zur **Oberinspektor/in** Inspektorin (BaP) Kornelia Hanys, Inspektor (BaL) Karl-Heinz Petry (beide 1. 10. 84);  
 zu **Amtmännern** Oberinspektor/in (BaL) Angelika Keller (18. 4. 84), Heinz Strube (26. 4. 84);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

Inspektor (BaP) Hans-Joachim Paul (1. 6. 84), Obersekretär (BaP) Stefan Uersfeld (13. 8. 84), Sekretär (BaP) Bernd Joachim Balkow (14. 7. 84), Inspektor/in (BaP) Martin Klings (27. 10. 84), Ingeborg Kruszynski (26. 5. 84);

**versetzt:**

zum Magistrat der Stadt Neu-Isenburg Hauptsekretär (BaL) Hans-Joachim Moerler (1. 10. 84).

Wiesbaden, 29. Oktober 1984

**Wirtschaftsverwaltungsamt**  
 der Hessischen Polizei  
 I/2 — 8 b 05

StAnz. 47/1984 S. 2251

**beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main****berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

Polizeikommissar (BaP) Peter Herche (31. 10. 84), die Polizei-obermeister (BaP) Norbert Böcher (5. 10. 84), Peter Krauskopf, Dieter Schleicher, Horst Schleicher (sämtlich 8. 10. 84), Andreas Hannappel (10. 10. 84), Hans-Werner Fey (12. 10. 84), Volker Hof (16. 10. 84), Frank Ledderhose (19. 10. 84), Klaus Hartmann (23. 10. 84), Harald Zielinski (24. 10. 84), Harald Sack (26. 10. 84), Polizeimeister (BaP) Gisbert Twenning (15. 10. 84);

**versetzt:**

zum Freistaat Bayern, PP München, Polizeiobermeister (BaL) Johannes Buchta (1. 10. 84).

Frankfurt am Main, 1./5. November 1984

**Der Polizeipräsident**  
 P III/21/23 — 8 b 04 03  
 8 b 34 01

StAnz. 47/1984 S. 2251

**D. Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen****bei der Oberfinanzdirektion****ernannt:**

zu **Steueramtmännern** die Steueroberinspektoren/in (BaL) Manfred Gerlach, Klaus Harbach, Albrecht Körner, Angela Schnägelberger, Manfred Schwebel (sämtlich 1. 10. 84);  
 zur **Steueramtsinspektorin** Steuerhauptsekretärin (BaP) Christa Hohmann (1. 10. 84);  
 zum **Steuerhauptsekretär** Steuerobersekretär (BaP) Manfred Zier (1. 10. 84);  
 zur **Steuersekretärin** Steuerassistentin (BaP) Birgit Reitz (1. 10. 84);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

Steuerinspektor (BaP) Peter Liebeck (1. 10. 84);

**bei der Steuerverwaltung****ernannt:**

zu **Regierungsoberräten** die Regierungsräte (BaL) Peter Charissé, FA Bad Homburg, Dr. Hans Rolf Fritz, Finanzamt Dillenburg, Werner Schön, FA Friedberg (sämtlich 1. 10. 84);  
 zum **Regierungsrat** Oberamtsrat (BaL) Kurt Hollnagel, FA Ffm.-Börse (1. 10. 84);  
 zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Kai Wiczorek, FA Ffm.-Stiftstr. (1. 10. 84);

zu **Regierungsräten z. A. (BaP)** die Bewerber Harald Dörn, FA Nidda, Frank-Peter Trunk, FA Dillenburg, Peter Vogl, FA Bad Homburg (sämtlich 1. 10. 84);

zu **Oberamtsräten/innen** die Steuerräte (BaL) Dieter Church, Hermann Dentel, Helmut Faust, sämtlich FA Ffm.-Börse, Wolfgang Hoyer, FA Ffm.-Taunustor, Alfons Jung-König, FA Weilburg, Werner Reitz, FA Ffm.-Börse, Horst Schuchmann, FA Gießen, Willi Schupp, FA Wetzlar, Karlheinz Wilhelm, FA Wiesbaden I,

die **Amtsrätinnen (BaL)** Gisela Breitenbach, FA Wiesbaden I, Bärbel Grasmeyer, FA Ffm.-Börse (sämtlich 1. 10. 84);

zu **Amtsräten/innen** die Steueramtmänner (BaL) Robert Claus, FA Groß-Gerau, Monika Feige, FA Ffm.-Börse, Manfred Hoven, FA Kassel-Goethestr., Hans-Ludwig Harbrecht, FA Darmstadt, Hugo Kremser, Karl-Heinz Lepper, beide FA Ffm.-Börse, Hans-Moritz Liebau, FA Bensheim, Dieter Luckenbill, FA Kassel-Goethestr., Klaus Müller, FA Hanau, Rudolf Nitz, FA Wiesbaden II, Harald Reitzenstein, FA Hanau, Barbara Reiter, FA Alsfeld, Franz Rohr, FA Darmstadt, Friedhelm Schmidt, FA Ffm.-Börse, Martin Stein, FA Offenbach-Stadt, Heinz Zörb, FA Gießen (sämtlich 1. 10. 84);

zu **Steueramtmännern** die Steueroberinspektoren/innen (BaL) Albrecht Amrein, FA Bad Homburg, Peter Andreas, FA Ffm.-Börse, Rolf Barthel, FA Bad Schwalbach, Eckhard Bolck, FA Ffm.-Stiftstr., Claus Bröhl, FA Ffm.-Taunustor, Günther Cromm, FA Wetzlar, Ursula Eckelt, FA Ffm.-Börse, Norbert Figge, FA Korbach, Christian Fuchs, FA Limburg, Falk Gerke, FA Kassel-Goethestr., Ludwig Hoos, FA Gelnhausen, Christel Jumel, FA Ffm.-Stiftstr., Jürgen Justi, FA Ffm.-Höchst, Dieter Kaltwasser, FA Ffm.-Börse, Annerose Klein, FA Kassel-Spohrstr., Barbara Koehler-Schallwig, FA Ffm.-Taunustor, Klaus Koruschowitz, FA Groß-Gerau, Gregor Kraus, FA Korbach, Werner Kraus, FA Lauterbach, Ulrich Kulle, FA Ffm.-Börse, Martin Leister, FA Wiesbaden I, Karl-Heinz Lintner, FA Hanau, Roland Meyer, FA Ffm.-Taunustor, Lothar Merz, FA Groß-Gerau, Reinhard Meyer, FA Wetzlar, Gerda Michelsons, FA Fulda, Karl-Heinz Nöding, FA Ffm.-Börse, Norbert Ohlenschläger, FA Ffm.-Taunustor, Georg Richardt, FA Alsfeld, Monika Sanden, FA Wiesbaden I, Antonie Schneider, FA Rüdeseheim, Dieter Stöß, FA Ffm.-Börse, Werner Strassel, FA Wetzlar, Heinz Wegener, FA Eschwege, Harald Weil, FA Ffm.-Hamburger Allee, Dieter Will, FA Wetzlar, Dieter Wobig, FA Ffm.-Börse, Silvia Zentgraf-Schories, FA Ffm.-Stiftstr. (sämtlich 1. 10. 84);

zu **Steueroberinspektoren/innen** die Steuerinspektoren/innen (BaL) Heinz Becker, FA Bad Homburg, Helmut Bischof, FA Darmstadt, Gunter Eckhardt, FA Ffm.-Höchst, Brigitte Engelhardt, FA Melsungen, Hartmut Georg, FA Langen, Wilhelm Gerhold, FA Dieburg, Jürgen Grondinger, FA Ffm.-Hamburger Allee, Eckhard Gust, FA Ffm.-Stiftstr., Bernhard Herr, FA Hanau, Helmut Hinske, FA Ffm.-Höchst, Volker Jung, FA Langen, Walter Krimmel, FA Wiesbaden I, Claudia Kunze, FA Fulda, Rolf Maether, FA Darmstadt, Lothar Marschner, FA Michelstadt, Jürgen Reiter, FA Ffm.-Taunustor, Wilhelm Riemenschneider, Ottmar Sennhenn, beide FA Kassel-Spohrstr., Karl-Heinz Sperling, FA Wiesbaden I, Thomas Schader, FA Bensheim, Ralf Schäfer, FA Ffm.-Taunustor, Bernd Schetter, FA Ffm.-Börse, Erwin Stein, FA Darmstadt, Norbert Stein, FA Bensheim, Gisela Ulott, FA Kassel-Goethestr., Christa Usinger, FA Ffm.-Stiftstr., Hans-Burkhard Velte, FA Wiesbaden II, Ekkehard Wahl, FA Nidda, Ralf Wißmann, FA Dieburg, Gerhard Wölker, FA Ffm.-Stiftstr. (sämtlich 1. 10. 84);

zu **Steueramtsinspektoren/innen** die Steuerhauptsekretäre/innen (BaL) Annemarie Bänfer, FA Friedberg, Willi Barth, FA Darmstadt, Heinz Becker, FA Rüdeseheim, Gottfried Böcke, FA Nidda, Jutta Ehret, FA Ffm.-Börse, Werner Eilers, FA Ffm.-Taunustor, Helmut Greis, FA Frankenberg, Regina Grundschok, FA Fulda, Philipp Hannemann, FA Groß-Gerau, Ulrich Kreiß, FA Eschwege, Jutta Krotki, Burkhard Kürzeder, beide FA Groß-Gerau, Dietmar Kunz, FA Hanau, Monika Leitschuh, FA Offenbach-Stadt, Irmtraud Leutner, FA Hanau, Josef Ludwig, FA Dillenburg, Reinhard Mohn, FA Bad Homburg, Edgar Pappert, FA Ffm.-Taunustor, Bernd Riemenschneider, FA Melsungen, Lothar Röder, FA Gelnhausen, Heinz Rosenthal, FA Kassel-Spohrstr., Siegmar Stöber, FA Witzenhausen, Petra Störkel, FA Ffm.-Stiftstr., Christina Weber, FA Offenbach-Stadt (sämtlich 1. 10. 84);

zu **Steuerhauptsekretären/innen** die Steuerobersekretäre/innen (BaL) Wolfgang Agel, FA Wetzlar, Lothar Albrecht, FA Gießen, Heinrich Alter, FA Bensheim, Jürgen Amend, FA Hamburger Allee, Wolfgang Barmann, FA Groß-Gerau, Bernhard Becker, FA Korbach, Carmen Betz, FA Hanau, Gerhard Bonn,

FA Alsfeld, Heidrun Brenner, FA Rotenburg, Bernd Bücher, FA Bad Schwalbach, Erika Burk, FA Friedberg, Gabriele Czezor, FA Michelstadt, Ingeborg Erb, FA Ffm.-Taunustor, Regina Fraude, FA Offenbach-Land, Marion Häuser, FA Friedberg, Siegfried Herbert, FA Fulda, Elke Hilsdorf, FA Bensheim, Dorothea Hoen, FA Groß-Gerau, Reinhard Hormel, FA Gießen, Christa Kampfmann, FA Hanau, Sigrid Ketter, FA Weilburg, Roland Köhlinger, FA Dillenburg, Helga Kroner, FA Ffm.-Hamburger Allee, Joachim Lind, FA Fulda, Helmut Lutz, FA Gießen, Thomas Martsch, FA Hanau, Waltraud Meckel, FA Bensheim, Karlheinz Meinhardt, FA Kassel-Goethestr., Heinrich Möke, FA Bensheim, Walter Muchel, FA Wetzlar, Reiner Neidhardt, FA Gelnhausen, Eva Maria Opper, FA Ffm.-Höchst, Manfred Pätzold, FA Gießen, Lothar Pirl, FA Friedberg, Hans-Heinrich Schrodt, FA Marburg, Udo Schröder, FA Fritzlär, Reinhold Schütz, FA Gelnhausen, Dieter Steimar, FA Bad Hersfeld, Jürgen Vinzens, FA Melsungen, Reiner Völke, FA Witzenhausen, Willi Weber, FA Biedenkopf, Ute Weifenbach, FA Gießen, Angelika Zöllner, FA Ffm.-Börse;

die **Steuerobersekretäre/innen (BaP)** Birgit Arndt, FA Fritzlär, Ute Auer, FA Groß-Gerau; Norbert Bamberger, FA Ffm.-Höchst, Michael Bauer, FA Bad Homburg, Jürgen Bende, FA Frankenberg, Dagmar van der Berg, FA Darmstadt, Regina Bormuth, FA Bensheim, Maria Bürger, FA Darmstadt, Petra Cilic, FA Offenbach-Stadt, Roland Dörbaum, FA Hofgeismar, Udo Fahrion, FA Langen, Jürgen Feja, Ingrid Friedrich, beide FA Darmstadt, Peter Fritz, FA Dieburg, Georg Führer, FA Wiesbaden I, Georg Gaubatz, FA Langen, Dieter Günther, FA Nidda, Wolfgang Hämmerich, FA Eschwege, Ulrike Heinelt, FA Gießen, Petra Heinz, FA Dillenburg, Felizitas Helmling, FA Bensheim, Brigitte Hitz, FA Ffm.-Stiftstr., Manfred Kaufmann, FA Ffm.-Taunustor, Manfred Knecht, FA Offenbach-Stadt, Günter Kohl, Karin Kohl, beide FA Groß-Gerau, Brunhild Korell, FA Schwalmstadt, Marina Kremer, FA Wiesbaden I, Reinhard Männche, FA Friedberg, Annemarie Mayr, FA Darmstadt, Felicitas Meyer, FA Friedberg, Ingrid Mielke, FA Gelnhausen, Klaus Neff, FA Michelstadt, Volker Pauli, FA Friedberg, Jürgen Perner, FA Bad Homburg, Manfred Petersohn, FA Dillenburg, Bärbel Reinhardt, FA Rotenburg, Norbert Rock, FA Bad Schwalbach, Manfred Rücker, Linda Sachs, beide FA Bensheim, Horst Seibel, FA Frankenberg, Doris Simon, FA Schwalmstadt, Harald Spindler, FA Hofgeismar, Petra Schenkel, FA Ffm.-Taunustor, Sigrun Scherber, FA Ffm.-Stiftstr., Susanne Scholz, FA Dillenburg, Joachim Schomburg, FA Ffm.-Hamburger Allee, Bernd Schuhmacher, FA Wiesbaden I, Volker Steinbach, FA Fritzlär, Klaus-Dieter Stollberg, FA Ffm.-Stiftstr., Wolfgang Then, FA Gießen, Wolfgang Then, FA Melsungen, Birgit Weissensee, FA Gießen, Gunda Wenzel, FA Witzenhausen, Karin Wesely, FA Gießen, Dieter Witzemberger, Dietmar Wörner, beide FA Ffm.-Hamburger Allee (sämtlich 1. 10. 84);

zu **Steuerobersekretären/innen** die Steuersekretäre/innen (BaL) Klaus Adam, FA Kassel-Spohrstr., Peter Bachmann, FA Ffm.-Hamburger Allee, Ursula Bußmann, Hans Peter Davin, beide FA Hanau, Detlev Durrer, FA Weilburg, Petra Faust, FA Ffm.-Stiftstr., Rüdiger Führer, FA Rotenburg, Volker Gottschalk, FA Hanau, Gerd Kassühlke, FA Ffm.-Hamburger Allee, Peter Keck, FA Biedenkopf, Udo Kliffmüller, FA Kassel-Goethestr., Dieter Koch, FA Wiesbaden I, Hannelore Lehmann, FA Kassel-Spohrstr., Gernot Ludanek, FA Groß-Gerau, Martin Pilawa, FA Ffm.-Taunustor, Otto Rhein, FA Korbach, Horst Seiler, FA Ffm.-Taunustor, Brigitte Scharmann, FA Bensheim, Ina Schlichtner, FA Melsungen, Hans-Jürgen Scholz, FA Kassel-Spohrstr., Kurt Vogt, FA Biedenkopf, Karl-Friedrich Wendt, FA Korbach, Petra Wetzel, FA Kassel-Spohrstr., Wolfgang Wienberg, FA Witzenhausen, Ulrich Willius, FA Kassel-Spohrstr.;

die **Steuersekretäre/innen (BaP)** Dittmar Adam, FA Ffm.-Höchst, Lothar Adami, FA Friedberg, Hartwig Alberding, FA Hofgeismar, Andrea Arnold, FA Bensheim, Karlfried Baumann, FA Ffm.-Taunustor, Marlies Baumann, FA Langen, Klaus Dieter Baumgarten, FA Ffm.-Höchst, Manfred Becker, FA Friedberg, Thomas Becker, FA Offenbach-Stadt, Uwe Beisheim, FA Kassel-Spohrstr., Gudrun Belz, Juliana Benkner, beide FA Offenbach-Stadt, Dorothee Benner, FA Dillenburg, Elke Bernhardt, FA Alsfeld, Angelika Bernklaus, FA Ffm.-Börse, Siegfried Binder, FA Biedenkopf, Jürgen Bischoff, FA Michelstadt, Thomas Bley, FA Gießen, Hubert Bode, FA Hanau, Klaus-Dieter Bölling, FA Witzenhausen, Heike von Bostel, FA Ffm.-Höchst, Werner Bradt, FA Offenbach-Land, Bernd Brandau, FA Ffm.-Hamburger Allee, Axel Breidenbach,



FA Wiesbaden I, Bärbel Burschel, Jürgen Cebulla, beide  
 FA Groß-Gerau, Silke Colberg-Schädlich, Claudia Dähling,  
 beide FA Gießen, Christine Deuker, Elke Diefenbach, beide  
 FA Wiesbaden I, Holger Dirich, FA Kassel-Spohrstr., Peter  
 Dörr, FA Marburg, Dieter Dreistadt, FA Bad Schwalbach,  
 Siegmund Drob, FA Dillenburg, Klaus Dubowy, FA Gelnhausen,  
 Christiane Eckert, FA Friedberg, Gudrun Eckstein, FA Alsfeld,  
 Wolfgang Ehresmann, FA Gelnhausen, Norbert Eierdanz,  
 FA Korbach, Michael Einig, FA Bad Homburg, Elke Eisel,  
 FA Ffm.-Höchst, Ute Elberskirch, FA Groß-Gerau, Silke  
 Engel, FA Ffm.-Stiftstr., Uwe Engel, FA Wiesbaden II, Bernd  
 Erle, FA Ffm.-Hamburger Allee, Erika Erle, FA Marburg,  
 Karen Fehr, FA Bad Homburg, Volker Filbert, FA Groß-Gerau,  
 Harald Frank, FA Ffm.-Hamburger Allee, Denis Franke,  
 FA Ffm.-Börse, Markus Friedrich, FA Ffm.-Höchst, Jürgen  
 Funk, FA Michelstadt, André Gaßner, FA Wiesbaden II,  
 Susanne Geist, FA Hanau, Joachim Georgi, FA Bensheim, Tho-  
 mas Glitsch, FA Offenbach-Stadt, Michael Göbel, FA Wiesba-  
 den II, Heidrun Gottschalk, FA Kassel-Spohrstr., Petra Grei-  
 ner, FA Bad Hersfeld, Olaf Gros, FA Wiesbaden II, Roland  
 Günther, FA Gelnhausen, Gabriela Guthier, FA Bensheim,  
 Bernd Hamburger, FA Hanau, Elvira Hartmann, FA Ffm.-  
 Stiftstr., Bernd Hartwig, FA Witzhausen, Joachim Helbig,  
 FA Fritzlar, Jürgen Heldmann, FA Darmstadt, Stefan Herth,  
 FA Langen, Horst Georg Hildebrand, FA Ffm.-Taunustor,  
 Ursula Hillenbrand, FA Offenbach-Stadt, Ralf Hirz, FA Darm-  
 stadt, Ulrike Hönig, FA Offenbach-Stadt, Susanne Hübenthal,  
 FA Witzhausen, Hans-Dieter Illing, FA Groß-Gerau, Edwin  
 Karl, FA Ffm.-Hamburger Allee, Gudrun Kaschewski,  
 FA Wiesbaden II, Horst Kempel, FA Hanau, Volker Knauff,  
 FA Ffm.-Börse, Heidi Knierim, FA Rotenburg, Gerhard Koch,  
 FA Wiesbaden II, Holger Koch, FA Ffm.-Stiftstr., Reiner  
 Kramm, FA Fritzlar, Reiner Kreuter, FA Ffm.-Taunustor,  
 Wolfgang Krieger, FA Ffm.-Hamburger Allee, Jutta Krist,  
 FA Ffm.-Stiftstr., Jutta Kutscher, FA Ffm.-Höchst, Werner  
 Larem, FA Dieburg, Peter Lauterbach, FA Kassel-Spohrstr.,  
 Karin Lembke, FA Ffm.-Taunustor, Ute Lentzen, FA Wiesba-  
 den I, Harald Lind, FA Ffm.-Hamburger Allee, Wolfgang  
 Mand, FA Kassel-Spohrstr., Gabriele Mandler, FA Wetzlar,  
 Hubert Mehler, FA Ffm.-Börse, Friedrich Meudt, FA Ffm.-  
 Taunustor, Volker Meyer, FA Wiesbaden I, Beate Monno,  
 FA Weilburg, Peter Mückstein, FA Ffm.-Börse, Heike Müller,  
 FA Rotenburg, Klaus-Jürgen Nebel, FA Korbach, Karin Neu-  
 berger, FA Groß-Gerau, Hans-Georg Noll, FA Schwalmstadt,  
 Uwe Olles, FA Ffm.-Börse, Klaus Otterbein, FA Offenbach-  
 Stadt, Wolfgang Partl, FA Ffm.-Hamburger Allee, Frank  
 Partsch, FA Hanau, Helga Pauli, FA Ffm.-Börse, Erwin Pin-  
 schmidt, FA Ffm.-Hamburger Allee, Anette Prinz, FA Hanau,  
 Gudrun Püpkulies, FA Offenbach-Stadt, Rolf Reckelkamm,  
 FA Ffm.-Börse, Manfred Rehn, FA Langen, Johannes Richter,  
 FA Ffm.-Hamburger Allee, Dieter Ries, FA Dieburg, Marion  
 Roßbach, FA Wiesbaden I, Anette Ruhl, FA Offenbach-Stadt,  
 Peter Sehr, FA Ffm.-Höchst, Achim Sohn, FA Wiesbaden I,  
 Marion Spalt, FA Darmstadt, Claus Sperle, FA Wiesbaden II,  
 Petra Schäde, FA Offenbach-Stadt, Frank Schäfer, FA Groß-  
 Gerau, Edgar Schardt, Jürgen Schardt, beide FA Wiesbaden II,  
 Jürgen Scherer, FA Offenbach-Stadt, Ute Schiller, FA Bad  
 Schwalbach, Elke Schmidt, FA Kassel-Spohrstr., Klaus  
 Schmitt, FA Ffm.-Höchst, Klaus Schneider, FA Offenbach-  
 Stadt, Norbert Schneider, FA Ffm.-Börse, Heike Schretz-  
 maier, FA Ffm.-Stiftstr., Petra Schütt, FA Bensheim, Wilfried  
 Schulte, FA Michelstadt, Petra Schultz, FA Langen, Arnd  
 Schulz, FA Kassel-Spohrstr., Jochen Strack, FA Ffm.-Taunus-  
 tor, Agnes Straßburger, FA Bad Schwalbach, Ortwin Stein,  
 FA Groß-Gerau, Achim Steinheimer, FA Wiesbaden II, Elfi  
 Tauer, FA Offenbach-Stadt, Willi Tripp, FA Korbach, Jürgen  
 Ulrich, FA Hanau, Rita Ulrich, Pia Vassel, beide FA Offenbach-  
 Stadt, Hans Wagner, FA Wiesbaden I, Ursula Wagner,  
 FA Weilburg, Wolfgang Wahl, FA Ffm.-Börse, Günther Weber,  
 FA Weilburg, Jürgen Wendling, FA Langen, Gertraud Wenzel,  
 FA Witzhausen, Karl-Heinz Wetterich, FA Darmstadt, Jörg  
 Wickert, FA Ffm.-Börse, Ute Wiegand-Fleischhacker, Andreas  
 Wilhelm, beide FA Groß-Gerau, Axel Wischnat, FA Limburg,  
 Dieter Zahn, FA Offenbach-Stadt (sämtlich 1. 10. 84);

#### eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage die Steueramtsin-  
 spektoren (BaL) Norbert Füll, FA Wiesbaden II, Norbert Gaw-  
 ron, FA Bensheim, Werner Ille, FA Darmstadt, Günter Kalb,  
 FA Fritzlar, Gerhard Kraus, FA Wetzlar, Winfried Müller,  
 FA Fulda, Emil Port, FA Ffm.-Hamburger Allee, Hans Rödner,  
 FA Ffm.-Taunustor, Gerhard Röhrig, FA Fulda, Karl-Otto  
 Roll, FA Offenbach-Land, Karl Schulz, FA Schwalmstadt  
 (sämtlich 1. 10. 84);

#### bei der Staatsbauverwaltung

ernannt:

zu Techn. Oberamtsräten die Techn. Amträte (BaL) Erich  
 Knierim, StBA Kassel, Karl-Heinz Jesinghausen, StBA  
 Schwalmstadt (beide 1. 10. 84).

Frankfurt am Main, 2. November 1984

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

StAnz. 47/1984 S. 2251

#### F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

beim Regierungspräsidenten in Darmstadt

ernannt:

zum/zur **Psychologieoberrat/in** Psychologierat/in (BaL) Inge-  
 borg Völker, LR des Odenwaldkreises — Staatl. Schulamt —  
 (30. 4. 84), Gert Herweg, OB der Stadt Offenbach — Staatl.  
 Schulamt — (30. 5. 84)

zum **Schulrat** Studienrat (BaL) Hermann Hermeling, OB der  
 Stadt Frankfurt — Staatl. Schulamt — (29. 5. 84);

in den **Ruhestand** versetzt:

Schulamtsdirektor (BaL) Hans Degen, LR des Odenwaldkrei-  
 ses — Staatl. Schulamt — (31. 8. 84) gem. § 51 (3) HBG;

Amtmann (BaL) Hein-Dieter Born, LR des Main-Kinzig-Krei-  
 ses — Staatl. Schulamt — (30. 6. 84) gem. § 51 (1) HBG i. V. m.  
 § 56 (2) HBG.

#### Berichtigung

In StAnz. 1984 S. 711 muß es unter F. im Bereich des Hessischen  
 Kultusministers beim Regierungspräsidenten in Darmstadt bei  
 ernannt: zu Psychologieräten/innen ... Wilhelm Belder-  
 mann ... statt (15. 2. 84) richtig (22. 2. 84) heißen.

Darmstadt, 30. Oktober 1984

Der Regierungspräsident

I 2/2a — 7 1 02/07 (e)

StAnz. 47/1984 S. 2253

#### in Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen

ernannt:

zu **Lehramtsreferendaren/innen** (BaW) Sylvia Funk, Monika  
 Steinhardt, Ina Unglaube, Annette Wilhelm, Hiltrud Dienst,  
 Angelika Esanu, Günter Klemm, Antoine Van de Pas, Cornelia  
 Kraemer-Hoock, Volker Stark, Andrea Venderbosch, Marion  
 Wolff, Marion Taiebi, Beatrix Klein, Jürgen Knöppler, Ingrid  
 Ludwig, Roswitha Siebes, Marion Bennek, Elfriede Kastan-  
 holz, Elke Lambertz, Ilka Schwarz, Gabriele Werner, Alfred  
 Germann, Franz Hillebrand, Gabriele Neubieser, Birgit  
 Oerweland, Ingrid Stier, Martina Hollberg, Christa Pfaff, Sie-  
 glinde Schmachtl, Teresita Sierra-Ballester, Beate Gruber, Mar-  
 git Mollenhauer, sämtlich Wiesbaden, Barbara Bender, Ulrike  
 Diehl, Ursula Kochmann, Dorothee Kopatz, Theresia Mies,  
 Ralph Pohner, Hiltgund Ruppel, Uwe Doege, Reinhold Farren-  
 kopf, Hilke Kreuter, Wolfgang Kunz, Elisabeth Stauzenberger-  
 Kunz, Stefan Thalheimer, Gerhard Mainzer, Martina Weiser,  
 Marion Duhart, sämtlich Hofheim, Barbara Conrad, Andrea  
 Deutscher, Malte Schmietendorf, Maike Sundermann, Birgitta  
 Viehweber, Bettina Weymar, Christine Wietschorke, Birgit  
 Eiser, Sybille Enders, Monika Hassenpflug, Gabriele Kranz,  
 Christine Piston, Ernst Schickling, Lorraine Schmidt, Hartmut  
 Vogel, Petra Volk, sämtlich Usingen, Barbara Hübner, Birgit  
 Krell-Slota, Gabriele Noack, Hans Günter Eppel, Günther  
 Hergl, Margarete Jentz, Petra Müller, Cornelia Metzger, Bri-  
 gitte Milde, Mayken Schmidt, Albert Weil, Thomas Hoerold,  
 Gabriele Johann, Maria Kleine, Reinhard Krämer, Barbara  
 Lorenz, Angelika Naujock, Michael Schier, sämtlich Friedberg,  
 Elke Friedel, Jutta Rohrbach, Barbara Sigulla, Carmen Van de  
 Sand, Astrid Addy, Günter Ahlers, Annette Anschuetz, Uta  
 Dauner-Eisbrenner, Susanne Kujer, Wolfgang Werth, Sylvia  
 Buhr, Ursula Draeger, Brigitte Gröger, Berit Schmidt-Marloh,  
 Ina Wego, Karin Ballasch-Ostermüller, Ralph Decker, Margot  
 Schmidt, Hella Brückner-Noide, Andrea Küchler, Heike  
 Schmidt, Birgit Thomann, Regina Weinkauff, Britta Zimmel,  
 Petra Fischer, Barbara Frank, Stefan Gerhardt, Ulrich Hilde-  
 brand, Thomas Köhr, Manfred König, Michael Luther, Marie-  
 Luise Pfahlbusch, Ulrich Plass, Andrea Pohl, Silvia Schrag,  
 Brunhilde Smit, Peter Spagl, sämtlich Frankfurt, Andrea

Altenhövel, Ursula Hauenstein-Benthaus, Karin Junker, Birgit Nold, Ute Walther, Angela Haider, Werner Hein, Sabine Hinkel, Ulrike Kropac, Wiebke Ricklefs, Astrid Rosenbaum, Ursula Volk-Bulin, Ulrike Wilken, Sybille Holighaus, Christina Seibert, Monika Lukosch, sämtlich Hanau, Marion Baatz, Cordula Janz, Anita Jost, Julia Mayerl, Sabine Pfau, Irene Finkenzeller, Volker Heckertho, Christof Henkel, Birgit Jüngling, Wilfried Meisinger, Uwe Sommerfeld, Thomas Strauch, Ruth Weigand, Claudia Wolfsgruber, Christiane Pfalz, sämtlich Linsengericht 1, Barbara Jakubowski, Elsa Krzan, Ulrich Richter, Martina Rudolf, Roswitha Schneider, Matthias Demeter, Baerbel Helfrich, Gabriele Hertsch, Andrea Müller, Charalampos Paraskevopoulos, Baerbel Thomin-Schaefer, Hannelore Frauenfeld, Monika Glück, Marion Mueller, sämtlich Offenbach, Hildegard Hullmann, Kurt Less, Barbara Otterbein, Sabine Specht, Hildegard Espenhahn, Wolfgang Herbert, Rosel Kunst, Ursula Moebis, Martina Reeh, Thomas Schüttele, Michael Starkbaum, Jürgen Strebert, Michael Ursprung, Heinz Echternach, Ingeborg Kuhl de Solano, sämtlich Heusenstamm, Anette Claus, Ingeborg Nessel, Ulrike Pischel, Bernhard Schröder, Birgit Weidemann, Ina Weyrich, Elke Bernhard, Renate Bill, Ursula Euler, Heidrun Landau, Hildegard Mader, Andreas Sahl, Ute Sohnus, Sabine Petersen, sämtlich Groß-Gerau, Elke Friedemann, Christa Piper, Karin Strauch, Ulrike Trüller, Gabriele Bonekemper, Gisela Eisinger, Harald Magon, Annette Gotta, Imke Heinecke, Annette Vetter, Gisbert Lammers, Ina Peter, Jürgen Ruhl, Gottfried Weinel, Hana Malovana, Gerlinde Rüscha, Ute Knichel, sämtlich Darmstadt, Katharina Braun, Monika Druke, Angelika Lerch, Renate Würz, Gabriele Wagner, Martina Geier, Anneliese Herzel, Beatrix Keller, Birgit Raidel, Renate Lixfeld-Eckmann, Werner Haekel, Reiner Geist, Martina Uhl, sämtlich Dieburg, Martina Czermin, Hedwig Kremer-Stahlheber, Gerhard Kujat, Cornelia Nagel, Beate Rassenberg, Christoph Stark, Kersten Steiner, Angela Wilhelm, Volker Kilgus, Ilse Kron, Gabriele Noe, Lutz Noras, Jutta Winter, Petra Wittelsbach, Beatrix Hoffeins, Ortrud Kärcher, Claudia Lang, Gabriele Sadzius-Vogel, Ursel Kraft, Ute Wicka, Ina Peter, Hans-Peter Kappeller, Regine Müller, Ursula Winkelmann, sämtlich Heppenheim (sämtlich 1. 5. 84);

zu Lehrern/innen z. A. (BaP) Marlis Göbel-Herrenbrück, Lampertheim, Hans-Jürgen Werner, Kronberg, Eva Maria Hillen, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 84), Ulrich Betten, Darmstadt, Thomas Schorr, Walter May, beide Offenbach, Carmen Passet, Büttelborn 1, Eva Mittmann, Frankfurt, Thomas Tröller, Hattersheim, Elke Edelmeyer, Offenbach, Edith Will, Wiesbaden, Sylvia Kleemann, Frankfurt, Eckhard Huth, Wolfgang Komma, beide Offenbach, Sieglinde Hennig, Frankfurt (sämtlich 1. 2. 84), Petra Gardon, Obertshausen (1. 8. 83), Andreas Greif, Frankfurt, Otto Martin, Reichelsheim, Gabriele Sauer, Manfred Gottlieb, beide Frankfurt, Eleonore Becht, Hanau, Hans-Peter Röder (sämtlich 1. 2. 84), Alfred Ellenberger, beide Frankfurt (7. 3. 84), Joachim Grimm, Darmstadt, Ute Albrecht, Frankfurt, Wolfgang König, Darmstadt, Felicia Proschitzki, Ursula Scherpe, Ulrich Hennemann, sämtlich Frankfurt (sämtlich 1. 2. 84), Heidrun Isler, Riedstadt (1. 8. 83), Lehrer i. A. Nikola Neatnica, Frankfurt (2. 2. 84);

zum/zur Fachlehrer/in z. A. (BaP) Fachlehrer/in in schulpraktischer Ausbildung zum Erwerb der Lehrbefähigung in mus.-techn. Fächern (BaW) Irmgard Dietrich, Frankfurt (11. 1. 84), Reinhard Mayer, Offenbach (7. 2. 84);

zu Lehrern/innen (BaL) Marianne Wulf, Pfungstadt-Hahn (1. 2. 84), die Lehrer/innen z. A. (BaP) Ute Demme, Schneidhain (20. 9. 83), Udo Günther, Groß-Zimmern (22. 12. 83), Waltraud Lorfing, Darmstadt (21. 12. 83), Claudia Lobsinger-Sommer, Lampertheim (25. 1. 84), Heinz Fleck, Frankfurt (20. 1. 84), Berthold Bretsch, Weiterstadt 2 (9. 1. 84), Sabine Dietl-Dittmar, Frankfurt (11. 11. 83), Gabriele Milato, Krieffel (17. 1. 84), Karlheinz Sommer (1. 2. 84), Renate Oswald, beide Frankfurt (22. 12. 83), Walter Grüll, Lampertheim (20. 12. 83), Gabriele Loos, Frankfurt (22. 12. 83), Detlev Harms, Bad Homburg (3. 11. 83), Udo Rauin, Hanau (21. 12. 83), Gabriele Hahn, Nidderau (14. 12. 83), Wilfried Weber, Hünstetten-Wallraabenstein (22. 12. 83), Christa Molkenhain, Hanau (19. 12. 83), Dorothea Stoimenoff, Frankfurt (1. 2. 84), Edgar Heil, Bruchköbel (9. 1. 84), Claudia Beuck (8. 2. 84), Hans-Peter Müller, beide Frankfurt, Winfried Döring (beide 22. 12. 83), Andrea Sahner, beide Offenbach (20. 12. 83), Gisela Glauner, Ortenberg/Konradsdorf (29. 12. 83), Carlos Naetscher, Wiesbaden (21. 12. 83), Dietmar Sauerwein, Spachbrücken (5. 1. 84), Hans-Joachim Lerch, Nidderau (1. 2. 84), Barbara Schmitt, Hanau, Thomas Reimann, Frankfurt (beide 19. 1. 84), Gisela Carrera, Taunusstein-Hahn (21. 12. 83), Christel Kolb-Wörner, Bad Homburg (22. 2. 84), Detlef Reissmann, Heusenstamm (13. 2. 84), Helene

Robens, Darmstadt (3. 2. 84), Günter Frenz, Sterbfritz (1. 4. 84), Marlis Beil, Büdingen (18. 1. 84), Edith Hellmeyer, Kronberg (29. 2. 84), Renate Groh, Nidda/Ober-Schmitteln (1. 3. 84), Doris Wißner, Groß-Zimmern (21. 2. 84), Elisabeth Beck, Roßdorf 1 (10. 2. 84), Sigrid Schreiner, Flörsheim (20. 3. 84), Heidrun Eser, Wiesbaden (9. 3. 84), Sabine Peters (8. 12. 83), Udo Zitzer, beide Bad Homburg (2. 4. 84), Ursula Schreiber, Mühlheim (8. 3. 84), Dagmar Meier zu Selhausen, Frankfurt (1. 8. 84), Lieselotte Rauschenberg, Offenbach (1. 5. 84), Helmut Strahlendorf, Frankfurt (26. 4. 84), Barbara Kleinbub, Griesheim (19. 4. 84), Christa ten Broek, Frankfurt (3. 4. 84), Ulrike Fendel, Obertshausen (1. 8. 84), Arno Grieger, Groß-Zimmern (6. 4. 84), Sigrid Grischek, Groß-Gerau (1. 8. 84), Wolfgang Betz (7. 5. 84), Jürgen Völkner, beide Frankfurt (8. 5. 84), Maria Hörber, Offenbach (1. 6. 84), Christiane Schmidt (9. 8. 84), Wolfgang Mistereck, beide Frankfurt (16. 8. 84), Hans-Peter Lenz, Hanau (16. 5. 84), Gunna Hillgärtner-Nägel, Ginsheim-Gustavsburg, Günter Schmalz, Rodgau 1 (beide 1. 8. 84), Ulrike Rustler, Frankfurt (29. 5. 84), Petra Gardon, Obertshausen (9. 8. 84), Brigitte Matzke, Walburga Speer, beide Kelsterbach (beide 1. 8. 84), Birgit Bertisch, Groß-Gerau (24. 5. 84), Elke von Tein, Frankfurt, Sigrid Brandenburg-Brähler, Eppstein (beide 1. 8. 84), Renate Reiter, Offenbach (1. 6. 84), Inge Güntsche, Maintal 1 (4. 8. 84), Harald Duchardt (29. 5. 84), Ingrid Kramer-Heinemann (1. 8. 84), Gerda Schmid, sämtlich Frankfurt (5. 8. 84), Doris Holzhauer, Hanau (18. 5. 84), Monika Lindner, Frankfurt (1. 8. 84);

die Fachlehrer/innen für musisch-technische Fächer Katharina Antoni, Ortenberg/Konradsdorf, Anita Dressler, Frankfurt, Astrid Thierbach, Walter Dürr, Elke Rudolph, Bernhard Brückner, sämtlich Darmstadt (sämtlich 1. 4. 84), Manfred Letzerich, Wiesbaden (10. 5. 84),

die Fachlehrer/innen Bernd Kösling, Rüsselsheim, Ulrike Paul, Hanau (beide 1. 4. 84), Ingeborg Casel, Bad Nauheim (25. 2. 84), Jürgen Bischof, Freigericht, Rainer Weber, Babenhausen, Winfried Vollert, Dieburg (sämtlich 1. 4. 84);

Realschullehrerin Ilse Lange, Wiesbaden (1. 2. 84);

zum/zur Lehrer/in Lehrer z. A. (BaP) Dieter Hofmann, Groß-Gerau (12. 4. 84);

Fachlehrerin (BaL) Brigitte Ebermann, Dreieich (1. 2. 84);

zu Fachlehrern/innen (BaL) die Fachlehrer/innen z. A. (BaP) Tessa Steidinger, Frankfurt (11. 1. 84), Günter Mielke, Pfungstadt (19. 1. 84), Heidrun Frings, Frankfurt (30. 4. 84), Rita Haas, Großauheim (9. 12. 83), Hubert Starke, Wiesbaden (4. 2. 84), Michael Weber, Schlüchtern (26. 1. 84), Roswitha Probst-Ketzel, Harheim (10. 2. 84), Ursula Paul, Reichelsheim (20. 2. 84), Brigitte Schneider, Frankfurt (3. 2. 84), Mechthild Müller, Heusenstamm (27. 2. 84), Maria Bärens, Bad König (31. 1. 84), Hiltrud Wagner-Koch, Schlüchtern (2. 2. 84), Cornelia Hecker, Frankfurt (16. 3. 84), Elise Gabler, Birstein, Gabriele Reifegerste, Frankfurt (beide 26. 3. 84), Christoph Reser, Langenselbold (22. 3. 84), Ulrike Hagen, Maria Gunetsreiner, beide Dieburg (beide 9. 3. 84), Renate Frauke, Eppertshausen (1. 8. 84), Brigitte Krämer, Weiterstadt (13. 4. 84), Katharina Günzel-Rothstock, Bad Vilbel (26. 10. 83), Helga Miller (16. 5. 84), Doris Seeber, beide Frankfurt (7. 5. 84),

Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. Margarete Brosch, Eschborn (1. 2. 84);

zum Fachlehrer Fachlehrer z. A. (BaP) Volker Schnücke, Darmstadt (14. 12. 83);

zur Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer (BaL) Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Heide Hoppe-Stadler, Reichelsheim (6. 3. 84);

zu Realschullehrern/innen die Lehrer/innen (BaL) Dorothea di Christofano, Eppstein (30. 1. 84), Walter Stoffel, Ortenberg/Konradsdorf (16. 12. 83), Holle Deneffe, Frankfurt, Bernhard Holzhausen, Idstein, Friedbert Vorbeck, Frankfurt (sämtlich 1. 4. 84), Frank Nonnenmacher, Alsbach-Hähnlein 1 (6. 4. 84), Ulrich Westphal (1. 4. 84), Edeltraud Schwind-Klöckner, beide Frankfurt (9. 5. 84), Werner Korn, Freigericht (7. 5. 84);

zu Sonderschullehrerinnen z. A. (BaP) Maria Gabel, Bad Homburg, Beate Königstein, Frankfurt (beide 1. 2. 84);

zu Sonderschullehrern/innen (BaL) die Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Ingrid Spiegel, Linsengericht (25. 1. 84), Annemarie Hübner, Dreieich (5. 12. 83), Marianne Perplies, Wiesbaden (13. 1. 84), Petra Rüger, Idstein (1. 2. 84), Susanne Tenggren, Wiesbaden (26. 1. 84), Ellen Kramm, Hanau (9. 2. 84), Veronika Dietz, Friedberg (9. 1. 84), Rikarda Schenk, Hochheim (19. 3. 84), Hermann Dänzer, Frankfurt (20. 3. 84), Stefanie Mickel-Tochtenhagen, Rüdeshheim-Aulhausen (11. 4. 85), Manfred Nodes-Muth, Babenhausen (24. 2. 84), Helga Planz, Offenbach (1. 5. 84), Gisela Gremper, Bensheim

(12. 3. 84), Ilse Marie Brod, Rüdeshcim-Aulhausen (1. 5. 84), Monika Franz, Bad Homburg (13. 4. 84), Barbara Rodary, Bad Homburg (1. 8. 84), Renate Lämp, Rüdeshcim-Aulhausen (1. 7. 84), Barbara Engel (13. 4. 84), Cornelia Altwicker, beide Frankfurt (7. 5. 84), Regina Knau, Offenbach (1. 6. 84), Sybille Jansen, Hanau (10. 5. 84), Johannes Elbert, Oberursel, Silke Mävers-Spinner, Hanau (beide 1. 8. 84), Ursula Huber, Biebergemünd (13. 4. 84), Retraud Bartsch, Wehrheim (1. 8. 84), Elisabeth Zubiller; Wiesbaden (11. 5. 84), Beatrix Kessler, Ober-Ramstadt (21. 5. 84), Reinhold Hassel, Roßdorf (7. 5. 84), Gabriele Schiff, Hanau (1. 8. 84);

zu **Sonderschullehrern/innen** der/die Lehrer/innen (BaL) Christa Mohrhard, Rüdeshcim-Aulhausen (1. 4. 84), Gerlinde Engel (19. 4. 84), Hedda Brauer, beide Oberursel, Diether Derscheid, Idstein, Jutta Klarmann, Ute Strauch, beide Rüdeshcim-Aulhausen, Monika Starke, Viernheim,

Fachlehrerin (BaL) Ulrike Wied, Ginsheim-Gustavsburg,

Fachlehrer für mus.-techn. Fächer (BaL) Ulrich Brunner, Michelstadt (sämtlich 1. 4. 84);

zu **Konrektoren/innen als ständige Vertreter/innen des/der Leiters/in einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** die Lehrer/innen (BaL) Maria Luise Niggemann, Wiesbaden, Elke Vetter, Ginsheim-Gustavsburg, Anita Bosselmann, Dieburg, Günter Fischer, Ginsheim-Gustavsburg, Ruth Lang-Walser, Schlüchtern, Helga Buschmann, Königstein, Edith Haufler, Rodgau 5, Heinz Marburger, Limeshain, Maria Rückforth, Wehrheim, Dorothea-Elisabeth Schilke, Frankfurt, Gisela Daum, Friedrichsdorf-Burgholzhausen, Alois Kalt, Viernheim (sämtlich 1. 4. 84);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern** Zweiter Konrektor einer Grundschule mit mehr als 540 Schülern (BaL) Walter Kessel, Erbach (23. 5. 84);

zu/zur **Konrektoren/in als ständige Vertreter/in des/der Leiters/in einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** die Lehrer/in (BaL) Marion Bücher, Niedernhausen, Thomas Gütermuth, Biebergemünd/Kassel, Volker Mäkelburg, Offenbach, Hans Peter Knaf, Kefenrod (sämtlich 1. 4. 84);

zu/zur **Konrektoren/in als ständige/n Vertreter/in des/der Leiters/in einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern** Lehrer/in (BaL) Brigitte Kummert, Frankfurt (1. 4. 84), Uwe Kramer, Offenbach (8. 5. 84), Realschullehrer (BaL) Josef Preiss, Groß-Umstadt (30. 4. 84);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an dem Hauptschulzweig, dem Realschulzweig und der Förderstufe** Lehrer (BaL) Fritz Held, Frankfurt (1. 4. 84);

zur **Realschulkonrektorin als ständige Vertreterin des/der Leiters/in einer Realschule mit mehr als 360 Schülern** Realschullehrerin (BaL) Ilse Ulbricht, Frankfurt (1. 4. 84);

zu **Realschulkonrektoren als ständige Vertreter des Leiters einer Realschule mit mehr als 360 Schülern** Lehrer (BaL) Ehrenfried Schurau, Wiesbaden, Realschullehrer (BaL) Herbert Schäfer, Frankfurt (beide 1. 4. 84);

zum **Zweiten Konrektor einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern, sofern dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der Förderstufe mehr als 180 bis zu 360 Schüler angehören** Realschullehrer (BaL) Willi Müller, Butzbach/Pohl-Göns/Kirch-Göns (1. 4. 84);

zum/zur **Sonderschulkonrektor/in als ständigem/r Vertreter/in des/der Leiters/in einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern** Sonderschullehrer/in (BaL) Reinhard Brand, Offenbach, Gabriele Matzner, Linsengericht/Altenhau-lau (beide 1. 4. 84);

zu **Sonderschulkonrektoren als ständige Vertreter des Leiters einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern** die Sonderschullehrer (BaL) Wilhelm Mantel, Christian Kretschmer, beide Frankfurt (beide 1. 4. 84);

zur **Sonderschulkonrektorin als ständige Vertreterin des/der Leiters/in einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 100 bis zu 200 Schülern** Sonderschullehrerin (BaL) Christiane Dreher-Senf, Frankfurt (8. 5. 84);

zu **Zweiten Konrektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern** Lehrer (BaL) Wilhelm Waldenmayer, Offenbach, Realschullehrer (BaL) Franz Auer, Lorsch, Dieter Best, Erbach (sämtlich 1. 4. 84), Karlheinz Born, Idstein (13. 4. 84);

zur **Lehrerin als Leiterin einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern** Lehrerin (BaL) Irmtraud Starein, Ulfa (1. 4. 84);

zu/zur **Hauptlehrern/in als Leiter/in einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern** die Lehrer/in (BaL) Anita Weiße, Friedberg-Fauerbach, Gerd Klotz, Großauheim, Volker Seitz, Bensheim-Fehlheim, Konrektor einer Grundschule (BaL) Fritz Hartmann, Grävenwiesbach, Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Rolf Kube, Oberursel (sämtlich 1. 4. 84);

zu **Rektoren/innen als Ausbildungsleiter/innen** die Realschullehrer (BaL) Karl-Heinz Klein, Heppenheim, Horst Schuh, Dieburg (beide 1. 4. 84), Rektorin einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern (BaL) Renate Knoblauch, Offenbach (1. 4. 84), der/die Rektor/innen einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Klara Ziener, Wiesbaden (1. 5. 84), Werner Mitlacher, Heppenheim, Helma Eckhardt, Hofheim (beide 1. 4. 84), Blindenoberlehrer (BaL) Hans-Erich Kiefner, Friedberg (30. 4. 84);

zu **Rektoren/innen einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** die Konrektoren (BaL) Dieter Graf, Rüsselsheim, Horst Ehmke, Frankfurt, die Konrektorinnen als ständige Vertreterinnen des/der Leiters/in einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Gudrun Ruppel, Wächtersbach, Beate Meier-Hubrath, Maintal 2, Konrektorin als ständige Vertreterin des/der Leiters/in einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Ingrid Hauerwas, Frankfurt, Lehrer/in (BaL) Adelheid Bachmayer, Frankfurt, Jürgen Jägers, Groß-Karben (sämtlich 1. 4. 84);

zum/zur **Rektor/in einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern** Konrektorin als ständige Vertreterin des/der Leiters/in einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Heidemarie Berlin, Frankfurt (1. 4. 84), Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Peter Blänkle, Darmstadt (29. 5. 84);

zum **Rektor einer Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern (BaL) Norbert Bender, Frankfurt (1. 4. 84);

zum **Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern** Lehrer (BaL) Peter Riedle, Wiesbaden (21. 5. 84);

zum/zur **Rektor/in einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Rektorin einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Christel Sodemann, Wiesbaden, Lehrer (BaL) Walter Schilling, Biebergemünd/Bieber (beide 1. 4. 84);

zu **Rektoren einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern** Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern (BaL) Josef Volk, Frankfurt, Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Rudolf Kessler, Gelnhausen (beide 1. 4. 84);

zum **Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der Förderstufe** Rektor einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Herbert Echl, Offenbach (1. 3. 84);

zu **Rektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe** Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Armin Hechler, Hanau, Rektor einer Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Alfons Prieß, Roßdorf (beide 1. 4. 84);

zu **Rektoren an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** die Lehrer (BaL) Ralf Schreindorfer, Babenhausen (20. 12. 83), Helmut Frohner, Groß-Bieberau, Ralph Bade, Griesheim (beide 1. 4. 84), die Zweiten Konrektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern (BaL) Günter Ostheimer, Münster (22. 2. 84), Eberhart Bräuer, Griesheim (30. 4. 84), Realschullehrer (BaL) Herbert Horn, Darmstadt (27. 4. 84);

zum **Rektor an einer Grundschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 360 Schülern** Lehrer (BaL) Rolf Maul-Poepplau, Pfungstadt (24. 4. 84);

zu **Rektoren an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Realschullehrer (BaL) Horst Meyer, Groß-Bieberau, Lehrer (BaL) Manfred Timpe, Frankfurt (beide 1. 4. 84);

zu **Rektoren/innen an einer Gesamtschule als Leiter/in eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern** Lehrer/in (BaL) Rosemarie Weißgerber, Pfungstadt (30. 4. 84), Klaus Benecken, Frankfurt, Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL)

Dieter Simon, Hanau (beide 1. 4. 84), Realschullehrerin (BaL) Eva von Blanc, Darmstadt (30. 4. 84);

zu **Rektoren an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 180 bis 360 Schülern** die Lehrer (BaL) Reinhold Geipert, Riedstadt, Klaus Baldner, Raunheim, Realschullehrer (BaL) Heinrich Roos, Bürstadt (sämtlich 1. 4. 84);

zu **Rektoren an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern** die Lehrer (BaL) Thomas Findeisen, Rüsselsheim (27. 4. 84), Norbert Brückner, Pfungstadt (30. 4. 84);

zum **Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern** Sonderschullehrer (BaL) Waldemar Finger, Darmstadt (1. 4. 84);

zum **Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern** Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern (BaL) Reinhard van Husen, Wiesbaden (1. 4. 84);

zum **Sonderschulrektor einer Schule für Lernbehinderte mit bis zu 100 Schülern** Sonderschulkonrektor (BaL) Hans Bangert, Heppenheim (2. 11. 83);

zum **Sonderschulrektor einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 100 bis zu 200 Schülern** Sonderschullehrer (BaL) Eckhardt Wolter, Schlüchtern (1. 4. 84);

zu **Direktoren an einer Gesamtschule als ständige Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern** Rektor an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Paul Degenhardt, Rüsselsheim (1. 4. 84), die Konrektoren als ständige Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Klaus Biedermann, Darmstadt (17. 4. 84), Horst Keller, Griesheim (30. 4. 84);

zu/zur **Direktoren/in einer Gesamtschule als Leiter/in einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern** Direktorin an einer Gesamtschule als ständige Vertreterin des/der Leiters/in einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülern (BaL) Ursula Richter, Frankfurt, Oberstudienrat (BaL) Hans-Peter Kirsten-Schmidt, Groß-Gerau, Rektor an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Heinz Löffel, Rüsselsheim, die Rektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Helmut Breitwieser, Darmstadt (sämtlich 1. 4. 84), Friedrich Hans Reinholz, Griesheim, Helmut Müller, Münster (beide 30. 4. 84);

zum **Direktor einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülern** Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Dieter Topitsch, Pfungstadt (30. 4. 84);

zu **Pädagogischen Leitern an einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern** die Rektoren an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Horst Brack, Bürstadt (1. 4. 84), Josef Pastor, Bruchköbel (18. 10. 83), Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Peter Lifka, Aarbergen-Michelbach, Rektor als Ausbildungsleiter (BaL) Heinz Kipp, Frankfurt (beide 1. 4. 84);

#### berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Lehrerin (BaP) Birgit Schmidt, Frankfurt (6. 3. 84);  
der/die Fachlehrer/innen (BaP) Beate Ackermann, Mühlheim (16. 2. 84), Gudrun Müller, Offenbach (1. 6. 84), Hannelore Wörtche, Hanau (24. 5. 84), Gabriele Picard, Heusenstamm (16. 1. 84), Karin Kemmerer, Rödermark (24. 1. 84), Volker Schnücke, Darmstadt (19. 3. 84), Marianne Losert, Birkenau (22. 3. 84);

#### in den Ruhestand getreten:

Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Ernst Seltmann, Frankfurt (31. 7. 84);

#### in den Ruhestand versetzt:

der/die Fachlehrer/in für mus.-techn. Fächer Eberhard Schneider, Bruchköbel (30. 4. 84), Petra Schmitt, Hirzenhain (31. 5. 84),

die Fachlehrerin Ingeborg Wüst, Hanau (30. 4. 84),

die Lehrer/innen Helmut Kaupe, Lampertheim, Erna Luise Knappe, Horst Stubenrauch, Christa Wilke, sämtlich Frankfurt, Waltraud Kautz-Kirchner, Birstein, Maria Adamczyk, Darmstadt, Edith Zimmermann, Nidderau, Wilhelmine Schwarz, Groß-Bieberau, Irmgard Machatius, Neu-Isenburg,

Wilfried Ohl, Kelsterbach (sämtlich 31. 1. 84), Ursula Huber, Frankfurt (29. 2. 84), Ursula Geil, Kelkheim (31. 1. 84), Ina-Maria Altmann-Hereth, Hanau (30. 4. 84), Christel Killgen, Wiesbaden (31. 7. 84), Mathilde Stahl-Wintermeier, Wiesbaden (31. 3. 84), Bärbel Linge, Offenbach (31. 1. 84), Roselies Büttner, Butzbach, Hannelore Will, Frankfurt (beide 30. 4. 84), Wilhelmine Geil, Wehrheim (31. 7. 84), Reinharde Brauner, Hofheim, Ursula Spoth, Rüsselsheim (beide 30. 6. 84), Marianne Vogel, Kelkheim, Roselotte Hermann, Dornheim (beide 31. 7. 84), Erika Lorenz, Florstadt (30. 4. 84), Regina Jerke, Neu-Isenburg, Ortrud Bender, Kronberg, Elisabeth Sigmund, Alsbach-Hähnlein 2, Sieglinde Schultheis, Frankfurt, Edith Ansinn, Rodheim, Emmi Köhler, Oberursel, Elisabeth Silber, Birkenau (sämtlich 31. 7. 84),

die Realschullehrer/innen Dietrich Zietemann, Hanau (31. 1. 84), Friedrich Schnitzspahn, Kriftel (31. 3. 84), Gertrud Wiemer, Darmstadt (31. 1. 84), Elisabeth Müller, Wiesbaden (30. 4. 84), Heinz-Kurt Hoffmann, Hanau (31. 1. 84), Gisela Dittrich, Schlüchtern (31. 3. 84), Waltraud Kühnert, Hildegard Kögler, beide Hanau (beide 29. 2. 84), Else Meinecke, Frankfurt (31. 3. 84), Irmgard von Spiegel, Bad Homburg, Hiltrud Weckler, Nidderau (beide 31. 7. 84), Peter Löpelmann, Offenbach (30. 6. 84), Annemarie Hanusseck, Frankfurt, Josef Berg, Heppenheim (beide 31. 7. 84),

die Sonderschullehrer/innen Margarete Schulz, Wiesbaden, Josef Anders, Frankfurt (beide 31. 1. 84), Elisabeth Hoffmann, Hanau, Ulrich Dorsch, Idstein (beide 31. 7. 84), Ingrid Raapke, Frankfurt (31. 5. 84), Marie Fischer, Offenbach (31. 7. 84),

Hauptlehrer Felix Behrend, Königstein-Falkenstein (31. 7. 84), die Rektoren/in Maria Dussa, Rüsselsheim-Königstädten (31. 1. 84), Erwin Hofmann, Rod an der Weil, Helmut Helfrich, Glauburg (beide 31. 7. 84),

Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Erwin Greß, Petterweil (31. 1. 84),

Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Werner Hohlfeld, Steinbach (31. 7. 84),

Rektor einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig Josef Schäfer, Rüdesheim (31. 7. 84),

die Sonderschulrektorin einer sonstigen Sonderschule mit bis zu 60 Schülern Elisabeth Giesen, Frankfurt (31. 1. 84),

Zweiter Konrektor Heinz Daum, Groß-Zimmern (29. 2. 84),

Konrektor Helmut Moos, Lampertheim (31. 1. 84),

Konrektor an einer Grundschule Johann Bohnert, Glashütten, Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Georg Herborn, Wiesbaden, Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Walter Stengl, Frankfurt,

Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Rudolf Teska, Roßdorf (sämtlich 31. 7. 84),

Realschulkonrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Realschule mit mehr als 360 Schülern Herbert Hüttel, Gelnhausen,

der Sonderschulkonrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 200 Schülern Franz Ruhland, Offenbach,

Direktor eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen Herbert Schloßbauer, Dieburg (sämtlich 31. 1. 84),

Direktor/in an einer Gesamtschule als ständige/r Vertreter/in des/der Leiters/in einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern Wolfgang Mücke, Karben (30. 4. 84), Maria Luise Hohl, Kelsterbach (31. 5. 84),

Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern Emanuel Eisenach, Wiesbaden-Biebrich (31. 7. 84);

#### entlassen:

die Fachlehrerinnen Monika Leykauf, Bensheim (31. 1. 84), Brigitte Kerksiek, Raunheim (31. 7. 84),

Fachlehrerin z. A. Regina Trayser, Viernheim (31. 1. 84),

die Lehrerinnen Gisela Hartmann, Rüsselsheim (31. 1. 84), Dorothea Erckel, Eppstein (31. 12. 83), Monika Kirchner, Bürstadt, Dorothee Sylla, Frankfurt (beide 31. 1. 84), Gudrun von Pelchrzim, Friedrichsdorf, Ulrike Schurig, Offenbach, Erika Closhen-Schmitt, Rüdesheim (sämtlich 31. 7. 84), Sylvia Koch, Gräfenhausen (31. 1. 84), Ingeborg Wölfinger, Obertshausen (30. 4. 84), Annegret Hönig, Griesheim (13. 9. 83), Solveig Donike, Münster,

Sonderschullehrerin Ulrike Kippenberg, Kelkheim (beide 31. 7. 84);

Sonderschullehrer/in z. A. Otfried Tampl, Frankfurt (31. 3. 84), Karin Köhne, Offenbach (31. 7. 84),

die Lehramtsreferendare/innen Mechthild Engel, Dieburg (31. 1. 84), Andreas Dodt, Frankfurt (26. 11. 83), Lutz Hoffmann, Groß-Gerau (6. 1. 84), Karl-Heinz Bihn, Wiesbaden (9. 2. 84), Marga Zange, Darmstadt (24. 2. 84), Barbara Sommer, Hanau, Cornelia Martin, Hofheim (beide 11. 2. 84), Dorothee Arnold, Wiesbaden (7. 3. 84), Bärbel Schneider, Wiesbaden (3. 3. 84), Brunhilde Del Taglia, Frankfurt (12. 11. 83), Ulrich Becker, Wiesbaden (4. 4. 84), Ingeborg Laber, Groß-Gerau (30. 4. 84), Heidemarie Brixner, Frankfurt (31. 1. 84), Edith Pauser, Wiesbaden (31. 5. 84), Renate Kraus-Knöb, Darmstadt (14. 6. 84), Lothar Kloß, Wiesbaden (7. 6. 84);

#### in Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen ernannt:

zu Studienreferendaren/innen (BaW) Christiane Aumann, Hansberndt Bäcker, Reinhold Beer, Peter Bergmann, Hubert Bossle, Peter Busch, Walburga Hartmann, Paul Heinrich, Michael Keller, Sabrina Kellner, Frank Knoch, Werner Kothe, Petra Lehnen, Herbert Lohaus, Klaus Oligmüller, Joachim Pfeffel, Norbert Sensfelder, Hubert Schmitt, Walter Vogel, Manfred Wilbois, Brigitte Boxhorn, Anton Brödel, Nikolaus Drozd, Konrad Helfrich, Johannes Hofmann, Ingeborg Johannsen, Gerd Kolb, Beate Köhler-Gebler, Christoph Sladek, Dieter Stenzel, Johannes Stübiger, sämtlich Darmstadt, Ursula Adams, Klaus-Dieter Baumer, Dieter Bram, Claudia Galetzka, Ulrich Groß, Martina Hartmann, Georg Herrmann, Roland Jourdan, Jürgen Klei, Thomas Kortus, Thomas Meyke, Helga Müller, Ralf-Rainer Piesold, Jürgen Schaum, Ilona Schneider, Monika Schulz, Trageser, Detlef Roß, Kurt Ulrich, Michael Knapp, Karl-Heinz Richter, Achim Rollmann, Alfred Geldmacher, Harald Klein, Peter Poloczek, Joachim Vogt, Gerd Warfelmann, Klaus Amend, Christiane Jöst, Christiane Kullmann, Maria van de Sand-Schlei, Kornelia Schaal, Petra Schmidt, Claudia Schmitz, Dr. Ulrich Teschner, Dorothee Walz, Georg Hänel, sämtlich Frankfurt, Friedrich Becker, Suitbert Schulte-Vogelheim, Hermann Josef Bungarten, Marijan Tole, Reinhold Reckel, Hans-Georg Dohmeier, Hans-Werner Jährig, Botho Koleil, Ursula Steiner, Christel Stix, Uwe Gercke, Elvira Thölen, Kai Winkelmann, sämtlich Wiesbaden (sämtlich 1. 5. 84);

zu Studienrätinnen z. A. (BaP) Hermann Zapf, Christine Wolf, beide Frankfurt, Waltraud Simon, Obertshausen, Heinrich Schomberg-Graf, Hildegard Mott, Iris Gausäuer, Bernd Schröder, Norbert Engel, Friedrich Probsen, Bernd Köplin, Wieland Männle, Dieter Müller, sämtlich Frankfurt, Jutta-Ulrike Hoffmann, Rüsselsheim, Martin Schossau, Nidda, Markus Mann, Frankfurt, Anna Probsen, Groß-Gerau, Christian Lippardt, Obertshausen, Hans-Dieter Speler, Gabriele Scheckenbach, Hans-Jürgen Bockholt, sämtlich Darmstadt, Angelika Bärwinkel, Dieburg, Maarit von Kathen, Friedberg, Wilfried Staudacher, Jürgen Schneider, Volker Fröhlich, Gerhard Brückmann, sämtlich Darmstadt, Ingeborg Ahnan, Frankfurt, Irmaud Ströbel, Hanau, Bernd Vogeler, Friedberg, Andreas Eisele, Ulrike Eschwei, Waldemar Ruth, sämtlich Wiesbaden, Jutta Hummel, Friedberg, Johanna Nelkner, Eugen Übelacker, beide Frankfurt (sämtlich 1. 2. 84);

zu Studienräten die Studienräte z. A. (BaP) Reinhard Metzger, Darmstadt (2. 4. 84), Ulrich Laukamp, Darmstadt (1. 4. 84), Jürgen Schlosser, Darmstadt (3. 5. 84), Klaus Malter, Rüsselsheim (3. 2. 84), Edwin Jessi, Offenbach (5. 3. 84), Claus Peter Fritz, Hanau (19. 12. 83), Matthias Möbs, Michelstadt (14. 5. 84), Reinhard Edelmann, Rüsselsheim (9. 5. 84), Ulrich Heumann, Hans-Joachim Kuhn, beide Rüsselsheim (beide 7. 5. 84);

zu Studienrätinnen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Isolde Ernesti, Walter Mirow, beide Gelnhausen (beide 1. 2. 84), Robert Roggendorf, Groß-Gerau (22. 12. 83), Arno Weller, Frankfurt (10. 1. 84), Alban Berberich, Offenbach, Reinhard Breiner, Wiesbaden, Dieter Ernst Koch, Rüsselsheim, Elisabeth Battenberg, Gelnhausen, Karl-Heinz Göbel, Darmstadt, Gerhard Hamel, Taunusstein, Adelheid Steindreischer-Viesel, Frankfurt, Walter Schüssler, Offenbach (sämtlich 1. 2. 84), Werner Gleich, Bad Homburg (3. 2. 84), Albert Macht, Frankfurt, Günther Kuhn, Darmstadt (beide 1. 2. 84), Gerhard Braese, Offenbach (6. 2. 84), Hans-Peter Schneider, Oberursel (8. 2. 84), Horst Emrich, Hofheim (28. 2. 84), Klaus Kissel, Frankfurt, Werner Müller, Michelstadt (beide 20. 2. 84), Klaus-Dieter Zebisch (15. 2. 84), Hermann Molz, beide Offenbach (14. 2. 84), Reinhardt Weber, Hanau (17. 2. 84), Manfred Datz, Frankfurt (1. 4. 84), Dieter Sängler, Offenbach (23. 2. 84), Renate Wegener, Darmstadt (14. 2. 84), Franz Lemche, Hanau

(1. 2. 84), Burkard Kempf, Rüsselsheim (27. 2. 84), Klaus Schindel, Darmstadt (5. 3. 84), Hans-Joachim Lahr (21. 2. 84), Manfred Kielas, beide Frankfurt (1. 2. 84), Ronald Mertens, Michelstadt (20. 2. 84), Margot Hafner, Obertshausen (9. 2. 84), Hans-Jürgen Chop, Obertshausen (14. 2. 84), Hans-Jürgen Barthel, Rüsselsheim (22. 2. 84), Wolfgang Warmbold (8. 2. 84), Adalbert Hirmer, beide Frankfurt (24. 2. 84), Joachim Leng, Rüsselsheim (27. 2. 84), Erich Bauer, Oberursel (16. 2. 84), Thomas Laufenberg, Wolf-Dieter Lischke, beide Bad Homburg (beide 2. 3. 84), Paul Vollbrecht, Hanau (6. 3. 84), Albert Müller, Nidda (9. 1. 84), Anita Schnapka, Hanau (12. 1. 84), Astrid Ott-Henning, Gerhard Steinbrink, beide Hanau (beide 1. 2. 84), Lutz Hommers, Hanau (13. 2. 84), Gerhard Rauch, Friedberg (29. 12. 83), Roland Mertens, Michelstadt (20. 2. 84), Günter Frick (25. 1. 84), Gerhard Blum, beide Hanau (1. 2. 84), Bürg-hild Becker, Usingen (21. 2. 84), Wilhelm Länge, Groß-Gerau (13. 3. 84), Martin Sellnow (1. 3. 84), Klaus Boye (13. 3. 84), Kurt Wahl, sämtlich Frankfurt (19. 3. 84), Günter Traub, Bensheim (12. 3. 84), Raimund Grum, Darmstadt (28. 2. 84), Jürgen Brüggemann, Offenbach (1. 3. 84), Leonard Hiemann, Groß-Gerau (13. 3. 84), Gerlinde Hartmann (17. 3. 84), Gerhard Bickhardt (20. 3. 84), Peter Stähler (16. 3. 84), Maria Roth (2. 4. 84), Harry Redlich (19. 3. 84), Michael Radzuweit, sämtlich Frankfurt (21. 3. 84), Hans Hartel, Hofheim (1. 5. 84), Ursula Hergt, Frankfurt (16. 3. 84), Hannelore Marschall, Hanau (13. 4. 84), Malte Lütjens (1. 5. 84), Hubert Goletz (1. 4. 84), Ulrike Schlüters (6. 4. 84), Siglinde Helbich, sämtlich Frankfurt (1. 4. 84), Ludwig Becher, Lampertheim (22. 3. 84), Elke Schöne, Frankfurt (5. 4. 84), Reimund Fischer, Wiesbaden (1. 4. 84), Heino Ackermann, Schlüchtern (1. 8. 84), Manfred Kilian, Geisenheim (9. 3. 84), Wolfram Eichenauer, Hofheim (4. 5. 84), Heinz-Ulrich Spengler, Frankfurt (19. 4. 84), Gerrit Reif, Rüsselsheim (27. 3. 84), Anne Schubert, Bensheim (22. 3. 84), Monika Burget, Hofheim (7. 5. 84), Sibylle Freiermuth, Frankfurt (14. 5. 84), Manfred Klebe, Oberursel (1. 5. 84), Klaus-Dieter Gerlach, Frankfurt (5. 4. 84), Winfried Bruder, Hanau (25. 5. 84), Reinhard Scheffler, Frankfurt (28. 5. 84), Roland Thomasberger, Darmstadt (15. 5. 84), Erhard Weber, Bad Homburg (1. 8. 84), Bernhard Wehner, Frankfurt (9. 8. 83), Rüdiger Beck, Bensheim (17. 5. 84), Heinz Schmitt-Raab, Hofheim (1. 5. 84);

zu/zur Oberstudienräten/in die Studienräte/in (BaL) Franz Baumgart, Usingen (17. 10. 83), Reinhard Winter, Frankfurt, Gerd-Alexander Portz, Hans-Christian Knoth, beide Wiesbaden, Otto Berlin, Albert Baur, beide Frankfurt, Karin Keyes, Offenbach, Bernhard Buchmann, Rimbach, Herbert Engelhard, Bensheim, Jürgen Klebe, Bad Nauheim, Bruno Heuer, Hanau, Manfred Jaeger, Hans Otto Rose, beide Darmstadt (sämtlich 1. 4. 84);

zu Studiendirektoren die Oberstudienräte (BaL) Horst Raatz, Dieter Kraft, beide Darmstadt (beide 1. 4. 84), Andreas Wolniwicz, Friedberg (25. 4. 84), Walter Hirzel, Büdingen (11. 4. 84), Horst Weber (3. 4. 84), Willi Bott, beide Frankfurt (13. 4. 84), Dietmar Krause, Groß-Gerau (19. 4. 84), Walter Breithaupt, Darmstadt (1. 4. 84), Dieter Bausch, Frankfurt (30. 4. 84), Horst Hill, Bensheim (30. 5. 84);

zu Studiendirektoren als ständige Vertreter des Leiters einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern die Oberstudienräte (BaL) Rüdiger Hohlstein, Obertshausen (1. 4. 84), Volker Mürle, Frankfurt (30. 4. 84);

zu Oberstudiendirektoren als Leiter einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern Studiendirektor als ständiger Vertreter des Leiters einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Dr. Detlef Schwarz, Wiesbaden (10. 4. 84),

Studiendirektor als Leiter einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern (BaL) Otto Buss, Frankfurt (30. 5. 84);

zu Fachlehreranwärtern/innen (BaW) Armin May, Darmstadt, Karin Arend, Frankfurt, Renate Gayer, Bensheim, Gerhard Doktor, Frankfurt (sämtlich 1. 2. 84);

zu Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Henry Pfeifer, Elke Mühle, beide Frankfurt, Rosemarie Fattah, Offenbach, Hoiko Treukler, Dieburg, Stefan Altman, Offenbach, Karin Hehn, Hanau, Inge Schäfer, Frankfurt, Gudrun Droß, Darmstadt, Ramona Stoka, Kriftel, Burkhard Bessenbacher, Hanau, Friedrich Goldstein, Lieselotte Weiß, beide Wiesbaden, Gisela Schäfer, Schlüchtern (sämtlich 1. 2. 84), Brigitte von Pieperit, Wiesbaden (2. 2. 84), Erich Fröhlich, Schlüchtern, Imke Heiseke-Schulze, Taunusstein-Hahn (beide 1. 2. 84), Renate Hrach, Groß-Gerau (1. 8. 83), Helga Melchior, Wiesbaden, Christine Lange, Hochheim, Gerda Brandl, Bensheim (sämtlich 1. 2. 84);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Wilhelm Mengel, Offenbach, Dietrich Schupp, Frankfurt (beide 1. 2. 84), Otto Steup, Hanau (2. 2. 84), Hermann Pradt, Wiesbaden, Elfriede Wojciechowski, Darmstadt, Georg Rühl, Friedberg (sämtlich 1. 2. 84), Karl-Heinz Mohr, Hofheim (27. 2. 84), Otto Schulte, Frankfurt (1. 2. 84), Norbert Bayer, Frankfurt (1. 4. 84), Horst Müller, Groß-Gerau, Armin Hengst, Butzbach, Karl-Heinz Sopp, Groß-Gerau (sämtlich 1. 2. 84), Ulrike Rohmann-Sammet, Friedberg (1. 4. 84), Wolfgang Schlag, Wiesbaden (1. 2. 84), Gert Kuntschar, Hanau (17. 2. 84), Albert Wörner, Groß-Gerau (2. 3. 84), Rosemarie Kettner, Groß-Gerau (15. 3. 84), Rolf Lotz, Hanau (14. 3. 84), Kurt Matthes, Groß-Gerau (5. 3. 84), Monika Kabisch, Dieburg (2. 3. 84), Erica Buske, Usingen (1. 2. 84), Hans Hinterlang, Friedberg (1. 8. 84), Ingrid Schütz, Ortrun Schulz, beide Usingen (beide 13. 3. 84), Gerald Laux, Darmstadt (1. 4. 84), Gertrud Pape, Lampertheim (22. 3. 84), Helga Stein, Oberursel (25. 4. 84), Gerhard Edel, Wiesbaden (8. 3. 84), Angelika Milde-Schmidt, Frankfurt (17. 4. 84), Heinz-Jürgen Schildge, Klaus-Peter Grytzmann, beide Rüsselsheim (beide 27. 3. 84);

zur **Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer** Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Edith Strub, Friedberg (1. 2. 84);

#### berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte (BaP) Hartmut Schnepf, Geisenheim, Wolfgang Giess, Darmstadt (beide 1. 2. 84), Lothar Opfermann, Rüsselsheim (17. 10. 83), Harald Althaus, Darmstadt (2. 4. 84), Klaus-Volker Heldmann, Dieburg (23. 5. 84);

#### in den Ruhestand getreten:

Oberstudienrat Alfred Schmidt, Butzbach (31. 7. 84).  
Fachlehrer Max Müller, Hofheim (31. 7. 84);

#### in den Ruhestand versetzt:

die Oberstudiendirektorinnen Luise Krieger, Frankfurt (31. 5. 84), Edith Krüger-Kurtze, Friedberg (31. 7. 84),  
die Studiendirektoren Kurt Gergler, Frankfurt, Heinz Gruner, Bad Nauheim (beide 31. 7. 84),  
die Oberstudienräte/innen Ruth Kußmann, Frankfurt, Herbert Gürtler, Joseph Jung, beide Darmstadt (sämtlich 31. 1. 84), Wolfgang Scriba, Büdingen, Renke Suhren, Wiesbaden, Philipp Schulz, Darmstadt, Dr. Ingeborg Möltgen, Oberursel (sämtlich 31. 7. 84), Kurt Wagner, Frankfurt (31. 5. 84),  
Fachoberlehrerin Margarete Konrad, Frankfurt (31. 3. 84),  
die Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer Günter Ohl, Dieburg, Georg Dehmel, Frankfurt, Maria Schneider, Wiesbaden (sämtlich 31. 1. 84);

#### entlassen:

Oberstudienrätin Margarete Heindel, Seligenstadt,  
die Studienrätinnen Elisabeth Pissors, Frankfurt, Frauke Heitmeyer, Friedberg (sämtlich 31. 7. 84),  
die Studienreferendare/in Albert Stelzle, Thomas Ruppert, beide Darmstadt (beide 10. 2. 84), Adolf Puckschaml, Frankfurt (5. 4. 84), Karlheinz Zindel, Carola Klare-Wessel, Hansjürgen Päßler, sämtlich Frankfurt (sämtlich 18. 5. 84);

#### in Gymnasien

##### ernannt:

zu **Studienreferendaren/innen** Dieter Anders, Uwe Berlinghoff, Sabine Bodemann, Inke Böhrnsen, Gunter Dahlem, Bernd-Ulrich Dietz, Markus Dross, Christina Färber, Petra Fischer, Rolf Fittkau, Frank Ganseuer, Evelyn Grösch, Brigitte Hermann, Wolfgang Herzberg, Marlis Hofmann, Klaus Jochem, Rainer Jung, Sabine Köster, Sylvia Kleine, Cornelia Kraft, Ursel Luh, Christoph Müller, Petra Müller, Sanda-Gertrud Nanu-Tedja, Gunter Pils, Edeltraud Pruss, Karin Reimold, Rainer Siegler, Andrea Seeger, Barbara Süsse, Heinke Schäfer, Klaus-Helmut Schlosser, Joachim Schreck, Helmut Stöhr, Ulrike Thiemann, Volkmar Vitt, Jürgen Wrobel, Sigrid Wutke, Wolfgang Zimmer, Halli Alite, Mechthilde Angst, Angelika Bauer, Elisabeth Bittenbinder, Heike Boedicker, Michael Bork, Klaus Bredel, Wolfgang Budzinski, Peter Coßmann, Norbert Cramer, Martina Dethloff, Martina Eismann, Wolfgang Geiger, Frank Hanske, Wolfgang Heisl, Manfred Herzig, Margit Hoyer, Gabriele Koelzer, Ulrich Krumsteg, Therese Lippa, Karla Mundt, Ellen Oswald, Eva Pfeiffer, Friedel Pöpper-Gabel, Susanne Reker, Marina Rybak, Angelika Schneider, Ingrid Rachel Schneider, Peter Schneider, Susanne Schulz, Christiane Sillich, Dr. Ulrich Simon, Berthold Steffes, Judith Wenzler,

Petra Willim, Thomas Bender, Helmut Blass, Barbara Broja-Mücke, Karin Brück, Wolfgang Clößner, Elke Dechert, Günther Diehl, Werner Dill, Anette Dilling, Annegret Droste, Günther Duesmann, Willi Englert, Jürgen Fischer, Wolfgang Fritsch, Eva Gabel, Sabine Gessert, Axel Gruppe, Hiltrud Häuber, Dietrich Hoffmann, Karen Homburg, Bernd Kaudewitz, Rainer Klehm, Freya Klein, Dagmar Langhanki, Petra Luchtenberg, Birgit Marquard, Martina Paetow, H.M. Pianka-Eisenschmid, Peter Reggentin, Wilhelm Sälter, Heike Schmidt, Wolfgang Schneider, Felix Schweitzer, Helmut Seidel, Petra Stadermann-Blum, Volker Stahl, Renate Strohmeier, Klaus Tuczek, Edita Turk-Santiago, Marianne Wachholz, Sabine Wruck, sämtlich Frankfurt, Dagmar Ast, Doris Becht, Reinhard Becker, Heinrich Bindrim, Mark Büthenbender, Elisabeth Brzenska, Margit Burg-Holz, Gerhard Dinter, Claudia Drögemüller, Almuth Fürst, Frank Gietowski, Manfred Grözl, Johannes Gundlach, Michael Hallbauer, Martin Heimes, Brigitte Herber, Antje Hermes, Manfred Hönl-Fahle, Gabriele Hoffmann, Cornelia Irblich, Klaus Dieter Johanning, Günther Kant, Nicole Maria Kunz, Georg Rudolf May, Hans Jörg Müller, Doris Ohmer, Georgine Ortlepp, Eva Maria Perthes, Berthold Peter, Claudia Pfaffmann, Günter Piehler, Erika Rempel, Dorle Richter, Claudia Roßmann, Wolfgang Schmitt, Jork Schmöckel, Volker Stichter, Elisabeth Stock, Renate Voßwinkel, Sanja Wagner, Jürgen Zanger, Dr. Brigitte Bender, G. Breidert-Fröhner, Christine Fissel, Ulrike Geissler, Gerhard Gerlach, Roland Görke, Pamela Gruber-Müller, Cornelia Gummi, Carmen Jakoby, Christoph Klein, Kerstin Koch, Birgitta Krämer, Susann Kretschmer, Helmut Lorch, Christoph Lust, Ilse Müller, Norbert Müller, Wieland Nebig, Sidonius Nemecek, Dagmar Pischel, Gerlinde Porsche, Gerald Preusch, Birgit Renner, Sabine Rinck, Karl Rupp, Klaus Schnellbacher, Beate Skrebek, Renate Stiehl, Rayna Stockmann, Susanne Többecke, Ralf Wleklinski, Dorothea Wolff, Ludwig Wolfrum, sämtlich Darmstadt, Silke Ballmann, Barbara Becker, Bernd Berneiser, Susanne Bohnert, Hans-Ludwig Bopp, Bertold Brüne, Gabriele Dannhauer, Wolfrad Deser, Gisela Fritsch, Eva-Maria Fritsche, Jutta Gerlach, Yvette Gourdin, Liane Heil, Peter Hillebrand, Monika Hitschold, Christof Höhler, Mechtild Hoffmann, Rolf Klein, Petra Jung, Barbara Kosmehl, Christina Kretschmann, Rolf Krönert, Walter Kuhmann, Ute Lappan, Claudia Lickfers, Elke Meissner, Thomas Meissner, Ulrike Müller, Walter Nee, Ulrike Opitz, Wolfgang Rolinger, Stefan Straub, Lutz Stroppe, Martin Weissenberger, Birgit Wenzel, Michael Ziese, sämtlich Wiesbaden, Vera Balzer, Uwe Barth, Susanne Böcker, Sabine Böhm, Christiane Bügel, Kristof Dittrich, Gabriele Eimler, Christel Freitag, Herbert Fink, Dr. Herbert Gasser, Elfriede Hassan, Christiane Neumann, Oda Hoffmann, Reinhard Horn, Heinz-Jürgen Junker, Vera Kandzia, Albert Kropp, Elisabeth Marx-Niedballa, Rüdiger Otto, Ulrike Pietsch, Verena Poppe-Watterrodt, Marietta Purwin-Hoppel, Jochen Reckleben, Petra Schellmann, Thomas Schläfer, Thomas Schmidt, Beate Strenge, Bernd Streuber, Vera Stucky, Christiane Syring, Herbert Unger, Katherine Nollenweider, Ruth Wälke, Rolf Wehrich, Harald Wolf, sämtlich Bensheim, Dr. Sigrid Albert, Raimund Baulig, Monika Brückner, Peter Euler, Pia Franken, Hans-Stefan Habicht, Karin Hagner, Bruno Hammerich, Ellen Hantke, Susanne Henke, Dieter Hoffmann, Dr. Hans-Joachim Ilgen, Dr. Johannes Jakobi, Jürgen Jesberger, Isrid Kitzmann, Yvonne Krüger, Heidemarie Lerm, Christine Mohr, Wolfgang Müller, Maria Paul, Algimantas Petrowski, Sylvia Radler, Bernd Rauls, Karl Schywalsky, Dr. Carlo Storch, Werner Voigt, sämtlich Offenbach (sämtlich 1. 5. 84);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Ronald Seffrin, Seeheim-Jugenheim, Andreas Hecker, Idstein, Irmgard Schad, Bensheim, Henning Peters, Idstein (sämtlich 1. 2. 84), Otfried Werner, Bad Homburg (9. 1. 84), Friedrike Nitsche, Darmstadt (1. 2. 84), Johann Stegerer, Seligenstadt (24. 1. 84), Michael Kiefer, Kelkheim (1. 2. 84), Rainer zur Linde, Frankfurt (30. 12. 83), Michael Katzenbach, Idstein, Dr. Gerhard Vierke, Dietzenbach (beide 1. 2. 84), Dr. Klaus Sauermann, Bad Homburg (19. 12. 83), Horst Müller, Bad Schwalbach (1. 2. 84), Hans Köhring, Heusenstamm (19. 1. 84), Alexander Orlapp, Freigericht (9. 1. 84), Cornelia Harnisch, Friedberg (15. 9. 83), Gudrun Katzenbach (1. 2. 84), Marion Trapp (30. 12. 83), Gebhard Baulig, sämtlich Frankfurt, Erika Herrmann, Bensheim (beide 1. 2. 84), Ludger Arnold, Nieder-Roden (9. 1. 84), Doris Schamell-Hermann, Dietzenbach (9. 1. 84), Ingrid Wagner, Butzbach (28. 11. 83), Michael Hill, Wiesbaden (1. 5. 84), Günther Leyser, Wiesbaden (1. 2. 84), Dr. Gerald Lang, Viernheim (5. 12. 83), Wolfgang Sperlich, Dietzenbach, Cäcilia Mangeot-Christ, Mainz-Kastel (beide 1. 2. 84), Claus Engelhard, Seligenstadt (9. 1. 84), Christa Führer, Offenbach (1. 2. 84), Ursula Vormbrock, Darmstadt (2. 12. 83), Rainer

Muskalla, Dietzenbach (20. 12. 83), Andrea Krawinkel, Groß-Gerau (1. 2. 84), Gerlinde Benz, Groß-Bieberau (29. 11. 83), Udo Rogalla, Idstein (1. 2. 84), Tilmann Winkler, Offenbach (18. 1. 84), Jürgen Köbler, Frankfurt, Dorothea Rothermel, Hattersheim (beide 1. 2. 84), Eva Gräbner, Darmstadt (5. 12. 83), Heinz-Gerhard Halberstadt, Stierstadt (20. 12. 83), Gottfried Hafemann, Idstein, Eberhard Wagner, Geisenheim (beide 20. 1. 84), Ulrike Blaum, Frankfurt (9. 2. 84), Ute Kretschmer, Wiesbaden (24. 1. 84), Margit Büchler, Groß-Gerau (1. 2. 84), Peter Mischlich (30. 12. 83), Werner Krompholz, beide Frankfurt, Gabriele Lang, Bensheim, Georg Hörner, Geisenheim, Hartmut Kurz, Arnold Spellerberg, beide Wiesbaden (sämtlich 1. 2. 84), Wigdis Heidsiek, Rodgau 1 (30. 1. 84), Andrea Henkel, Bad Homburg (13. 12. 83), Reiner Hausen (1. 2. 84), Otfried Werner, beide Frankfurt (9. 1. 84), Gisela Kirchberg-Ehm, Darmstadt (10. 1. 84), Silvia Krahl, Mühlheim (9. 1. 84), Margit Bielke, Seeheim-Jugenheim (22. 12. 83), Ingrid Arnold-Berndt, Münster (5. 1. 84), Harald Wolf, Taunusstein (1. 2. 84), Dr. Michael Mrowka, Kronberg (24. 1. 84), Hans Wilhelm Krämer, Groß-Umstadt (23. 1. 84), Herta Kasel, Frankfurt (19. 1. 84), Bettina Renkewitz, Stierstadt (20. 12. 83), Hans-Joachim Schiemenz, Kronberg (23. 1. 84), Sonja Döll, Darmstadt (1. 2. 84), Juliane Schaum-Persch, Bad Homburg (19. 12. 83), Hartmut Setzer, Frankfurt (20. 2. 84), Birgit Neubert, Darmstadt, Gerrit Hesse, Rüsselsheim (beide 15. 2. 84), Angelika Dierig, Oberursel (31. 1. 84), Michael Menzendorff, Gabriele Wiesenthal, beide Frankfurt (beide 1. 2. 84), Bernd Szimnau, Bad Homburg (20. 2. 84), Peter Gutte, Frankfurt (6. 2. 84), Ellen Schwan-Schönemund, Usingen (1. 2. 84), Yvonne Lang, Darmstadt (21. 2. 84), Dr. Hans-Martin Möller, Seligenstadt (17. 2. 84), Rainer Schubert (21. 2. 84), Dr. Hedwig Meyer-Vogel, beide Wiesbaden (1. 2. 84), Lydia Mahr, Frankfurt (16. 2. 84), Harald Prilop, Hanau (1. 3. 84), Günther Bopp, Taunusstein-Hahn (21. 2. 84), Iris Gerlach (16. 2. 84), Hilmar Wolf, beide Frankfurt (17. 2. 84), Joachim Bierwirth, Bad Homburg (5. 12. 83), Ulrike Jacobi, Frankfurt (25. 2. 84), Lutz Gutzeit, Hanau (7. 3. 84), Karl-Heinz Lochner (24. 2. 84), Jürgen Kaiser (1. 2. 84), Walter Billinger, sämtlich Frankfurt (20. 2. 84), Silvia Agde-Becke, Friedberg, Klaus Heilos-Keil (beide 5. 3. 84), Guido Almon, beide Hanau (29. 2. 84), Ellen Borst, Erlensee (21. 2. 84), Heinrich Röll, Schlüchtern (1. 2. 84), Alfred Püschel, Offenbach (6. 3. 84), Karin Martin (7. 3. 84), Siegrun Wilhelm, beide Darmstadt (9. 3. 84), Cornelia Weismüller, Frankfurt (23. 2. 84), Kerstin Aulbach-Kraus, Oberursel (24. 1. 84), Manfred Fritsch, Offenbach, Annegret Krage-nings-Böhme, Oberursel, Elisabeth von Fischke, Offenbach (sämtlich 24. 2. 84), Manfred Münz, Obertshausen, Eleonore Hamm, Heusenstamm (beide 27. 2. 84), Magdalena Elberskirch, Offenbach (24. 2. 84), Gerhard Glas, Frankfurt (20. 2. 84), Ursula Betz, Offenbach (25. 1. 84), Claudia Belz, Frankfurt (21. 2. 84), Maria Anna Jung, Weiterstadt (5. 3. 84), Elke Hahl, Offenbach (6. 3. 84), Eckard Fiehler, Frankfurt, Joachim Dietz, Wiesbaden (beide 9. 3. 84), Ingrid Merlau, Alsbach-Hähnlein (29. 2. 84), Monika Wilms, Wiesbaden (16. 2. 84), Sigrid Schlesinger (12. 3. 84), Margareta Hampel, beide Frankfurt, Brigitte Cibus, Bad Vilbel (beide 10. 3. 84), Barbara Müller-Walter, Hanau (7. 3. 84), Julia Meyer, Frankfurt (1. 8. 84), Karin Kuhli, Bad Homburg (7. 3. 84), Cornelia Fischler-Munck, Hochheim (9. 3. 84), Beate Hanewald, Wiesbaden (16. 3. 84), Kirsten Schäfer, Frankfurt (10. 4. 84), Gabriele Wassenich-Gerlitzki, Wiesbaden (1. 8. 84), Helgard Grimm, Wiesbaden (13. 3. 84), Regine Bielefeld-Müller, Wiesbaden (1. 5. 84), Klaus Becker, Frankfurt (13. 3. 84), Hanna Eisenberg, Obertshausen (15. 3. 84), Walter Sturm, Taunusstein (1. 8. 84), Cornelia Tschabold, Bad Nauheim (22. 3. 84), Ulrich Gefromm, Idstein, Christel Hoffmann, Geisenheim (beide 1. 8. 84), Friedhelm Wittpoth, Seligenstadt (19. 3. 84), Wolfgang Lepp, Taunusstein-Hahn (1. 8. 84), Dr. Hella Adam, Oberursel (19. 3. 84), Karl Gerhard Hüsch, Frankfurt (10. 4. 84), Klaus Hofmann, Gelnhausen (31. 3. 84), Karl-Heinz Seipel, Frankfurt (5. 4. 84), Monika Hippe, Darmstadt (25. 4. 84), Rolf Köhler, Kronberg (11. 4. 84), Gerta Preussner, Frankfurt (9. 4. 84), Dr. Birgit Schiehle, Oberursel (10. 4. 84), Françoise Müller, Frankfurt (6. 4. 84), Ursula Nord, Offenbach (13. 4. 84), Ursula Nieborowski, Frankfurt (10. 4. 84), Christel Gube (17. 4. 84), Monika Schindler, beide Frankfurt (2. 5. 84), Ingrid Engelbart, Gelnhausen (7. 5. 84), Zoran Mihaljevic, Frankfurt (8. 5. 84), Klaus Groenewald, Bad Homburg (10. 5. 84), Ursula Nord, Offenbach (13. 4. 84), Gisela Weber, Frankfurt (18. 4. 84), Wolfgang Grün-leitner, Offenbach (1. 5. 84), Rolf-Dieter Winkler, Pfungstadt (27. 3. 84), Otto Weiss, Wiesbaden (29. 3. 84), Günter Valter (10. 4. 84), Marita Ebel, beide Frankfurt (9. 4. 84), Marie-Luise Spitzley, Wiesbaden (1. 5. 84), Arnold Maus (13. 4. 84), Sonja Deberitz (8. 5. 84), Edith Mettler (11. 5. 84), Brunhilde Zingel, sämtlich Frankfurt (3. 5. 84), Leopold Starcik, Dreieich, Hol-

Everlien (beide 7. 5. 84), Gabriele Allendörfer (8. 5. 84), Anne-marie Kraft (7. 5. 84), Jürgen Frank, Angelika Hensel, Karl-heinz Schneider, Thomas Sachs (sämtlich 8. 5. 84), Georg-Peter Hagedorn (11. 5. 84), Cornelia Ludwig, sämtlich Frankfurt (7. 5. 84), Helmuth Schimanowski, Friedberg (21. 5. 84), Michael Dickmann (14. 5. 84), Gisela Rüger, beide Frankfurt (8. 5. 84), Heide Greeven, Rodgau (24. 5. 84), Klaus Sterlike, Frankfurt, Peter Küsters, Rodgau, Sabine Pressler-Taube, Frankfurt, Gerhard Baist, Dreieich (sämtlich 15. 5. 84), Dorothea Pomplun, Langenselbold (22. 5. 84), Erich Herzig, Dreieich (21. 5. 84), Hartmut Henrici, Usingen (18. 5. 84), Klaus Zogrotzky, Wiesbaden, Winfried Lorenz, Neu-Isenburg (beide 1. 8. 84), Margret Fricke, Münster (21. 5. 84), Magdalena Ott, Frankfurt (28. 5. 84), Walter Wilfer, Ober-Ramstadt (5. 6. 84), Christoph Kohl (28. 5. 84), Magdalena Seeliger (29. 5. 84), Klaus-Dieter Lamann, sämtlich Frankfurt (1. 8. 84);

zum Studienrat Studienrat z. A. (BaP) Roland Schlick, Büdingen (31. 1. 84);

zu Oberstudienräten/innen die Studienräte/innen (BaL) Manfred Voigt, Bad Vilbel (1. 10. 83), Jens Foike, Offenbach, Walter Schröder, Neu-Isenburg, Hans-Joachim Betzler, Frankfurt, Georg Kiefer, Dieburg, Gerlinde Becker, Hofheim, Wilhelm Hartmann, Groß-Bieberau, Michael Bayer, Friedberg, Sigrid Hiller, Frankfurt, Bernd Hunger, Rüsselsheim, Manfred Fuchs, Darmstadt, Irene Fleischhauer, Nidda, Rainer Maas, Darmstadt, Mechthild Gutte, Frankfurt, Irmtraud Lang, Seligenstadt, Horst Wilhelm, Gerd Kremer, beide Geisenheim, Joachim Sauer, Wiesbaden, Ingrid Wacker, Freigericht, Hans-Peter Keck, Oberursel, Hartmut Gram, Erlensee, Gerd Blecher, z. Z. Deutsche Schule Rom, Albrecht Majer, Rodgau, Michael Legutke, Stierstadt (sämtlich 1. 4. 84), Heiko Crost (2. 4. 84), Herbert Preißler, beide Frankfurt, Jutta Ebeling, Mörfelden-Walldorf, Peter Pfeifer, Lampertheim, Bernd Schreier, Wiesbaden, Werner Knüttel, Lampertheim, Dr. Roland Krebs, Heusenstamm, Gabriela Vogt, Wiesbaden (sämtlich 1. 4. 84), Harald Hässler, z. Z. Deutsche Schule in Istanbul (30. 4. 84);

zum Oberstudienrat als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an einer Gesamtschule Studienrat (BaL) Dr. Michael Näder, Eppstein (1. 4. 84);

zu Oberstudienräten als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern an einer Gesamtschule die Oberstudienräte (BaL) Gerhard Waigand, Hofheim (26. 10. 83), Bodo Roitsch, Taunusstein (16. 4. 84);

zu Studiendirektoren/innen die Oberstudienräte/innen (BaL) Dr. Peter Bürgel, Darmstadt (19. 10. 83), Norbert Naumann, Rodgau, Anita Engelhard, Lampertheim, Edgar Nebel, Hochheim, Monika Müller-Rueß, Wiesbaden, Reinhard Pfnor, Nidda (sämtlich 1. 4. 84), Jürgen Pech, Darmstadt (3. 4. 84), Klaus von Wangenheim, Frankfurt (6. 4. 84), Joachim Sticksel, Großkrotzenburg, Volker Schmidt, Rodgau, Jürgen Bülow, Neu-Isenburg (sämtlich 1. 4. 84), Gerd Findeisen, Lampertheim (13. 4. 84), Dr. Gertrude Franz-Roth, Wiesbaden (12. 4. 84), Dr. Wolfgang Thomas, Darmstadt (1. 4. 84), Dr. Ursula Donat, Kelkheim (30. 4. 84), Christa Elze, Oberursel (22. 5. 84);

zum Studiendirektor als ständigem Vertreter des Leiters eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern Studiendirektor (BaL) Richard Seredzun, Offenbach (4. 5. 84);

zum Oberstudiendirektor als Leiter eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums Studiendirektor als Leiter eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums (BaL) Dr. Fredi Ruths, Offenbach (29. 4. 84);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte (BaP) Horst Fromm, Heppenheim (1. 2. 84), Hartmut Pfannemüller, Offenbach (3. 1. 84), Hans-Jürgen Spira, Rüsselsheim (1. 2. 84), Joachim Mietusch, Neu-Isenburg (6. 2. 84), Klaus Bauer, Darmstadt (1. 2. 84), Folko Meyer-Herbst, Michelstadt (9. 3. 83), Gerhard Knapp, Friedberg (10. 3. 84), Michael Schütz, Rüsselsheim (13. 2. 84), Heinrich Werner Spies, Michelstadt (1. 3. 84);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudiendirektor Dr. Helmuth Fleckenstein, Frankfurt, die Studiendirektoren Dr. Hanswerner Ebling, Darmstadt, Kurt Hansen, Wiesbaden, die Studiendirektorin als ständige Vertreterin des/der Leiters/in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern Ursula Krause, Wiesbaden, die Oberstudienräte/innen Walter Roßkopf, Darmstadt, Ester Wondzinski, Wiesbaden, Karl Ehm, Darmstadt, Felicitas Stokowski, Ilse Wohlenberg (sämtlich 31. 1. 84), Gerhart Schäfer,

sämtlich Frankfurt (30. 5. 84), Gudrun Schwarzmüller, Bad Homburg, Dr. Hermann Mayenschein, Frankfurt, Margarete Lauck, Rüsselsheim, Otto Meyer, Ilse Diehl, beide Frankfurt, Dr. Gert Avenarius, Usingen (sämtlich 31. 7. 84), die Studienrätinnen Silvia Beck, Frankfurt (29. 2. 84), Dr. Waltraud Palazy, Darmstadt (31. 1. 84), Helga Michel, Frankfurt (31. 3. 84);

#### entlassen:

Oberstudienrat/in Bärbel Kowalzik, Wald-Michelbach (31. 7. 84), Dieter Tschampel, Neu-Isenburg (31. 7. 83), die Studienrätinnen Hildegard Krämer, Heppenheim (31. 1. 84), Hildegard Schäfer, Geisenheim, Ilse Bublitz, Eppstein, Studienrätin z. A. Ricarda Kasper, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 84), die Studienreferendare/innen Gerda Jordan, Frankfurt (31. 1. 84), Gerhard Stadelmann, Frankfurt (30. 11. 83), Dr. Thomas Ehrle, Darmstadt (31. 12. 83), Friedgart Winter, Wiesbaden (30. 11. 83), Annekatrin Paustian, Frankfurt (31. 12. 83), Erwin Meier, Offenbach (22. 11. 83), Franz-Peter Schneiderlöchner, Darmstadt (29. 1. 84), Dr. Hartwig Weber (31. 12. 83), Lorenz Göser, beide Frankfurt, Astrid Eichner, Darmstadt (beide 31. 1. 84), Richard Lifka, Wiesbaden (18. 2. 84), Norbert Schön, Frankfurt (24. 1. 84), Ulrich Schmidt, Wolfgang Hotze, beide Wiesbaden (beide 31. 1. 84), Klaus Traxler, Maintal (14. 1. 84), Ingrid Cichorius-Schlehuber (20. 3. 84), Barbara Metzner (31. 3. 84), Harald Knüppel, sämtlich Frankfurt (14. 4. 84), Georg Adamczyk, Offenbach (3. 5. 84), Günter Koch, Frankfurt (27. 4. 84), Hedwig Schulz (2. 5. 84), Karin Zuch, beide Offenbach (31. 3. 84), Ingrid Kostopoulos (14. 5. 84), Klaus Wörner, beide Frankfurt (11. 5. 84), Reinhard Müller, Darmstadt (30. 4. 84), Birgit Wuttke, Offenbach (25. 5. 84), Gerhard Putschögl, Frankfurt (30. 5. 84), Georgine Ortlepp, Darmstadt (13. 6. 84).

Darmstadt, 29. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
VI 21 — 7 1 08 (1)  
*StAnz. 47/1984 S. 2253*

#### H. Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales

beim Regierungspräsidenten in Darmstadt

ernannt:

zu **Gewerberäten z. A. (BaP) Techn. Ang. Dr. Heinrich Menzel, ZfG (17. 5. 84), Gewerbereferendar (BaW) Dr. Claus Zingel, GAA Frankfurt (29. 6. 84);**

zu **Gewerbereferendarinnen (BaW) die Bewerberinnen Dr. Hanna Harnisch, GAA Wiesbaden (1. 6. 84), Dr. Annette Goldmann, GAA Frankfurt (3. 9. 84);**  
zum/zur **Techn. Oberinspektor/in z. A. (BaP) Techn. Angestellte/r Werner Schiff (13. 4. 84), Uta Hucke, beide ZfG (23. 5. 84);**  
zum **Techn. Assistenten (BaL) Techn. Assistent z. A. (BaP) Gerhard Faust, GAA Wiesbaden (1. 5. 84);**  
zum **Techn. Assistenten z. A. (BaP) Techn. Angestellter Alexander Eberius, GAA Frankfurt (7. 8. 84);**

berufen in das **Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

**Inspektor (BaP) Roland Herling, LR Darmstadt-Dieburg — Staatl. Vet. Amt. — (23. 8. 84);**

in den **Ruhestand versetzt:**

**Oberinspektor (BaL) Peter Paul Würz, LR des Wetteraukreises — Staatl. Vet. Amt. — (30. 6. 84) gem. § 51 (1) HBG i. V. m. § 56 (2) HBG**

entlassen:

**Techn. Amtsmann (BaL) Horst Holzamer, GAA Frankfurt (30. 6. 84),**  
**Techn. Inspektorinwärterin (BaW) Edda Krohm, GAA Wiesbaden (31. 7. 84), beide gem. § 41 HBG.**

Darmstadt, 30. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
I 2/2 a — 7 1 02/07 (e)  
*StAnz. 47/1984 S. 2260*

#### I. Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

beim Regierungspräsidenten in Darmstadt

ernannt:

zum/zur **Baureferendar/in (BaW) Bewerber/in Dipl.-Ing. Jutta Labenski, Dr.-Ing. Stefan Hill, WWA Darmstadt (beide 30. 9. 84);**

in den **Ruhestand versetzt:**

**Baudirektor (BaL) Hans Limprich, WWA Wiesbaden (31. 7. 84), gem. § 51 (3) Ziff. 1 HBG.**

Darmstadt, 30. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
I 2/2 a — 7 1 02/07 (e)  
*StAnz. 47/1984 S. 2260*

**1151** DARMSTADT

### DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

#### Vorhaben der Firma E. Merck, 6100 Darmstadt

Die Firma E. Merck, Frankfurter Str. 250, 6100 Darmstadt, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung einer Produktionsanlage für anorganische Salze, Gebäude J 29 (Verlagerung), in Darmstadt, Gemarkung Darmstadt, Frankfurter Straße 250, Flur 32, Flurstück 1/4, gestellt. Die Anlage soll nach Bescheiderteilung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 26. November 1984 bis 28. Januar 1985 bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, Zimmer 310, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Auslegungsstellen erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 1. März 1985, 9.00 Uhr, bestimmt. Er findet beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Sitzungssaal Süd, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Aus-

bleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 25. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
IV 5/32 — 53 e 621 — MD (68)  
*StAnz. 47/1984 S. 2260*

**1152**

#### Vorhaben des Zweckverbandes Abfallverwertung Südhessen (ZAS) — vertreten durch die Südhessische Gas und Wasser AG —, 6100 Darmstadt

Die Südhessische Gas und Wasser AG, Frankfurter Straße 100, 6100 Darmstadt, hat die Feststellung eines Planes für die Generalsanierung der Hausmüllverbrennungsanlage (Neubau der Verbrennungseinheit I, Bau von drei Rauchgasreinigungsanlagen für die Verbrennungseinheiten, Bau einer Stromerzeugungsanlage, Bau einer Sperrmüllzerkleinerung) in der Gemarkung Darmstadt, Flur 14, Flurstück 137, beantragt.

Der Plan beinhaltet eine wesentliche Änderung der bisher genehmigten Anlage, die gemäß § 7 Abs. 1 des Abfallbeseitigungsgeset-



zes (AbfG) vom 5. Januar 1977 (BGBl. I S. 41), zuletzt geändert durch das 2. Änderungsgesetz zum AbfG vom 4. März 1962 (BGBl. I S. 281), der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens bedarf.

Die Südhessische Gas und Wasser AG hat zugleich auch gemäß § 7 a AbfG beantragt, den vorzeitigen Beginn des Baus der Rauchgasreinigungsanlagen zuzulassen.

Gemäß § 7 Abs. 3 AbfG i. V. m. § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 1982 (BGBl. I S. 281), § 2 Ziff. 2, Satz 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG (4. BImSchV) vom 14. Februar 1975 (BGBl. I S. 499 ff.), geändert durch Verordnung vom 22. Juni 1983 (BGBl. I S. 719), und § 1 Abs. 1, Ziff. 2, Buchst. a der Hessischen Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 28. Februar 1978 (GVBl. I S. 145 ff.) i. d. F. vom 5. März 1981 (GVBl. I S. 61) ist der Regierungspräsident in Darmstadt zuständig für die Durchführung des Verfahrens und Entscheidung über den Antrag. Gemäß § 21 Abs. 3 AbfG und unter Berücksichtigung von § 10 Abs. 3 BImSchG i. V. m. § 8 der 9. BImSchV wird das oben bezeichnete Vorhaben öffentlich bekanntgemacht.

Der Plan mit den sonstigen Unterlagen und Gutachten sowie der Antrag auf Zulassung des vorzeitigen Beginns der Ausführung des Planes (vorzeitige Errichtung der Rauchgasreinigungsanlage) liegen innerhalb einer Frist von zwei Monaten, und zwar

vom 3. Dezember 1984 bis 4. Februar 1985 (einschließlich)

während der üblichen Dienststunden bei folgenden Auslegungsstellen

- a) dem Magistrat der Stadt Darmstadt,
- b) dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Berliner Allee 5, 6100 Darmstadt,

zu jedermanns Einsicht aus.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann Einwendungen gegen den Plan erheben.

Etwaige Einwendungen sind innerhalb der oben genannten Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Auslegungsstellen vorzubringen. Ich bitte, die Einwendungen in zweifacher Ausfertigung einzureichen und dabei den vollständigen Namen sowie die Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 17. April 1985 bestimmt. Er findet im Saal des Justus-Liebig-Hauses, Große Bachgasse 2, 6100 Darmstadt, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 30. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
V 1/39 d — 79 n 08/13 — Da  
StAnz. 47/1984 S. 2260

**1153**

### Bestellung als Versteigerer

Herr Ewald Walter Hensel, geb. am 16. April 1949 in Frankfurt am Main, wohnhaft in 6457 Maintal 3, Wachenbucherstr. 15, ist von dem Landrat des Main-Kinzig-Kreises am 5. Oktober 1984 gemäß § 35 b Abs. 5 GewO als besonders sachkundiger Versteigerer für Versteigerungen von Hausrat vereidigt und öffentlich bestellt worden.

Die öffentliche Bestellung gilt für den Geltungsbereich der Gewerbeordnung.

Der Sitz des Gewerbebetriebes ist 6457 Maintal 3, Wachenbucherstr. 15.

Darmstadt, 2. November 1984

**Der Regierungspräsident**  
IV 4/31 — 73 c 20 — 1/84  
StAnz. 47/1984 S. 2261

**1154**

### Durchführung des Hessischen Landesplanungsgesetzes (§ 11);

**hier:** Durchführung eines Raumordnungsverfahrens mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung zur Bestimmung eines Deponie-Standortes für die Ablagerung von Hausmüll und hausmüllähnlichen Abfällen der Kategorie I im Rheingau-Taunus-Kreis

Zur Abstimmung der geplanten Maßnahme mit raumbedeutsamen Planungen und zur Feststellung ihrer Vereinbarkeit mit den Belangen der Landesplanung ist ein Raumordnungsverfahren eingeleitet worden.

Mit der Durchführung hat mich der Hessische Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz beauftragt. Beteiligt sind die in § 8 Abs. 2 HLPG genannten Stellen.

Im Rahmen dieses Raumordnungsverfahrens wird erstmals eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Hessische Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden durchgeführt.

Darmstadt, 30. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
VII 51 — 93d 26/09 — E 106/83  
StAnz. 47/1984 S. 2261

**1155**

### Widerruf der Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

**Bezug:** Bekanntmachung vom 9. Mai 1984 (StAnz. S. 1077)

Der mit o. g. Bekanntmachung für ungültig erklärte Polizei-Dienstausweis Nr. 06-61 ist wiedergefunden worden.

Die Ungültigkeitserklärung wird hiermit widerrufen.

Darmstadt, 30. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
III 2/13 S 64 — 7 d 14  
StAnz. 47/1984 S. 2261

**1156**

GIESSEN

### Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 5. November 1984

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen im Ortsteil Niederbrechen der Gemeinde Brechen aus Anlaß des Weihnachtsmarktes am 25. November 1984 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

Die Verkaufsstellen im Ortsteil Niederbrechen müssen am Sonnabend, 24. November 1984, ab 14.00 Uhr geschlossen sein.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 25. November 1984 in Kraft.

Gießen, 5. November 1984

**Der Regierungspräsident**  
gez. Müller  
StAnz. 47/1984 S. 2261

**1157**

### Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 5. November 1984

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes

vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

## § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Elz mit Ausnahme des Ortsteiles Malmeneich aus Anlaß des Christkindmarktes am 25. November 1984 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

Die Verkaufsstellen im Ortsteil Elz müssen am Sonnabend, 24. November 1984, ab 14.00 Uhr geschlossen sein.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 25. November 1984 in Kraft.

Gießen, 5. November 1984

**Der Regierungspräsident**  
gez. Müller

StAnz. 47/1984 S. 2261

1158

**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Schöffengrund, Lahn-Dill-Kreis

Auf Antrag der Gemeinde Schöffengrund, Lahn-Dill-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze:

„Streichmühle“, „Hof Prinz“, „Tanus-Weiler“, „Talhof“, „Berghof“, „Margaretenhöhe“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Gießen, 25. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
12 a — 3 h 08-11-03

StAnz. 47/1984 S. 2262

1159

**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Homberg (Ohm), Vogelsbergkreis

Auf Antrag der Stadt Homberg (Ohm), Vogelsbergkreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

„Wäldershausen“ und „Neu-Ulrichstein“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Die Wohnplätze „Hainmühle“, „Herrnmühle“, „Kreismühle“, „Neuhaus“, „Pletschmühle“ und „Sandmühle“ werden aufgehoben.

Gießen, 5. November 1984

**Der Regierungspräsident**  
12 a — 3 k 08 — 11

StAnz. 47/1984 S. 2262

1160

**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Aufhebung der Wohnplätze in der Stadt Lauterbach (Hessen), Vogelsbergkreis

Auf Antrag der Stadt Lauterbach (Hessen), Vogelsbergkreis, werden die Wohnplätze „Blitzenrod“ und „Rudlos“ gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung aufgehoben.

Gießen, 2. November 1984

**Der Regierungspräsident**  
12 a — 3 k 08 — 11 — 09

StAnz. 47/1984 S. 2262

1161

KASSEL

**Ermittlung von Grundstückswerten (Richtwertermittlung nach § 143 b BBauG);**

hier: Richtwertübersicht für den Regierungsbezirk Kassel zum 31. Dezember 1983

Gemäß § 143 b Abs. 4 S. 2 BBauG i. d. F. vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) i. V. m. § 14 der VO zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 5. März 1981 (GVBl. I S. 46) ist auf der Grundlage der Bodenrichtwerte der Gemeinden die als Anlage abgedruckte Übersicht über die Richtwertermittlung für den Regierungsbezirk Kassel zum 31. Dezember 1983 erstellt worden und wird hiermit veröffentlicht.

Kassel, 25. Oktober 1984

**Der Regierungspräsident**  
35 — 61 a 02

StAnz. 47/1984 S. 2262

**Richtwertermittlung zum 31. Dezember 1983 — Richtwertübersicht —  
für den Regierungsbezirk Kassel**

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		
		baureifes Land von DM	bis von DM	Rohbauland von DM
<b>Landkreis Fulda</b>				
<b>Burghaun</b>				
Burghaun	Wohnbauflächen	9,—	13,—	
Großenmoor	Wohnbauflächen	7,—	9,—	
Gruben	Wohnbauflächen	6,—	10,—	
Hechelmanskirchen	Wohnbauflächen	7,—	9,—	
Hünhan	Wohnbauflächen	6,—	9,—	
Langenschwarz	Wohnbauflächen	6,—	10,—	
Rothenkirchen	Wohnbauflächen	7,—	10,—	
Schlotzau	Wohnbauflächen	7,—	9,—	
Steinbach	Wohnbauflächen	7,—	12,—	
<b>Dipperz</b>				
Dipperz	Wohnbauflächen	16,—	22,—	
Armenhof	Wohnbauflächen	15,—	20,—	
Dörmbach (Fulda)	Wohnbauflächen	6,—	9,—	
Finkenhain	Wohnbauflächen	7,—	10,—	
Friesenhausen	Wohnbauflächen	9,—	16,—	
Kohlgrund	Wohnbauflächen	8,—	10,—	
Wisselsrod	Wohnbauflächen	8,—	10,—	
Wolferts	Wohnbauflächen	9,—	11,—	
<b>Ebersburg</b>				
Schmalnau	Wohnbauflächen	10,—	16,—	
Ebersburg	Wohnbauflächen	6,—	10,—	

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für			Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		
		baureifes Land von DM	Rohbauland von DM	Bauerwartungs- land bis DM			baureifes Land von DM	Rohbauland von DM	Bauerwartungs- land bis DM
Ried	Wohnbauflächen	8,—	14,—	—	Flieden	Wohnbauflächen	18,—	28,—	—
Ortslage	Wohnbauflächen	4,—	5,—	—	Flieden	Wohnbauflächen	15,—	22,—	—
Sonderwohngebiet Thalau	Wohnbauflächen	12,—	20,—	—	Zonen I u. III	Wohnbauflächen	8,—	15,—	—
mit Stellberg und Altenhof	Wohnbauflächen	3,—	4,—	—	Zonen II, IV, V	Wohnbauflächen	8,—	15,—	—
Sonderwohngebiet Weyhers	Wohnbauflächen	12,—	20,—	—	— Döngesmühle	Wohnbauflächen	10,—	16,—	—
Ehrenberg	Wohnbauflächen	12,—	16,—	—	— Struthöfe	Wohnbauflächen	10,—	15,—	—
Wüstensachsen	Wohnbauflächen	8,—	11,—	—	Hof und Haid	Wohnbauflächen	10,—	15,—	—
Meiperts	Wohnbauflächen	12,—	14,—	—	Rückers	Wohnbauflächen	10,—	16,—	—
Seifers	Wohnbauflächen	8,—	11,—	—	— Ortslage	Wohnbauflächen	10,—	12,—	—
Reulbach	Wohnbauflächen	8,—	11,—	—	— Keuzelbuch	Wohnbauflächen	10,—	12,—	—
Thaiden	Wohnbauflächen	8,—	11,—	—	— Leimenhof	Wohnbauflächen	10,—	14,—	—
Eichenzell	Wohnbauflächen	20,—	35,—	—	Schwaben	Wohnbauflächen	10,—	10,—	—
Eichenzell	Gewerb. Bauflächen	7,—	12,—	—	Stork	Wohnbauflächen	—	—	—
— Ortslage	Wohnbauflächen	12,—	16,—	—	Gersfeld (Rhön)	Wohnbauflächen	20,—	45,—	—
— Industriegebiet	Wohnbauflächen	9,—	12,—	—	Gersfeld	Wohnbauflächen	18,—	43,—	—
Büchenberg	Wohnbauflächen	10,—	14,—	—	Zonen I—IV	Wohnbauflächen	6,—	53,—	—
Dollbach	Wohnbauflächen	12,—	24,—	—	Zonen VI—VIII	Wohnbauflächen	6,—	12,—	—
Kerzell	Wohnbauflächen	9,—	14,—	—	Zonen X—XIII	Wohnbauflächen	6,—	15,—	—
Löschnerod	Wohnbauflächen	9,—	12,—	—	Altenfeld	Wohnbauflächen	8,—	12,—	—
Lütter	Wohnbauflächen	9,—	12,—	—	Dalherda	Wohnbauflächen	6,—	12,—	—
Melters	Wohnbauflächen	15,—	18,—	—	Gichenbach	Wohnbauflächen	6,—	15,—	—
Rönshausen	Wohnbauflächen	15,—	25,—	—	Hettenhausen	Wohnbauflächen	8,—	15,—	—
Rothemann	Wohnbauflächen	15,—	25,—	—	Maisbach	Wohnbauflächen	8,—	15,—	—
Welkers	Wohnbauflächen	15,—	18,—	—	Mosbach	Wohnbauflächen	10,—	25,—	—
— Ortslage	Gewerb. Bauflächen	5,—	12,—	—	Obernhausen	Wohnbauflächen	9,—	17,—	—
— Industriegebiet	Wohnbauflächen	10,—	15,—	—	Rengersfeld	Wohnbauflächen	8,—	14,—	—
Zillbach	Wohnbauflächen	12,—	19,—	—	Rodenbach	Wohnbauflächen	6,—	11,—	—
Eiterfeld	Wohnbauflächen	12,—	25,—	—	Rommers	Wohnbauflächen	10,—	19,—	—
— alter Ortskern	Wohnbauflächen	12,—	19,—	—	Sandberg	Wohnbauflächen	5,—	12,—	—
— beb. Außenbereich	Gewerb. Bauflächen	6,—	14,—	—	Schachten	Wohnbauflächen	—	—	—
— Industriegebiet	Wohnbauflächen	8,—	12,—	—	Großenlüder	Wohnbauflächen	15,—	25,—	—
— Fürsteneck	Wohnbauflächen	6,—	9,—	—	Großenlüder	Wohnbauflächen	—	30,—	—
Arzell	Wohnbauflächen	8,—	12,—	—	— Ortskern	Wohnbauflächen	12,—	20,—	—
Betzenrod	Wohnbauflächen	8,—	12,—	—	Bimbach	Wohnbauflächen	18,—	24,—	—
Buchenau	Wohnbauflächen	5,—	7,—	—	— Ortslage	Wohnbauflächen	6,—	8,—	—
— Branders	Wohnbauflächen	6,—	10,—	—	— Neubaugebiet	Wohnbauflächen	10,—	14,—	—
Dittlrodt	Wohnbauflächen	6,—	8,—	—	Lütterz	Wohnbauflächen	10,—	16,—	—
Giesenhain	Wohnbauflächen	8,—	15,—	—	Mus	Wohnbauflächen	8,—	12,—	—
Großertaft	Wohnbauflächen	5,—	8,—	—	Kleinenlüder	Wohnbauflächen	6,—	8,—	—
Leimbach	Wohnbauflächen	8,—	12,—	—	Uffhausen	Wohnbauflächen	10,—	16,—	—
— Ortslage	Gewerb. Bauflächen	6,—	10,—	—	Eichenau	Wohnbauflächen	10,—	16,—	—
Leimbach	Wohnbauflächen	6,—	10,—	—	Hilders	Wohnbauflächen	10,—	38,—	—
Mengers	Wohnbauflächen	5,—	7,—	—	Hilders	Wohnbauflächen	14,—	16,—	—
Oberweissenborn	Wohnbauflächen	9,—	10,—	—	Zonen I—IV	Wohnbauflächen	10,—	12,—	—
Reckrod	Wohnbauflächen	6,—	10,—	—	Brand	Wohnbauflächen	6,—	10,—	—
Solsdorf	Wohnbauflächen	5,—	8,—	—	Dietsges	Wohnbauflächen	10,—	12,—	—
Uffhausen	Wohnbauflächen	6,—	10,—	—	Dörrbach a. d. M.	Wohnbauflächen	12,—	14,—	—
Wolf	Wohnbauflächen	6,—	10,—	—	Eckweitsbach	Wohnbauflächen	8,—	12,—	—
					Liebhardts	Wohnbauflächen	12,—	14,—	—
					Rupsroth	Wohnbauflächen	12,—	14,—	—
					Summershausen	Wohnbauflächen	12,—	14,—	—
					Unterbornhards	Wohnbauflächen	6,—	10,—	—
					— Ortslage	Wohnbauflächen	18,—	20,—	—
					— Wochenendhaus- gebiet Wickers	Wohnbauflächen	10,—	12,—	—



Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für			Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		
		baureifes Land von DM	Robbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM		baureifes Land von DM	Robbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM
Bad Salzschlirf Bad Salzschlirf Zonen I—VII Zone IX	Wohnbauflächen	25,—	40,—		Wohnbauflächen	20,—	34,—	12,50
	Wohnbauflächen	30,—	45,—		Dorfgebiet	18,—	18,—	18,—
	Wohnbauflächen	—	7,—		Wohnbauflächen	25,—	25,—	
	Gewerbl. Bauflächen	—	—		Wohnbauflächen	20,—	25,—	
Tann Tann — Stadtkern — Wohnbaugebiet — gen. Baugebiet	Wohnbauflächen	—	30,—		Wohnbauflächen	14,—	18,—	17,—
	Wohnbauflächen	25,—	34,—		Dorfgebiet	10,—	15,—	
	Wohnbauflächen	12,—	23,—		Dorfgebiet	12,—	15,—	
	Gewerbl. Bauflächen	8,—	11,—					
	Wohnbauflächen	13,—	18,—					
	Wohnbauflächen	—	10,—					
	Wohnbauflächen	—	10,—					
	Wohnbauflächen	13,—	20,—					
	Wohnbauflächen	—	10,—					
	Wohnbauflächen	—	10,—					
	Wohnbauflächen	6,—	10,—					
	Wohnbauflächen	13,—	25,—					
	Landkreis Herfeld-Rotenburg Ereitenbach am Herzberg	Wohnbauflächen	—	16,—				
Gemischte Bauflächen		—	16,—					
Wohnbauflächen		13,—	20,—					
Gemischte Bauflächen		13,—	20,—					
Gewerbl. Bauflächen		—	9,—					
Wohnbauflächen		16,—	22,—					
Gemischte Bauflächen		16,—	22,—					
Wohnbauflächen		15,—	20,—					
Gemischte Bauflächen		15,—	20,—					
Wohnbauflächen		15,—	25,—					
Heringen Hohenroda Kirchheim Ludwigsau/Friedlos Neuenstein	Wohnbauflächen	—	13,—					
	Gemischte Bauflächen	—	13,—					
	Wohnbauflächen	15,—	35,—					
	Gewerbl. Bauflächen	—	10,—					
	Wohnbauflächen	15,—	27,—					
	Wohnbauflächen	10,—	15,—					
	Gemischte Bauflächen	10,—	15,—					
	Wohnbauflächen	13,—	25,—					
	Gemischte Bauflächen	5,—	10,—					
	Wohnbauflächen	10,—	18,—					
Landkreis Kassel Gemeinde Ahnatal Heckershausen Weimar	Gemischte Bauflächen	15,—	18,—					
	Wohnbauflächen	—	14,—					
	Wohnbauflächen	30,—	40,—					
	Wohnbauflächen	25,—	50,—					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	20,—	40,—					
	Wohnbauflächen	25,—	40,—					
	Gewerbl. Bauflächen	—	12,50					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Gewerbl. Bauflächen	—	—					
Stadt Baunatal Altenbauna Altenritte	Wohnbauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Gewerbl. Bauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	—	—					
	Wohnbauflächen	—	—					

Erschließungskosten sind nicht enthalten!

Erschließungskosten sind nicht enthalten!

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für			Bauerwartungs- land von bis von DM
		baureifes Land von bis von DM	Rohbauland von bis von DM	Bauerwartungs- land von bis von DM	
<b>Stadt</b> Liebenau	Dorfgebiet	12,—			
Ersen	Dorfgebiet	17,—			
Grinelsheim	Wohnbauflächen	14,—			
Hauda	Kerngebiet	23,—			
Lamerden	Gewerbl. Bauflächen	25,—			
	Dorfgebiet	8,—			
Liebenau	Wohnbauflächen	15,—			
	Wohnbauflächen	20,—			
<b>Gemeinde</b> Habichtswald					
Dörnberg	Kerngebiet	12,—			
	Wohnbauflächen	15,—			
Ehlen	Kerngebiet	18,—			
	Wohnbauflächen	25,—			
	Wohnbauflächen	15,—			
<b>Gemeinde</b> Helsa					
Eschenstruth	Dorfgebiet und	12,—			
	Wohnbauflächen	20,—			
Helsa	Kerngebiet und	15,—			
	Wohnbauflächen	25,—			
St. Ottilien	Dorfgebiet	10,—			
Wickenrode	Dorfgebiet	12,—			
<b>Stadt</b> Hofgeismar					
Beberbeck	Dorfgebiet	10,—			
Carlsdorf	Dorfgebiet	15,—			
Friedrichsdorf	Kerngebiet	30,—			
Hofgeismar	Wohnbauflächen	20,—			
	Gewerbl. Bauflächen	9,—			
Hümme	Dorfgebiet und	9,—			
	Wohnbauflächen	12,—			
Kelze	Dorfgebiet	—			
Schöneberg	Wohnbauflächen	16,50			
Hombressen	Dorfgebiet und	7,—			
	Wohnbauflächen	14,—			
<b>Stadt</b> Innenhausen					
Holzhausen	Wohnbauflächen	15,—			
Immenhausen	Wohnbauflächen	15,—			
Mariendorf	Wohnbauflächen	20,—			
<b>Stadt</b> Bad Karlshafen					
Helmarshausen	Wohnbauflächen	15,—			
	Gewerbl. Bauflächen	3,—			
Bad Karlshafen	Wohnbauflächen	20,—			
<b>Gemeinde</b> Kaufungen					
Niederkaufungen	Wohnbauflächen	15,—			
	Gewerbl. Bauflächen	9,—			
Oberkaufungen	Dorfgebiet	32,—			
	Wohnbauflächen	20,—			
	Gewerbl. Bauflächen	35,—			
	Gewerbl. Bauflächen	12,—			
<b>Gemeinde</b> Nieste					
Nieste	Dorfgebiet und	20,—			
	Wohnbauflächen	37,—			
<b>Gemeinde</b> Niedertal					
Heiligenrode	Wohnbauflächen	30,—			
Sandershausen	Wohnbauflächen	30,—			
<b>Gemeinde</b> Oberweser					
Arenborn	Dorfgebiet	10,—			
Gewissenruh	Dorfgebiet	9,—			
Gieselwerder	Wohnbauflächen	12,50			
Gottstreu	Wohnbauflächen	9,—			
Heisebeck	Dorfgebiet	10,—			
Oedelsheim	Dorfgebiet und	12,—			
	Wohnbauflächen	15,—			
<b>Gemeinde</b> Reinhardtshagen					
Vaake	Wohnbauflächen	15,—			
	Gewerbl. Bauflächen	6,—			
Veckernagen	Wohnbauflächen	15,—			
	Gewerbl. Bauflächen	7,—			
					12,—
					8,50







Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		baureifes Land von DM	baures Land von DM	Rohbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM
		ebf. von DM	bis DM				
<b>Gemeinde</b> Wabern Wabern	Wohnbauflächen Gemischte Bauflächen Gewerbl. Bauflächen Wohnbauflächen	18,— 14,—	10,— 10,— 12,— 12,—	35,— 45,— 70,— 14,50			
<b>Falkenberg</b>							
<b>Gemeinde</b> Willingshausen Willingshausen Loshausen Wasenberg	Wohnbauflächen Wohnbauflächen Wohnbauflächen Wohnbauflächen	14,— 10,— 14,— 15,—	ebf. = erschließungsbeitragspflichtig = einschließlich Erschließungskosten ebf. = ohne Erschließungskosten	50,— 35,— 55,— 75,— 40,— 15,— 10,— 25,— 15,— 10,— 10,— 12,— 15,—			
<b>Gemeinde</b> Zwesten Zwesten	Wohnbauflächen	19,—					
<b>Landkreis</b> Waldeck-Frankenberg							
<b>Gemeinde</b> Allendorf (Eder) Ortsteile: Battenfeld Haine Rennerthausen	Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen	13,— 13,— 10,— 13,—		20,— 40,— 15,—			
<b>Stadt</b> Arolsen Arolsen Heliossteig- Pyramont Str. Schweizerland Neuer Garten Braunser Weg Königsberggelande Schweitzerstr. — Hasenzaun Fohlenkamp — Hünighausen Gelände „Remmeker Feld“	Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen Wohnbauflächen Wohnbauflächen Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen	40,— 40,— 30,— 35,— 30,— 30,— 30,— 15,—		13,— 8,— 12,— 9,— 11,—			
<b>Stadtteile:</b> Braunsen Bühle Helsen	Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen	10,— 7,— 16,— 20,—		12,—			
<b>Kohlgrund</b> Landau Massenhausen Meninginghausen Neu-Berich Schmillinghausen Volkhardinghausen Wetterburg	Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen Gemischte Bauflächen	9,— 9,— 15,— 7,— 7,— 16,—		10,— 15,— 12,— 10,—			
<b>Stadt</b> Bad Wildungen Kerngebiet Am Unterscheid Auf dem alten Felde	Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen Wohnbauflächen	80,— 80,— 45,—		14,— 10,— 8,— 13,— 12,— 20,— 35,— 18,— 14,— 10,— 12,— 30,—			

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für			Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		
		baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM			bis DM	baureifes Land von DM	bis DM
Sudeck	Gemischte Bauflächen	10,—			Haubern	Gemischte Bauflächen	8,—		
Vasbeck	Gemischte Bauflächen	10,—			Hommershausen	Gemischte Bauflächen	8,—		
Wirmighausen	Gemischte Bauflächen	10,—			Rengershausen	Gemischte Bauflächen	8,—		
<b>Stadt</b>					Rodenbach	Gemischte Bauflächen	9,—		
<b>Diemelstadt</b>					Röddenu	Gemischte Bauflächen	10,—		
<b>Stadtteile:</b>					Schreufa	Gemischte Bauflächen	11,—		
Amnenhausen	Gemischte Bauflächen	7,—			Viermünden	Gemischte Bauflächen	10,—		
Dehausen	Gemischte Bauflächen	7,—			Wangershausen	Gemischte Bauflächen	7,—		
Helmighausen	Gemischte Bauflächen	9,50			Willersdorf	Gemischte Bauflächen	10,—		
Hesperinghausen	Gemischte Bauflächen	7,50			<b>Stadt</b>				
Neudorf	Gemischte Bauflächen	13,—			<b>Gemünden (Wohra)</b>	Gemischte Bauflächen	14,—		
Orpethal	Gemischte Bauflächen	8,—			<b>Stadtteile:</b>				
Rhoden	Gemischte Bauflächen	13,—			Ellnrode	Gemischte Bauflächen	7,—		
Wethen	Gemischte Bauflächen	8,—			Grüsen	Gemischte Bauflächen	8,—		
Wrexen	Gemischte Bauflächen	13,—			Herbelhausen	Gemischte Bauflächen	7,—		
<b>Gemeinde</b>					Lehnhausen	Gemischte Bauflächen	7,—		
<b>Edertal</b>					Schiffelbach	Gemischte Bauflächen	7,—		
<b>Ortsteile:</b>					Sehlen	Gemischte Bauflächen	8,—		
Alfoldern	Gemischte Bauflächen	12,—			<b>Gemeinde</b>				
Anraff	Gemischte Bauflächen	9,—			<b>Haina (Kloster)</b>	Gemischte Bauflächen	10,—		
Bergheim	Gemischte Bauflächen	10,—			<b>Ortsteile:</b>				
Böhne	Gemischte Bauflächen	7,—			Altenhaina	Gemischte Bauflächen	7,—		
Bringhausen	Gemischte Bauflächen	15,—			Bartenhausen	Gemischte Bauflächen	11,—		
— Wochenendhausgeb.		75,—			Bockendorf	Gemischte Bauflächen	8,—		
Bublen	Gemischte Bauflächen	7,—			Doddenhausen	Gemischte Bauflächen	8,—		
Gellershausen	Gemischte Bauflächen	11,—			Hattenberg	Gemischte Bauflächen	7,—		
Ghiltz	Gemischte Bauflächen	15,—			Halgehausen	Gemischte Bauflächen	7,—		
Hemfurth/Ederssee	Gemischte Bauflächen	15,—			Hüttenrode	Gemischte Bauflächen	7,—		
— Wochenendhausgeb.		45,—			Löhlbach	Gemischte Bauflächen	12,—		
geb. „Rehbach“		15,—			Mohnhausen	Gemischte Bauflächen	7,—		
Klennern	Gemischte Bauflächen	8,—			Oberholzhausen	Gemischte Bauflächen	7,—		
Königshagen	Gemischte Bauflächen	12,—			Römershausen	Gemischte Bauflächen	7,—		
Mehlen	Gemischte Bauflächen	15,—			<b>Stadt</b>				
Wellen	Gemischte Bauflächen	15,—			<b>Hatzfeld (Eder)</b>	Gemischte Bauflächen	13,—		
<b>Stadt</b>					— Ortskern	Gemischte Bauflächen	15,—		
<b>Frankenau</b>	Gemischte Bauflächen	10,—			— Wochenendhausgeb.				
<b>Stadtteile</b>					<b>Stadtteile:</b>				
Altenlotheim	Gemischte Bauflächen	12,—			Biëbighausen	Gemischte Bauflächen	7,—		
Allendorf	Gemischte Bauflächen	9,—			Eifa	Gemischte Bauflächen	10,—		
Dainrode	Gemischte Bauflächen	7,—			Holzhausen	Gemischte Bauflächen	10,—		
Ellershausen	Gemischte Bauflächen	8,—			Reddighausen	Gemischte Bauflächen	11,—		
Lousendorf	Gemischte Bauflächen	8,—			<b>Stadt</b>				
<b>Stadt</b>					<b>Lichtenfels</b>				
<b>Frankenberg (Eder)</b>	Gemischte Bauflächen	30,—			<b>Stadtteile:</b>				
Altstadtbereich	Gemischte Bauflächen	22,—			Dalwigkthal	Gemischte Bauflächen	10,—		
Kegeberg, Hainstock	Gemischte Bauflächen	8,—			Fürstenberg	Gemischte Bauflächen	12,50		
Distner, Eisenberg	Wohnbauflächen	18,—			Goddeishelm	Gemischte Bauflächen	12,—		
Aue, Siegener Str.	Gewerbl. Bauflächen	18,—			Immighausen	Gemischte Bauflächen	8,—		
Hinstürz, Johannisland	Gemischte Bauflächen	22,—			Münden	Gemischte Bauflächen	9,—		
Umkreis, Leimenkaute	Wohnbauflächen	22,—			Neukirchen	Gemischte Bauflächen	7,—		
Saure Morgen,	Wohnbauflächen	20,—			Rhadern	Gemischte Bauflächen	9,—		
Wolfspfad	Wohnbauflächen				Sachsenberg	Gemischte Bauflächen	11,—		
<b>Stadtteile:</b>									
Dörnholzhausen	Gemischte Bauflächen	7,—							
Friedrichshausen	Gemischte Bauflächen	8,—							
Geismar	Gemischte Bauflächen	9,—							



Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für			Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		
		baureifes Land von DM	Robbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM			baureifes Land von DM	Robbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM
Neuerode	Wohnbauflächen	25,—	33,—		Diemerode	Gemischte Bauflächen	10,—		
	Gemischte Bauflächen	8,—	10,50			Wohnbauflächen	13,50		
	Gemischte Bauflächen	15,—	26,—			Gemischte Bauflächen	10,—		
Schwelbda	Gemischte Bauflächen	10,—	13,50		Krauthausen	Wohnbauflächen	8,—		
Meißner Abterode	Wohnbauflächen	10,—	11,50		Lindenau	Gemischte Bauflächen	5,—		
	Gemischte Bauflächen	12,—	15,—		Mittlerode	Gemischte Bauflächen	6,—		
Alberode	Wohnbauflächen	10,—	11,50		Stächthosbach	Gemischte Bauflächen	6,—		
	Gemischte Bauflächen	8,—	13,—		Thurnhosbach	Gemischte Bauflächen	6,—		
Germerode	Wohnbauflächen	6,—	12,50		Ulifen	Wohnbauflächen	12,—	14,—	
	Gemischte Bauflächen	8,—	10,—		Weißenborn	Gemischte Bauflächen	8,50	10,—	
Vockerode	Wohnbauflächen	5,50	6,50		Wichmannshausen	Wohnbauflächen	13,—	14,—	
	Gemischte Bauflächen	12,—	17,—		Wölfterode	Gemischte Bauflächen	10,—	12,—	
Weidenhausen	Wohnbauflächen	10,—	12,50						
Wellingerode	Gemischte Bauflächen	10,—	10,—						
Wolfterode	Gemischte Bauflächen	14,—	5,—		Waldkappel	Wohnbauflächen	8,—	17,—	
Ringgau Netra	Wohnbauflächen	8,50	10,—		Waldkappel	Gemischte Bauflächen	15,—	25,—	
	Gemischte Bauflächen	10,—	10,—			Gewerbl. Bauflächen	3,—	5,—	
Datterode	Wohnbauflächen	10,—	13,—		Bischhausen	Wohnbauflächen	8,—	12,—	
Grandenborn	Gemischte Bauflächen	10,—	8,50		Burghofen	Gemischte Bauflächen	8,—		
	Wohnbauflächen	10,—	10,—			Gemischte Bauflächen	5,50		
Lüderbach	Gemischte Bauflächen	8,50	6,50		Eltmannsee	Gemischte Bauflächen	5,—		
Renda	Wohnbauflächen	8,50	8,50		Friemen	Wohnbauflächen	6,—		
	Gemischte Bauflächen	6,50	5,50			Gemischte Bauflächen	5,—		
Rittmannshausen	Wohnbauflächen	9,—	9,—		Gebau	Gemischte Bauflächen	7,—	8,—	
Röhrda	Gemischte Bauflächen	9,—	9,—		Harmuthsachsen	Wohnbauflächen	7,—		
Sontra	Wohnbauflächen	10,—	38,—		Hasselbach	Gemischte Bauflächen	7,—		
	reines Wohn- gebiet (ebf.)	20,—	38,—		Hetzterode	Gemischte Bauflächen	9,—		
— Kernstadt	reines Wohn- gebiet (ebp.)	17,—	27,—			Wohnbauflächen	9,—		
	allgemeines Wohn- gebiet (ebf.)	12,—	20,—		Kirchhosbach	Gemischte Bauflächen	5,50		
Bernerode	allgemeines Wohn- gebiet (ebp.)	10,—	18,—		Mäckelsdorf	Gemischte Bauflächen	5,—		
	Gemischte Bauflächen	10,—	30,—		Rechtebach	Gemischte Bauflächen	5,—		
Blankenbach	Mischgebiete (ebf.)	12,—	30,—		Rodebach	Wohnbauflächen	11,—		
	Mischgebiete (ebp.)	10,—	17,—			Gemischte Bauflächen	5,—		
Breitau	Kerngebiete (ebf.)	10,—	30,—		Schemmern	Gemischte Bauflächen	6,—	8,—	
	Kerngebiete (ebp.)	8,—	34,—		Stolzhausen	Gemischte Bauflächen	5,—		
Berneburg	Gewerbl. Bauflächen	8,—	34,—						
	Gewerbegebiete (ebf.)	11,—	12,50		Wanfried	Wohnbauflächen	12,—	13,—	
Blankenbach	Sonderbauflächen	11,—	12,50		Wanfried	Gemischte Bauflächen	25,—	40,—	
	Sondergebiete (ebf.)	11,—	12,50		— Kerngebiet	Gemischte Bauflächen	15,—	25,—	
Breitau	Sondergebiete (ebp.)	12,—	12,—		— Mischgebiet	Wohnbauflächen	10,—		
	Gemischte Bauflächen	10,50	12,—		Altenburschla	Gemischte Bauflächen	5,50	7,—	
Langenhain	Wohnbauflächen	9,—	12,—		Aue	Wohnbauflächen	11,—	12,—	
	Gemischte Bauflächen	10,—	9,—			Gemischte Bauflächen	10,—	11,—	
Hoheneiche	Wohnbauflächen	6,—	14,—		Heldra	Wohnbauflächen	10,—	5,50	
	Gemischte Bauflächen	12,—	14,—		Völkershausen	Gemischte Bauflächen	10,—	5,50	
Reichensachsen	Wohnbauflächen	9,—	12,—						
	Gemischte Bauflächen	10,—	10,—		Wehretal	Wohnbauflächen	20,—	30,—	
Langenhain	Wohnbauflächen	12,—	14,—		Reichensachsen	Gemischte Bauflächen	17,50	30,—	
	Gemischte Bauflächen	10,50	12,—		Hoheneiche	Wohnbauflächen	12,—	17,—	
					Gemischte Bauflächen	10,—	15,—		
					Wohnbauflächen	17,—	21,—		
					Gemischte Bauflächen	8,—	12,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		baureifes Land von DM	Rohbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM
		baureifes Land von DM	Rohbauland von DM			
Oetnanshausen	Wohnbauflächen Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen Gemischte Bauflächen	8,50 10,00 8,00 6,00	10,00	40,00	70,00	
Vierbach				40,00	70,00	
Weißborn Weißborn	Wohnbauflächen Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen Gemischte Bauflächen	6,00 8,00 7,00	7,00	40,00	70,00	
Rambach				40,00	70,00	
Bad Sooden-Allendorf Kernstadt	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
St. Annen	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Rothsteinstr.	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Zimmerweg	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Ringstr.	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			60,00	80,00	
Langer Weg	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			60,00	80,00	
Waldstr.	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			25,00	40,00	
Gartenstr.	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			30,00	35,00	
Klausbergstr. (teilweise)	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			30,00	35,00	
In der Wolfsgrube	Wohnbauflächen			55,00	75,00	
Auf dem Wassergraben	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			55,00	75,00	
Im Gräbchen Winkel	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			55,00	75,00	
Wilhelm-Büchner- Straße	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			55,00	75,00	
An den Soletischen	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			55,00	75,00	
Immanuel-Kant-Straße	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			23,00	40,00	
Hainsbachwiesen	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			23,00	40,00	
Haintor	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			20,00	32,00	
Freih.-v.-Stein-Str.	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			20,00	32,00	
Königsberger Straße	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			15,00	30,00	
Jenaer Straße	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			15,00	30,00	
Hinter dem Wahl	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			15,00	30,00	
Balzerbornweg (teilweise)	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			15,00	30,00	
Auf den Teichhöfen	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			15,00	30,00	
Ferdinand-Schlamm- Straße	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			32,00	36,00	
Lobachweg	Wohnbauflächen. reines Wohngebiet Wohnbauflächen			40,00	70,00	
Hedwig-Lange-Straße	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			40,00	70,00	
Balzerbornweg (teilweise)	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			40,00	70,00	
Stabbenbeckweg	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			40,00	70,00	
Eichsfelder Straße	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Am Kirschenrain	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Klausbergstr. (teilweise)	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Zum Alten Stein	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Birkenweg	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Weinreihe	reines Wohngebiet Wohnbauflächen			45,00	70,00	
Brunnenplatz	allgem. Wohngebiet Wohnbauflächen			60,00	80,00	
Wahlhäuser Straße (teilweise)	allgem. Wohngebiet Wohnbauflächen			60,00	80,00	
Ackerstraße	allgem. Wohngebiet Wohnbauflächen			25,00	40,00	
Oberste Straße	Gemischte Bauflächen Kerngebiet			30,00	35,00	
Egerländer Str.	Gemischte Bauflächen Kerngebiet			30,00	35,00	
Sudetenstraße	Wohnbauflächen Wohngebiet			55,00	75,00	
Am Scheiderasen	Wohnbauflächen Wohngebiet			55,00	75,00	
Heiligenstädter Str.	Wohnbauflächen Wohngebiet			55,00	75,00	
Kalkweg	Wohnbauflächen Wohngebiet			55,00	75,00	
Kannhöhe	Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen			23,00	40,00	
Am langen Weg	Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen			23,00	40,00	
Der Huhngraben	Mischgebiet Gemischte Bauflächen			20,00	32,00	
Werrastraße	Mischgebiet Gemischte Bauflächen			20,00	32,00	
Auf dem Steineckel	Mischgebiet Gewerbl. Bauflächen			15,00	30,00	
Die Hilberlache	Industriegebiet Gewerbl. Bauflächen			15,00	30,00	
Auf den Teichhöfen	Industriegebiet Sondergebiet			15,00	30,00	
Stadtteile: Ahrenberg Dudenrode	Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen Sonderbaufläche			6,00 10,00 6,00	8,00 15,00 8,00	
Ellershausen	Wohnbauflächen Gemischte Bauflächen			15,00 10,00	18,00 12,00	
Hilgershausen	Gemischte Bauflächen Wohnbauflächen			10,00 11,00	14,00 14,00	
Kammerbach	Wohnbauflächen Gemischte Bauflächen			12,00 12,00	15,00 15,00	

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für			Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		
		baureifes Land von DM	Robbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM			baureifes Land von DM	Robbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM
Kleinwäch	Wohnbauflächen	20,—			Großer Kirchrain	Gemischte Bauflächen	30,—		
Oberrieden	Gemischte Bauflächen	10,—	13,—		Nordstr.	Kerngebiet	50,—		
Orferode	Wohnbauflächen	10,—	15,—		Gelsterstr.	Gemischte Bauflächen	30,—		
Höfe-Weiden	Gemischte Bauflächen	10,—	13,—		Teichstr.	Kerngebiet	50,—		
Großmerode	Gemischte Bauflächen	6,—	8,—		Zäunenstr.	Gemischte Bauflächen	30,—		
Kernstadt	Wohnbauflächen				Berliner Str.	Kerngebiet	50,—		
Unter den Eichen	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		(teilweise)	Gemischte Bauflächen	30,—		
Büsteinstr.	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Berliner Str.	Kerngebiet	10,—	12,—	
Eichhofstr.	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		(teilweise)	Gemischte Bauflächen	10,—	12,—	
Mittele Heide	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Obere Scheidquelle	Gemischte Bauflächen	10,—	12,—	
Sandweg	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		(teilweise)	Gemischte Bauflächen	10,—	12,—	
Am Schwarzenberg	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Am Ackerchen	Gemischte Bauflächen	10,—	12,—	
Albert-Schweitzer- Straße	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		Bahnhofstr. (teilweise)	Gemischte Bauflächen	20,—	23,—	
Adolf-Häger-Straße	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Gerichtstr.	Gemischte Bauflächen	20,—	23,—	
Pfifferlingsgrund	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		Obere Scheidquelle	Gemischte Bauflächen	20,—	23,—	
Jonasbach (teilweise)	Wohnbauflächen	13,50	25,—		(teilweise)	Gemischte Bauflächen	20,—	23,—	
Baumhofstraße	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		In den Steinen	Gemischte Bauflächen	20,—	23,—	
Sudetenstr.	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Eisenbergstr.	Gemischte Bauflächen	20,—	23,—	
Kohlerainstr.	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		(teilweise)	Gemischte Bauflächen	20,—	23,—	
Felsenkellerstr.	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Stadtteile:	Gemischte Bauflächen	10,—	13,—	
Bornhof	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		Epferode	Wohnbauflächen	15,—	23,—	
Quellenweg	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Laudenbach	Gemischte Bauflächen	8,—	16,—	
Friedhofstr.	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		Rommerode	Wohnbauflächen	12,—	15,—	
Friedrich-Ebert-Str.	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Trubenhäuser	Gemischte Bauflächen	10,—	16,—	
Bahnhofstr. (teilweise)	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		Uengsterode	Wohnbauflächen	10,—	14,—	
Friedenstr.	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Weißbach	Gemischte Bauflächen	10,—	12,—	
Eisenbergstr.	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		Hessisch Lichtenau	Gemischte Bauflächen	8,—	10,—	
(teilweise)	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Kernstadt	Gemischte Bauflächen	7,—	9,—	
Steinweg	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		Siegershäuser Straße	Gemischte Bauflächen	34,—	50,—	
Jonasbach (teilweise)	Wohnbauflächen	13,50	25,—		Am Klingelborn	Wohnbauflächen	34,—	50,—	
Wilhelm-Speck-Platz	allgem. Wohngebiet	13,50	25,—		Bergstraße	reines Wohngebiet	34,—	50,—	
Kasseler Str.	Gemischte Bauflächen	30,—	50,—		Obere Bergstr.	Wohnbauflächen	34,—	50,—	
	Kerngebiet	30,—	50,—		Zur Hellebarde	reines Wohngebiet	34,—	50,—	
	Gemischte Bauflächen	30,—	50,—		Freih.-v.-Stein-Straße	Wohnbauflächen	34,—	50,—	
	Kerngebiet	30,—	50,—		Vortridener Weg	reines Wohngebiet	34,—	50,—	
	Gemischte Bauflächen	30,—	50,—		Im Tal	Wohnbauflächen	34,—	50,—	
	Kerngebiet	30,—	50,—		Hanröder Str.	reines Wohngebiet	34,—	50,—	
	Gemischte Bauflächen	30,—	50,—		Riedweg	allgem. Wohngebiet	35,—	50,—	
	Kerngebiet	30,—	50,—			allgem. Wohngebiet	35,—	50,—	



Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für			Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		
		baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM			bis DM	Bauerwartungs- land von DM	bis DM
Fabariusstr.	Wohnbauflächen reines Wohngebiet	70,—	90,—		Von-Lorentz-Weg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—	
Höhenweg	Wohnbauflächen reines Wohngebiet	70,—	90,—		Grüner Weg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—	
Johannisbergweg	Wohnbauflächen reines Wohngebiet	70,—	90,—		Nieser Str.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	35,—	55,—	
Am Galgenberg	Wohnbauflächen reines Wohngebiet	70,—	90,—		Grabenstr.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	35,—	55,—	
Geschw.-Scholl-Strabe	Wohnbauflächen reines Wohngebiet	70,—	90,—		Paradiesweg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	35,—	55,—	
Driteßenstr.	Wohnbauflächen reines Wohngebiet	70,—	90,—		Am Bürgerhaus	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	35,—	55,—	
Oberer Höhenweg	Wohnbauflächen reines Wohngebiet	70,—	90,—		Siedlerstr.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	35,—	55,—	
Heiligenstädter Weg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	50,—	60,—		Edward-Schröder- Straße	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	35,—	55,—	
Eichsfelder Str.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	50,—	60,—		Ellerbergstr.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	35,—	55,—	
Thüringer Str.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	50,—	60,—		Ermenswerder Straße (teilweise)	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
Wartbergstr.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	50,—	60,—		Mittelburgstr.	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
Rosenweg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	50,—	60,—		Oderburgstr.	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
Erlakweg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	45,—	60,—		Kniegasse	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
Rudolf-Herzog-Weg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	45,—	60,—		Am Markt	Gemischte Bauflächen	60,—	75,—	
Conrad-Bischoff-Weg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	45,—	60,—		Kirchplatz	Gemischte Bauflächen	60,—	75,—	
Am Frauenmarkt	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	45,—	60,—		Brückenstr.	Gemischte Bauflächen	60,—	75,—	
Am Kurtheim	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	45,—	60,—		Steinstr.	Gemischte Bauflächen	60,—	75,—	
Steingasse	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	45,—	60,—		Walburger Str. (teilweise)	Gemischte Bauflächen	60,—	75,—	
Wickfeldstr.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	40,—	50,—		Gelsterstr.	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
Domkeweg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	40,—	50,—		Karl-Ludwig-Str.	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
An der Fährgasse	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	40,—	50,—		Mühlstr.	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
Am Steintor	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	40,—	50,—		Obere Mühlstr.	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
Stubenstr.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	40,—	50,—		Gartenstr. (teilweise)	Gemischte Bauflächen	50,—	60,—	
Berlepschweg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—		Ermenswerder Straße (v. d. Ermenswerder Tor)	Gemischte Bauflächen	45,—	50,—	
Vor dem Rabensberg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—		Bleichengasse	Gemischte Bauflächen	45,—	50,—	
Am Rosenthal	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—		Bornemannweg	Gemischte Bauflächen	50,—	62,—	
Nordbahnhofsveg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—		Walburger Str. (teilweise)	Gemischte Bauflächen	50,—	62,—	
Sudetenstr.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—		Parkweg	Gemischte Bauflächen	50,—	62,—	
Justus-Hahn-Weg	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—		Südbahnhofstr. (teilweise)	Gemischte Bauflächen	50,—	62,—	
Nordbahnhofsstr.	Wohnbauflächen allgem. Wohngebiet	33,—	55,—		Südbahnhofstr. (teilweise)	Gemischte Bauflächen	50,—	76,—	







Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für			Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für		
		baureifes Land von DM	Robbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM			baureifes Land von DM	Robbauland von DM	Bauerwartungs- land von DM
Gemarkung Wahlershausen	Wohnbauflächen	100,—	280,—		Übrige Ortslage der Kernzone Gelände zw. Sachsen- berger Ldstr. und Medeb. Ldstr. Gelände zw. Franken- berger Ldstr. und Sachsenberger Ldstr. Gelände zw. Strother Str. und Frankenber- ger Ldstr. Gelände zw. Briloner Ldstr. und Medebacher Ldstr. Gewerbegebiet zw. Briloner Ldstr. und Arolser Ldstr. Gelände zw. Arolser Ldstr. und Strother Straße	Gemischte Bauflächen	52,—		
	reine Wohngebiete	150,—	280,—			Wohnbauflächen	27,—		
	Kleinsiedlungsgebiete	130,—	200,—			Wohnbauflächen	40,—		
	allgem. Wohngebiete	110,—	80,—			Wohnbauflächen	40,—		
	Gewerbl. Bauflächen	70,—	75,—			Wohnbauflächen	38,—		
	Gewerbegebiete	70,—	80,—			Gewerbl. Bauflächen	26,—		
	Wohnbauflächen	60,—	75,—			Wohnbauflächen	35,—		
	Kleinsiedlungsgebiete	75,—	60,—						
	allgem. Wohngebiete	140,—	220,—						
	Gemischte Bauflächen	160,—	220,—						
Gemarkung Waldau	Mischgebiete	110,—	160,—		Ortsteile: Allernghausen Gesamtes Gemeinde- gebiet Eppel Gesamtes Gemeinde- gebiet Goldhausen Gesamtes Gemeinde- gebiet Helmscheid Gesamtes Gemeinde- gebiet Hillershausen Gesamtes Gemeinde- gebiet Lelbach Gesamtes Gemeinde- gebiet Lengfeld Gesamtes Gemeinde- gebiet Meininghausen Gesamtes Gemeinde- gebiet Nieder-Ense Gesamtes Gemeinde- gebiet Nieder-Schleiden Gesamtes Gemeinde- gebiet Nordenbeck Gesamtes Gemeinde- gebiet Ober-Ense Gesamtes Gemeinde- gebiet	Gemischte Bauflächen	8,—		
	Wohnbauflächen	110,—	160,—			Wohnbauflächen	8,—		
	reine Wohngebiete	120,—	160,—			Wohnbauflächen	12,—		
	allgem. Wohngebiete	100,—	160,—			Wohnbauflächen	6,—		
	Gemischte Bauflächen	100,—	160,—			Wohnbauflächen	7,—		
	Dorfgebiete					Wohnbauflächen	15,—		
						Gemischte Bauflächen	11,—		
						Gemischte Bauflächen	10,—		
						Gemischte Bauflächen	7,—		
						Gemischte Bauflächen	8,—		
Gemarkung Wohlheiten	Wohnbauflächen	25,—	100,—	5,—	In den vorgenannten Beträgen sind Erschließungskosten enthalten!	Wohnbauflächen	8,—		
	reine Wohngebiete	25,—	120,—	5,—		Wohnbauflächen	8,—		
	allgem. Wohngebiete	25,—	100,—	5,—		Wohnbauflächen	12,—		
	Gemischte Bauflächen	60,—	750,—	5,—		Wohnbauflächen	6,—		
	Randgebiet	8,—	60,—	5,—		Wohnbauflächen	7,—		
	Kerngebiet	8,—	30,—	5,—		Wohnbauflächen	15,—		
	Gewerbegebiet					Gemischte Bauflächen	7,—		
	Industriegebiet					Gemischte Bauflächen	8,—		
						Gemischte Bauflächen	7,—		
						Gemischte Bauflächen	7,—		
Kreisstadt Eschwege Eschwege	Wohnbauflächen	10,—	20,—		Erschließungskosten sind nicht enthalten!	Gemischte Bauflächen	7,—		
	reine Wohngebiete	10,—	20,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
	allgem. Wohngebiete	10,—	22,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
	Wohnbauflächen	10,—	22,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
	allgem. Wohngebiete	10,—	22,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
	reine Wohngebiete	10,—	35,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
	allgem. Wohngebiete	10,—	35,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
	Wohnbauflächen	10,—	35,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
	reine Wohngebiete	10,—	35,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
	allgem. Wohngebiete	10,—	35,—			Gemischte Bauflächen	7,—		
Gemarkung Wolfsanger	Gemischte Bauflächen	98,—			Erschließungskosten sind nicht enthalten!	Gemischte Bauflächen	98,—		
	Wohnbauflächen					Gemischte Bauflächen	98,—		
	reine Wohngebiete					Gemischte Bauflächen	98,—		
	allgem. Wohngebiete					Gemischte Bauflächen	98,—		
	Gemischte Bauflächen					Gemischte Bauflächen	98,—		
	Wohnbauflächen					Gemischte Bauflächen	98,—		
	reine Wohngebiete					Gemischte Bauflächen	98,—		
	allgem. Wohngebiete					Gemischte Bauflächen	98,—		
	Gemischte Bauflächen					Gemischte Bauflächen	98,—		
	Wohnbauflächen					Gemischte Bauflächen	98,—		
Kreisstadt Korbach Kernzone (bevorzugte Geschäftslage)	Gemischte Bauflächen				Erschließungskosten sind nicht enthalten!	Gemischte Bauflächen			
	Wohnbauflächen					Gemischte Bauflächen			
	reine Wohngebiete					Gemischte Bauflächen			
	allgem. Wohngebiete					Gemischte Bauflächen			
	Gemischte Bauflächen					Gemischte Bauflächen			
	Wohnbauflächen					Gemischte Bauflächen			
	reine Wohngebiete					Gemischte Bauflächen			
	allgem. Wohngebiete					Gemischte Bauflächen			
	Gemischte Bauflächen					Gemischte Bauflächen			
	Wohnbauflächen					Gemischte Bauflächen			

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung	Richtwerte für					
		baureifes Land		Rohbauland		Bauerwartungs- land	
		von	bis	von	bis	von	bis
		DM		DM		DM	
Rhena	Gemischte Bauflächen	10,—					
Gesamtes Gemeinde- gebiet	Gemischte Bauflächen	8,—		Erschließungskosten sind nicht enthalten!			
Strothe	Gemischte Bauflächen	8,—		Erschließungskosten sind nicht enthalten!			
Gesamtes Gemeinde- gebiet	Gemischte Bauflächen	8,—		Erschließungskosten sind nicht enthalten!			
<b>Kreisstadt</b> <b>Bad Hersfeld</b> <b>Bad Hersfeld</b>	Wohnbauflächen	40,—	150,—	30,—	80,—		
	Gemischte Bauflächen	45,—	410,—				
	Gewerbl. Bauflächen	50,—	95,—				
<b>Stadtteile</b> <b>Asbach</b>	Wohnbauflächen	40,—	45,—	25,—			
	Gemischte Bauflächen	35,—	40,—				
	Gewerbl. Bauflächen	40,—		25,—			
<b>Allmershausen</b>	Wohnbauflächen	35,—		20,—			
	Gemischte Bauflächen	30,—	35,—				
<b>Beiershausen</b>	Wohnbauflächen	35,—		20,—			
	Gemischte Bauflächen	30,—					
<b>Heenes</b>	Wohnbauflächen	35,—		20,—			
	Gemischte Bauflächen	30,—	35,—				
<b>Kathus</b>	Wohnbauflächen	40,—		30,—			
	Gemischte Bauflächen	30,—	40,—				
<b>Kohlhausen</b>	Wohnbauflächen	80,—		40,—			
	Gemischte Bauflächen	30,—	35,—				
<b>Sorga</b>	Wohnbauflächen	35,—	40,—				
	Gemischte Bauflächen	35,—					
<b>Petersberg</b>	Wohnbauflächen	55,—					
	Gemischte Bauflächen	45,—					

Bei den Beträgen für „baureifes Land“  
sind Erschließungskosten enthalten!

1162

DARMSTADT

### BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

#### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Im Rußland und in der Kuhweide bei Lindheim“ vom 30. Oktober 1984

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

#### § 1

(1) Die Auwiesen südlich der Ortslage Lindheim werden in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Im Rußland und in der Kuhweide bei Lindheim“ besteht aus einer Grünlandauwe südlich der Nidder und beiderseits des Seemenbaches in den Gemarkungen Lindheim, Gemeinde Altstadt, und Hainchen, Gemeinde Limeshain, Wetteraukreis. Es hat eine Größe von ca. 220 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 3 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, obere Naturschutzbehörde, Orangerieallee 12, 6100 Darmstadt, verwahrt.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

#### § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist, eine bedeutende Grünlandauwe des mittleren Niddertals unter Beibehaltung der bisherigen Bewirtschaftungsweise in ihrer ökologischen Funktion zu erhalten.

#### § 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 Hessisches Naturschutzgesetz), sind verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1

Abs. 2 Hessische Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;

2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;

3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;

4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern sowie Moore, Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;

5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;

6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;

7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;

8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;

9. folgende Wege in der Zeit vom 16. März bis 15. Juli zu betreten (in der Abgrenzungskarte nach § 1 Abs. 3 grün eingezeichnet):

a) Flur 6, Flurstücke 17/20, 19, 28, 78, 80—82, 86—89, 90, 91, 103, 224 und 226 sowie Flur 5, Flurstücke 85 tw., 86/1, 87—92, 124 tw., 125 und 126 in der Gemarkung Lindheim, Gemeinde Altstadt;

b) Flur 7, Flurstücke 180—183 sowie 187—192/1 in der Gemarkung Hainchen, Gemeinde Limeshain;

10. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;

11. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;

12. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;

- 13. Brachland, Wiesen oder Weiden umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
- 14. Wiesen in der Zeit vom 16. März bis 15. Juli zu eggen, zu walzen oder zu schleifen;
- 15. Hunde frei laufen zu lassen;
- 16. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

§ 4

(1) ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

- 1. Die im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und des Hessischen Naturschutzgesetzes ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art, mit den in § 3 Nr. 13 und 14 genannten Einschränkungen;
- 2. die Handlungen der zuständigen Wasserbehörde oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsarbeiten an Gewässern im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
- 3. die Überwachung, Unterhaltung und Instandsetzung von Ent- und Versorgungsanlagen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;

- 4. die Ausübung der Jagd, nicht jedoch die Fallenjagd;
- 5. die Ausübung der Fischerei vom nördlichen Ufer der Nidder und des Seemenbaches aus.

(2) Unbeschadet der Möglichkeit, Anordnungen nach § 25 Abs. 5 des Hessischen Naturschutzgesetzes zu treffen, teilt die obere Naturschutzbehörde den Eigentümern oder Nutzungsberechtigten den Standort von Gelegen des Großen Brachvogels mit.

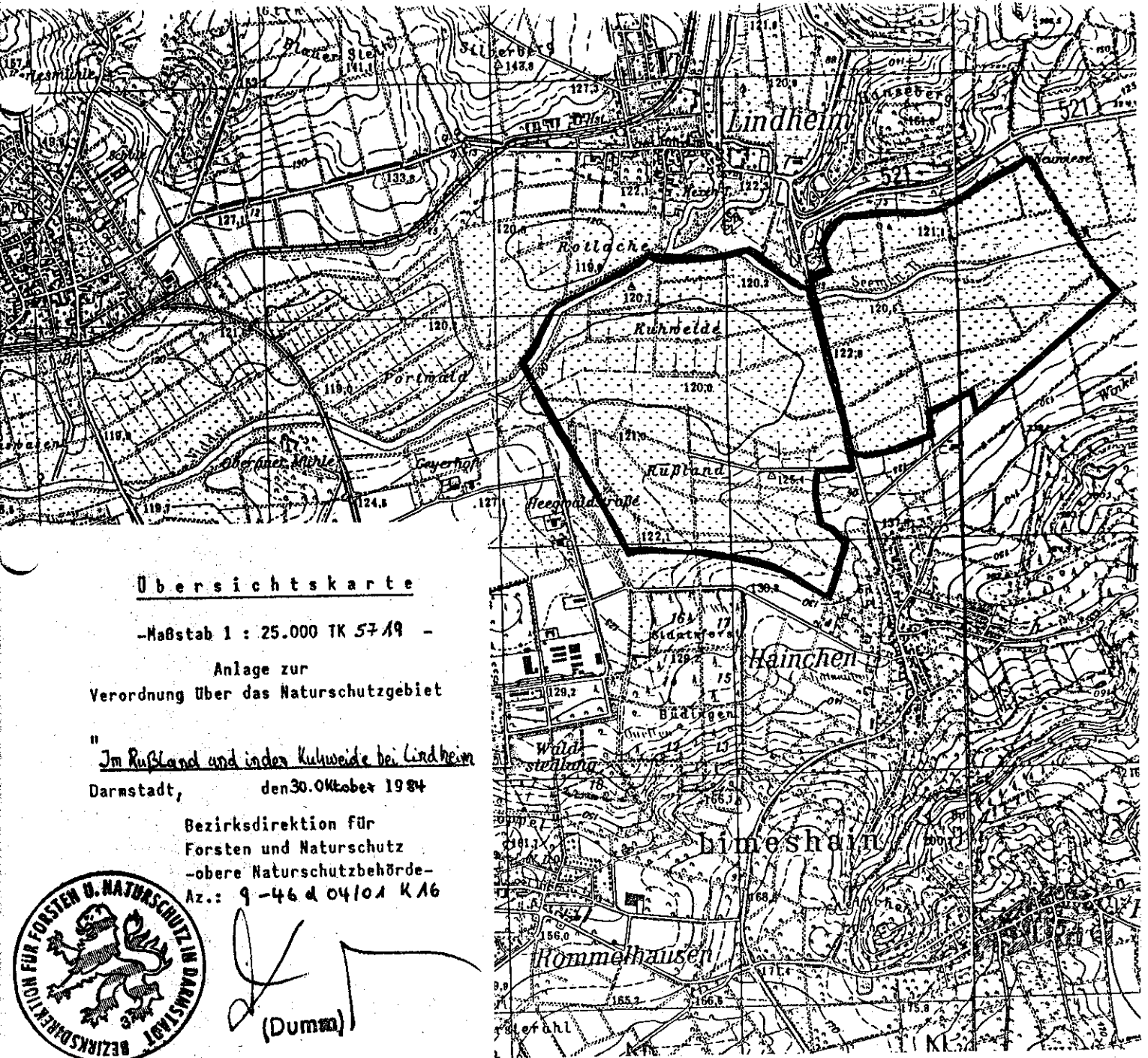
§ 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

§ 6

Ordnungswidrig im Sinne des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- 1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
- 2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder



Übersichtskarte

-Maßstab 1 : 25.000 TK 57/19 -

Anlage zur  
Verordnung über das Naturschutzgebiet

"Im Rußland und in der Kuhlweide bei Lindheim

Darmstadt, den 30. Oktober 1984

Bezirksdirektion für  
Forsten und Naturschutz  
-obere Naturschutzbehörde-  
Az.: 9-46 d 04/01 K 16



*[Handwritten signature]*  
(Dumma)

gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);

3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Wasser, Gewässer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
9. folgende Wege in der Zeit vom 16. März bis 15. Juli betritt (§ 3 Nr. 9);
  - a) Flur 6, Flurstücke 17/20, 19, 28, 78, 80—82, 86—89, 90, 91, 103, 224 und 226 sowie Flur 5, Flurstücke 85 tw., 88/1, 87—92, 124 tw., 125 und 126 in der Gemarkung Lindheim, Gemeinde Altenstadt;
  - b) Flur 7, Flurstücke 180—183 sowie 187—192/1 in der Gemarkung Hainchen, Gemeinde Limeshain;
10. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Nr. 10);
11. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 11);
12. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 12);
13. Brachland, Wiesen oder Weiden umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Nr. 13);
14. Wiesen in der Zeit vom 16. März bis 15. Juli eggt, walzt oder schleift (§ 3 Nr. 14);
15. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 15);
16. eine gewerbliche Tätigkeit ausübt (§ 3 Nr. 16).

#### § 7

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Im Rußland und in der Kuhweide bei Lindheim“ vom 9. Januar 1984 (StAnz. S. 334) wird aufgehoben.

#### § 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 30. Oktober 1984

**Bezirksdirektion  
für Forsten und Naturschutz**  
gez. D u m m

StAnz. 47/1984 S. 2280

**1163** KASSEL

### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Vollmarshäuser Teiche“ vom 1. November 1984

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

#### § 1

- (1) Das Feuchtgebiet im Bereich der Vollmarshäuser Teiche wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.
- (2) Das Naturschutzgebiet „Vollmarshäuser Teiche“ besteht aus zwei Teilflächen und liegt an der Landstraße 3203 zwischen Vollmarshausen und Niederkaufungen in der Gemarkung Vollmarshausen der Gemeinde Lohfelden im Landkreis Kassel. Es hat eine Gesamtgröße von ca. 5,50 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10 000.
- (3) Diese Verordnung gilt für die in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzten Gebiete. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel — obere Naturschutzbehörde — Wilhelmshöher Allee 157—159, 3500 Kassel, verwahrt.
- (4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

#### § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, das Feuchtgebiet mit Großseggenbeständen, Verbuschungszonen und kleinen offenen Wasserflächen als Lebensraum für bestandsgefährdete Tier- und Pflanzenarten zu erhalten und dauerhaft zu sichern.

#### § 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 Hessisches Naturschutzgesetz), sind verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 Hessische Bauordnung) oder einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern sowie Moore, Sümpfe, oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmen, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
10. mit Fahrzeugen zu fahren oder Fahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden;
13. Hunde frei laufen zu lassen;
14. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben;
15. die Fischerei auszuüben.

#### § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die Ausübung der Einzeljagd, nicht jedoch auf Wasserwild;
2. die Handlungen der zuständigen Wasserbehörden oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.

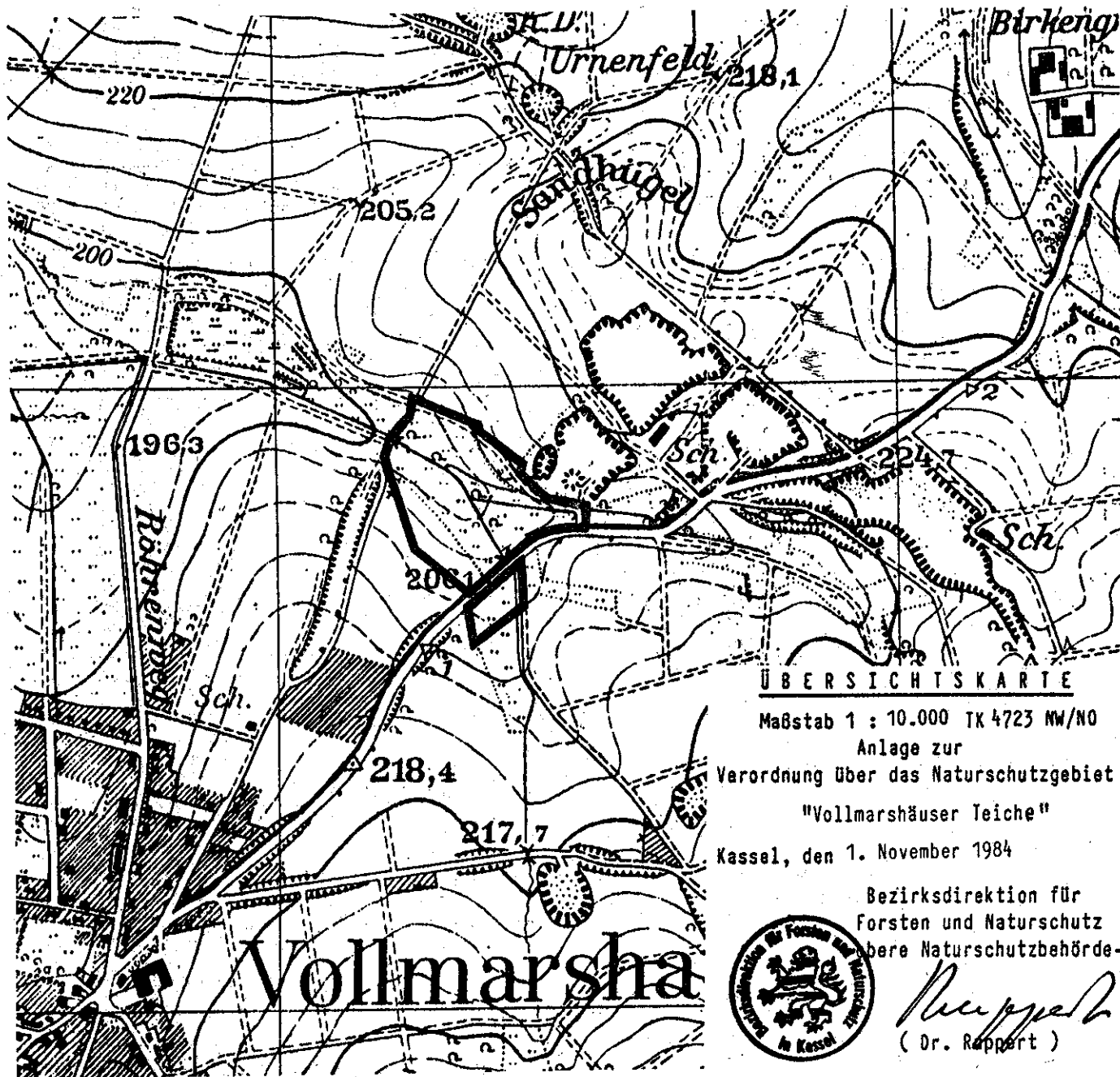
#### § 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

#### § 6

Ordnungswidrig im Sinne des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Wasser, Gewässer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);



ÜBERSICHTSKARTE  
 Maßstab 1 : 10.000 TK 4723 NW/NO  
 Anlage zur  
 Verordnung über das Naturschutzgebiet  
 "Vollmarshäuser Teiche"  
 Kassel, den 1. November 1984

Bezirksdirektion für  
 Forsten und Naturschutz  
 höhere Naturschutzbehörde-



*Ruppert*  
 ( Dr. Ruppert )

- 6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
- 7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
- 8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
- 9. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, Lärm, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Nr. 9);
- 10. mit Fahrzeugen fährt oder Fahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 10);
- 11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 11);
- 12. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 12);

- 13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 13);
- 14. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 14);
- 15. die Fischerei ausübt (§ 3 Nr. 15).

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 1. November 1984

Bezirksdirektion  
 für Forsten und Naturschutz  
 gez. Dr. Ruppert

StAnz. 47/1984 S. 2282

## BUCHBESPRECHUNGEN

**Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG).** Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Von Dr. Heinrich Krebs. Loseblattkommentar, 15. Erg.-Liefg., Stand 1. Mai 1984, 56.— DM; Gesamtwerk, 61,50 DM. Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha am Starnberger See.

Die Loseblattsammlung „Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)“ von Krebs erläutert das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973, meistens abgekürzt als Arbeitssicherheitsgesetz bezeichnet. Das Arbeitssicherheitsgesetz verpflichtet die Arbeitgeber, Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure, Sicherheitstechniker oder Sicherheitsmeister zu ihrer Beratung zu bestellen. Dies ist erforderlich, weil die Vorschriften des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in der modernen Industriegesellschaft einen solchen Umfang angenommen haben, daß eine fachmännische Betreuung der Betriebsinhaber erforderlich ist. Der Gesetzgeber will auf diesem Wege die Arbeitsbedingungen verbessern mit dem vorrangigen Ziel, die Zahl der Arbeitsunfälle sowie der arbeitsbedingten Erkrankungen zu verringern. Das Gesetz enthält im wesentlichen nur Rahmenvorschriften; es stellt nur Grundsätze auf. Die näheren Einzelheiten sind durch die Unfallversicherungsträger in den Unfallverhütungsvorschriften „Betriebsärzte“ und „Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ geregelt.

Herausgeber und Verlag legen nunmehr die 15. Ergänzungslieferung zu dieser Sammlung vor. Sie bringt den Kommentar wieder auf den neuesten Stand. Neu bearbeitet wurde der Kommentar zu den §§ 3, 4, 5 und 9. Berücksichtigt wurden ferner Änderungen von Rechtsvorschriften des Bundes. Die Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz wurde i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. Juni 1983 aufgenommen. Die Verordnung über Anlagen zur Lagerung, Abfüllung und Beförderung brennbarer Flüssigkeiten zu Lande ist durch Verordnung vom 3. Mai 1982 geändert worden. Schließlich ist das Gesetz zur Regelung der gewerksmäßigen Arbeitnehmerüberlassung am 15. Dezember 1981 geändert worden.

Der Kommentar stellt für alle Betriebe sowie für Verbände und Organisationen, aber auch für die mit seiner Durchführung beauftragten Behörden eine nützliche Arbeitshilfe dar, zumal da er auch für den Arbeitsschutz wichtige andere Gesetze enthält. Durch die laufende Ergänzung ist eine Anpassung an den neuesten Stand gewährleistet. Er kann zur Benutzung empfohlen werden.

**Vorbeugender Brandschutz.** Herausgegeben von der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB), Bonn, bearbeitet von Dipl.-Chem. K. Möbius. Loseblattwerk, 37. Erg.-Lfg., inkl. MwSt., ohne Porto, DM 247,97; Grundwerk, DM 785,—. Verlag Kultur und Wissen GmbH, 6200 Wiesbaden.

Die 37. Lieferung bringt Austausch- und Ergänzungsblätter; sie schließt mit Dezember 1983 ab.

In den Abschnitt „3. Feuerversicherung“ wurden die vom Verband der Sachversicherer neu gefaßten Prämienrichtlinien aufgenommen, in denen brandschutztechnische Kriterien für die Festlegung der Prämienhöhe zusammengefaßt sind, die zweifellos den vorbeugenden Brandschutz beeinflussen.

Besonders der Abschnitt „5. Bautechnische Bestimmungen“ war von Änderungen und Ergänzungen betroffen, so daß letztere den Umfang dieser Lieferung im wesentlichen bestimmen. Neben der Ergänzung der Verordnungen der Bundesländer über Prüfung, Zulassung und Güteüberwachung von Baustoffen, Bauteilen und Einrichtungen, soweit diese den Brandschutz betreffen, wurden neue Zulassungs- und Anwendungsrichtlinien sowie Übersichten über erfolgte Zulassung/Prüfzeichenerteilung von für den Brandschutz besonders bedeutungsvollen Baustoffen und Bauteilen sowie Einrichtungen aufgenommen, z. B. für feuerbeständige und feuerhemmende Flügel-, Fall-, Roll- und Schiebetüren bzw. -tore, Feuerschutzklappen sowie für Abschlüsse für Förderbahnen und Kabeldurchführungen, für Verglasungen und Schornsteinformstücke, ferner für Baustoffe, wie Kitten, Mörtel, Wärmedämmstoffsysteme, Gardinstoffe, Bahnen, Filze, Vliese, Putze u. ä. Die von der ARGEBAU herausgegebenen und in verschiedenen Bundesländern eingeführten Hochhausrichtlinien, Austauschblätter für die Änderungen der Verordnungen über Garagen, Waren- und Geschäftshäuser, Versammlungsstätten, Auszüge aus der in den Campingplatzverordnungen, den Unfallverhütungsvorschriften für Bühnen und Studios sowie Baustellen enthaltenen brandschutztechnischen Bestimmungen ergänzen die Abschnitte „5.3 Bauten“ bzw. „5.4 Bauliche Anlagen besonderer Art“.

In Abschnitt „7. Brandbekämpfung“ wurden in die Unterabschnitte Vorschriften über Anforderungen an Gaswarneinrichtungen, geänderte Prüfgrundsätze für Feuerlöschmittel und Feuerwehrgeräte und Brandschutzempfehlungen für Schulen und Landwirtschaft eingefügt.

Zusammenfassend ergibt sich, daß der Schwerpunkt dieser Lieferung auf den brandschutztechnischen Baubestimmungen liegt und ihr deshalb eine besondere Bedeutung zukommt.

Branddirektor Hermann Rose

**HOAI 1984.** Honorarordnung für Architekten und Ingenieure vom 17. September 1978 (BGBl. I S. 2805) i. d. F. der Novelle vom 17. Juli 1984 (BGBl. I S. 948). Von Ministerialrat Johannes Schaeztl unter Mitarbeit von Dipl.-Ing. Erich Jasch. Kommentar mit vollständigem Text der HOAI 1984, ausführlichen Honorartafeln, Fundstellennachweisen, Rechtsprechung zur HOAI und zum Werkvertragsrecht, Hinweisen auf Technische Baubestimmungen, Text der HOAI 1978, alphabetischem Suchregister. 394 S., DIN A 5, kart., 44,— DM. Kommunal- und Schulverlag KG, A. Helmig, 6200 Wiesbaden.

Wer die Entstehungsgeschichte der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure verfolgt hat, weiß von den Schwierigkeiten und dem politischen Tauziehen um angemessene Honorare und den Umfang der Leistungsbilder. Die öffentlichen Hände neigen verständlicherweise zur Zurückhaltung, wenn es um öffentlich-rechtliche Festsetzungen höherer Honorare und umfassenderer Leistungsbilder geht. Wer könnte es ihnen verdenken!

Auf der anderen Seite steht aber das berechnete, vielleicht sogar notwendige Interesse der Planer (Architekten und Ingenieure), ihre auf Grund solider Ausbildung erbrachten Leistungen angemessen vergütet zu bekommen.

Diese diametrale Interessenlage machte die Beratungen in den beschlußfassenden Gremien so außerordentlich schwierig und langatmig. Deshalb muß eine derartig umfassende Honorarregelung Kompromisse enthalten. Ob sie ausgewogen sind, muß die tägliche Anwendung zeigen.

Eines läßt sich aber heute schon sagen: Die neue HOAI 1984 schließt endlich den bisher so vernachlässigten Bereich der Ingenieurleistungen ein, so daß jetzt von einer umfassenden Honorarordnung für Architekten und Ingenieure zu Recht gesprochen werden kann.

Als wichtigste Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung sind zu nennen:

- Einbeziehung der Ingenieurleistungen in die HOAI 1984 für Ingenieurbauwerke, Verkehrsanlagen, Technische Gebäudeausrüstung, Wärmeschutz, Schallschutz und Raumakustik, Bodenmechanik, Erd- und Grundbau sowie Vermessungsleistungen bei außerörtlichen Straßen,
- Erhöhung des Stundenhonorars,
- eindeutige Grundlage für Ansprüche auf die zusätzliche Geltendmachung der Umsatzsteuer,
- Verbesserung der Leistungsdarstellung für die Innenarchitekten.

Die neue HOAI 1984 tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Sie ersetzt die HOAI 1978, die aber noch bis zum Ende dieses Jahres gilt. Hierdurch werden auch die noch häufig zu Honorarvereinbarungen herangezogenen Richtlinien der Ingenieurverbände (GOI und LHO) weitgehend gegenstandslos.

Die neue Rechtslage ist für Uneingeweihte nicht ohne weiteres durchschaubar und erfordert ein gründliches Einarbeiten in die Materie. Deshalb wurde von Ministerialrat Johannes Schaeztl (Hessisches Innenministerium) zeitgleich mit Verkündung der HOAI 1984 ein zwar kurzer aber doch umfassender Kommentar vorgelegt, der die Anwendung der Verordnung wesentlich erleichtert.

Der Verfasser, der aus einer Reihe von Veröffentlichungen und Vorträgen zum Bau- und Verdingungsrecht bekannt ist, war kraft Amtes wesentlich an der Neugestaltung der HOAI beteiligt. Aus dieser Arbeit leitet sich auch seine unbestreitbare Kompetenz her, sich in einem so frühen Stadium an einen Kommentar heranzuwagen.

Besonders erwähnenswert ist auch die Mitarbeit von Bauoberst Dipl.-Ing. Erich Jasch, dem als Ingenieur insbesondere die Darstellung der Ingenieurleistungen und die Erarbeitung des umfangreichen Tabellenwerkes (Abschnitt G) oblag. Die Zusammenarbeit zwischen Jurist und Ingenieur scheint in dem vorliegenden Handbuch besonders gelungen zu sein.

Die Handhabung des Handbuchs wird durch eine umfangreiche Einführung, in der dem Leser Entstehung und Aufbau der HOAI 1984 erläutert wird, durch eine systematische Gliederung in die Abschnitte A bis J sowie die Kommentierung des Textes im jeweiligen Sachzusammenhang erleichtert.

Ausführliche Honorartafeln zu den jeweiligen Paragraphen, die durch lineare Interpolation entsprechend § 5 HOAI ermittelt wurden, verhelfen dem Anwender zur schnelleren Honorarermittlung.

Schließlich wird in Abschnitt H der vollständige Text der alten, aber bis 31. Dezember 1984 noch gültigen Verordnung abgedruckt. Damit ist gewährleistet, daß das Handbuch schon jetzt verwendet werden kann, soweit die HOAI 1978 betroffen ist. Es wird aber auch die Möglichkeit eröffnet, durch vergleichende Betrachtungen sich frühzeitig in den neuen Text einzuarbeiten.

Das Handbuch ist ein wichtiges Informations- und Arbeitsmittel für alle Bauplaner, Bauingenieure und Architekten, Städteplaner und besonders die kommunalen Bauverwaltungen und öffentlichen Bauträger.

Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Darlegungen der Verfasser zum kostensparenden Bauen, wofür sich insbesondere alle Bundes- und Landesbehörden als bauende Verwaltungen interessieren werden.

Die Aufmachung des Handbuchs ist ansprechend, der Preis von 44,— DM steht in gutem Verhältnis zur angebotenen Leistung, so daß dem Buch eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

Ministerialrat Dipl.-Ing. Dieter Eschenfelder

**Verwaltungsgerichtsbarkeit im Verfassungsstaat.** Von Georg Christoph von Unruh. Probleme und Entwicklung. 1984, 81 S., DIN A 5, kart., 19,80 DM. Maximilianverlag, 4900 Herford.

Die Monographie geht weit über eine Würdigung der juristischen Bedeutung von Rudolf von Gneist hinaus. Rudolf von Gneist, der geistige Schöpfer der Preußischen Verwaltungsgerichtsbarkeit, die schließlich im gesamten Deutschen Reich zum Vorbild wurde mit den Charakteristika einer eigenständigen, den übrigen Gerichtszweigen gleichgeordneten Gerichtsbarkeit mit voller richterlicher Unabhängigkeit, steht zwar am Anfang und Ende der Monographie. Für den Historiker sind sicherlich auch die Darstellungen der Umsetzung des Gedankengutes von Montesquieu in die politische Wirklichkeit in Deutschland von Interesse, wobei nur die Namen Freiherr von Armin und Robert von Mohl genannt werden sollen. Für den historisch interessierten Juristen sind ferner zweifelsohne auch die Auseinandersetzungen im einzelnen zwischen Rudolf von Gneist und Lorenz von Stein bei der Diskussion der Ausgestaltung der Verwaltungsrechtspflege von Bedeutung ebenso wie die unterschiedliche Ausgestaltung des Verfahrensganges in Baden, Preußen und Österreich.

Für den gegenwartsbezogenen Juristen liegt jedoch die entscheidende Bedeutung der Monographie darin, daß es dem Verfasser gerade unter Heranziehung historischer Dimensionen in hervorragender Weise gelingt, deutlich zu machen, welche essentielle Bedeutung eine unabhängige Verwaltungsgerichtsbarkeit für einen freiheitlichen Rechtsstaat hat. Gerade der Kampf um eine solche Institution, die Auseinandersetzung um die Eingliederung in den administrativen oder justizialen Bereich, die Frage der Respektierung von Zweckmäßigkeitserwägungen und der eingeschränkten Überprüfung von Ermessensentscheidungen machen den Stellenwert dieser Institution deutlich, die heute als selbstverständlich hingenommen wird. Deutlicher als in den Ausführungen des Verfassers zur Tätigkeit des Preußischen Oberverwaltungsgerichtes von 1933 an bis zur „Verordnung über die Aufhebung der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung“ vom 7. August 1944 kann nicht vor Augen geführt werden, daß eine unabhängige Verwaltungsgerichtsbarkeit zu den unabdingbaren Prinzipien eines freiheitlichen Rechtsstaates gehört. Weitere Gewährleistung von individuellem Verwaltungsrechtsschutz auch angesichts von befördernder Urteilsschelte der zuständigen Gauleiter und zunehmender offener Animosität seitens der Parteifunktionäre wurde jedoch bereits im April 1942 unmöglich, als Hitler als „Oberster Gerichtsherr“ sich ermächtigen ließ, bei „Pflichtverletzung“ jeden Richter ohne Einleitung eines Verfahrens aus seinem Amt zu entfernen. Zu Recht fordert der Verfasser, daß „nicht so bald vergessen werden sollte, wie rasch die Grundlage eines Verfassungsstaates verloren gehen kann und daß die unabhängige Rechtsprechung der archimedische Punkt für die Erhaltung des Rechtsstaates ist“.

Dem über das „Tagesgeschäft“ hinaus interessierten Juristen kann daher die Lektüre dieser Monographie nur empfohlen werden.

Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Mendel



# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1984

MONTAG, 19. NOVEMBER 1984

Nr. 47

## Güterrechtsregister

### 5744

GR 340 — Neueintragung — 1. 11. 1984: Schrick, Hans-Peter, Friseurmeister in Arolsen, Kaulbachstraße 5, und Gudrun geb. Damaschke. Durch Vertrag vom 15. Oktober 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

3548 Arolsen, 1. 11. 1984 Amtsgericht

### 5745

Neueintragungen beim Amtsgericht Darmstadt

GR 2451 — 7. 9. 1984: Die Eheleute Ingo Worm, Betriebswirt, und Susanne Maria geb. Junge, Darmstadt, haben durch Vertrag vom 6. Juni 1984 Gütertrennung vereinbart.

GR 2453 — 27. 9. 1984: Die Eheleute Thomas Martin Kraft, Kfz-Mechaniker, und Heide Kraft geb. Schwinn, Seeheim-Jugenheim, haben durch Vertrag vom 30. April 1984 Gütertrennung vereinbart.

GR 2455 — 27. 9. 1984: Die Eheleute Adarsh Mohan Mehta, Angestellter, und Alma Mehta-Bissinger geb. Bissinger, Dipl.-Volkswirtin, Darmstadt, haben durch Vertrag vom 31. August 1984 Gütertrennung vereinbart.

GR 2457 — 26. 10. 1984: Die Eheleute Michael Helmut Zientarra, Betriebswirt, und Anni Rosa Ursula geb. Wilfert, Sekretärin, Darmstadt, haben durch Vertrag vom 6. August 1984 Gütertrennung vereinbart.

GR 2460 — 11. 10. 1984: Claus Robert Hissrich, Rechtsanwalt, und Inge Zeber-Hissrich geb. Zeber, Erzhausen. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

GR 2462 — 15. 10. 1984: Die Eheleute Manfred Heinz Baasner, Fuhrunternehmer, und Johanna Georgia Elke geb. Gauer, Darmstadt, haben durch Vertrag vom 15. Juni 1984 Gütertrennung vereinbart.

6100 Darmstadt, 5. 11. 1984 Amtsgericht

### 5746

Neueintragungen beim Amtsgericht Frankfurt am Main

73 GR 15229 — Rechtsanwalt Rudolf von Borries und Doris geborene Eff, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 30. Mai 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15230 — Kaufmann Klaus Hellwig und Ursula geborene Neubert-Kohl, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 12. Juli 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15231 — Schreiner Rudolf Deák und Karin geborene Schröder, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 29. Juni 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15232 — Angestellter Carsten Heyn und Gabriele geborene Venohr, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 18. Juni 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15233 — Kaufmann Peter Holubec und Waltraud geborene Kaiser, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 25. Februar 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15234 — Dipl.-Ingenieur Knut Hofmann und Rita geborene Rimpl, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 20. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15235 — Kfm. Angestellter Dieter Keppler und Helga geborene Ochel, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 1. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15236 — Textilkaufmann Berthold Müller und Petra geborene Schmitz, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 7. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15237 — Dipl.-Ing. Willi Sandvoß und Christel Kronert-Sandvoß geborene Kronert, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 20. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15238 — Heizungs- und Lüftungsbaumeister Horst Eberling und Christa geborene Schnur, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 12. September 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15239 — Fotograf Michael Schultes und Ursula geborene Assmann, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 12. Juni 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15240 — Wirtschaftsingenieur (grad.) Reinhard Schmidt-Eckhardt und Sabine Eckhardt geborene Eckhardt, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 19. Juni 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15241 — Industriekaufmann Günther Mucha und Renate geborene Weigoldt, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 16. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15242 — Fliesenleger Manuel das Neves Pereira Lains und Ilda Antunes Ferreira Lains, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 10. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15243 — Kraftfahrer Otto Hüther und Sylvia geborene Peter, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 24. Mai 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15244 — Kraftfahrer Joachim Jan Stepnik und Ursula geborene Günther, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 22. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15245 — Kaufmann Gerald Franz Bechtold und Beatrice Andrea geborene Pass, Sulzbach (Taunus). Durch Ehevertrag vom 8. Juni 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15246 — Architekt Rinaldo Renato Pensa und Eva Ingrid geborene Wunderlich, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 7. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15247 — Ingenieur Heinz Kempf und Maria Victoria Eugenia geborene Vergara-Espejo, Eschborn. Durch Ehevertrag vom 16. April 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15248 — Technischer Angestellter Gerd Schubert und Gabriele geborene Schuchardt, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 11. Mai 1984 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

73 GR 15249 — Filialleiter Peter Mosch und Kornelia geborene Ahrens, Eschborn. Durch Ehevertrag vom 3. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15250 — Lehrer Giancarlo Astori und Hedwig geborene Breuer, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 12. Juli 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15251 — Bauingenieur Jürgen Stamm und Dagmar Helga geborene Böttcher, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 8. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15252 — Kaufm. Angestellter Ariston Agnelo De Abreo und Emma Ariston Agnelo de Abreo geborene Vaz, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 11. Juli 1984 haben die indischen Staatsangehörigen Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

73 GR 15253 — Diplom-Ingenieur Reiner Josef Gerech und Mechthild Maria geborene Heckötter, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 13. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15254 — Entwicklungshilfeberater Werner Roos und Ruth Lang-Roos geborene Lang, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 28. Juni 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15255 — Direktor a. D. Lorenz Dietrich und Irene geborene Heßlich, Sulzbach. Durch Ehevertrag vom 27. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15256 — Dipl.-Ingenieur Stefan Purps und Margarete Maria geborene Wißmüller, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 13. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15257 — Beamter Günter Lang und Beate geborene Karg, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 24. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15258 — Kraftfahrzeugmechaniker Axel Springer und Angelika Luise geborene Reichenbach, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 1. Februar 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15259 — Fernmeldemonteur Dieter Meineke und Anneliese geborene Lehmann, Eschborn. Durch Ehevertrag vom 28. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

### Veränderungen

73 GR 7782 a — Rektor i. R. Fritz Ross und Helga geborene Röcke, Bad Orb. Durch Vertrag vom 17. August 1984 ist Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 8645 a — Autoschlosser Eugen Fritz Port und Anna Gerda Charlotte geborene Werfling, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 20. August 1984 ist der Güterstand der Gütertrennung aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 6. 11. 1984

Amtsgericht, Abt. 73

### 5747

GR 2277 — Neueintragung — 5. 11. 1984: Sieber, Michael, Sieber geb. Stamm, Martina, Gebrüder-Lang-Str. 39, 6360 Friedberg (Hessen). Gütertrennung durch Vertrag vom 10. August 1984.

6360 Friedberg (Hessen), 5. 11. 1984

Amtsgericht

### 5748

GR 2278 — Neueintragung — 7. 11. 1984: Rupp, Dieter, Maurer, Rupp geb. Schwing,

Gisela, Hausfrau, Hauptstr. 112, 6350 Bad Nauheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 12. Oktober 1984.

**6360 Friedberg (Hessen), 7. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5749

GR 2279 — Neueintragung — 8. 11. 1984: Suffner, Wolfgang, Suffner geb. Köhler, Imke Dorothee, Wetterastr. 7, 6365 Rosbach-Rodheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 16. Oktober 1984.

**6360 Friedberg (Hessen), 8. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5750

GR 2280 — Neueintragung — 8. 11. 1984: Reichwein, Horst Günther, kaufm. Angestellter, Reichwein geb. Gübler, Daniela, kaufm. Angestellte, Nordendstr. 7, 6366 Wölfersheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 23. Oktober 1984.

**6360 Friedberg (Hessen), 8. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5751

#### Neueintragungen beim Amtsgericht Kassel

GR 2192 — 18. 9. 1984: Seidel, Horst Günter Werner, Maurermeister, Fuldatal-Rothwesten, und Irmgard Sabine Sophie geb. Bonnet. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. August 1984.

GR 2192 A — 18. 9. 1984: Nestmann, Peter, mechanischer Weber, Kassel, und Erika Marie Elise geb. Schaub. Gütertrennung durch Vertrag vom 6. Februar 1984.

GR 2193 — 20. 9. 1984: Amert, Jürgen Jakob Wilhelm, Maschinenschlosser, Espenau 1, und Jutta geb. Wels. Gütertrennung durch Vertrag vom 12. Juni 1984.

GR 2193 A — 20. 9. 1984: Hartmann, Holger Heinz, Dachdeckermeister, Niestetal-Heiligenrode, und Dorothee geb. Brunst. Gütertrennung durch Vertrag vom 31. Juli 1984.

GR 2194 — 2. 10. 1984: Wagenführ, Hartmut, Fahrlehrer, Baunatal-Altenbauna, und Annette Elisabeth geb. Kellermann. Gütertrennung durch Vertrag vom 24. April 1984.

GR 2194 A — 4. 10. 1984: Kruse, Manfred Günter, Heizungsmonteur, Niestetal-Sandershausen, und Marlies Carmen geb. Rudolph. Gütertrennung durch Vertrag vom 14. Juni 1984.

GR 2195 — 5. 10. 1984: Ellenberger, Harald Holger, Vollzugsbeamter im BGS, Vellmar, und Ulrike Helene Anneliese geb. Hirsch. Gütertrennung durch Vertrag vom 2. Februar 1984.

GR 2195 A — 5. 10. 1984: Behrend, Friedrich Peter, Kraftfahrzeugmechaniker, Kassel, und Hiltrud Gerda geb. Schmidt. Gütertrennung durch Vertrag vom 27. Juli 1984.

GR 2196 — 9. 10. 1984: Hildebrand, Heinz Hugo Karl, Schreinermeister, Helsa-Eschenstruth, und Marga geb. Germeroth. Gütertrennung durch Vertrag vom 29. August 1984.

GR 2196 A — 9. 10. 1984: Göttlicher, Wolf-Rüdiger Helfried, Prüfer, Kassel, und Elfriede Elisabeth geb. Siebold. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Juli 1984.

GR 2197 — 12. 10. 1984: Krömeke, Werner Rudolf, Künstler, Vellmar, und Barbara Bernhardine geb. Knepper. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. März 1984.

GR 2197 A — 12. 10. 1984: Dinter, Reinhard, Gastwirt, Kassel, und Ursula geb. Schlick. Gütertrennung durch Vertrag vom 6. Juli 1984.

**3500 Kassel, 6. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5752

GR 336 — Neueintragung — 1. 11. 1984: Eheleute Ing. Karl Schwarz und Gudrun Emma Johanna Schwarz, geb. Scholz, Milde- nauer Weg 7, 3570 Stadallendorf. Durch notariellen Vertrag vom 16. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

**3575 Kirchhain, 1. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5753

GR 682 — Neueintragung — 31. 10. 1984: Karl-Heinz Baier, geb. am 25. November 1949 und Irene Erna Schulte geb. Kütthe, geb. am 10. Mai 1952, beide Im Valler 39 in 6251 Runkel 1. Durch notariellen Vertrag vom 7. August 1984 ist Gütertrennung gem. § 1414 BGB vereinbart.

**6250 Limburg a. d. Lahn, 31. 10. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5754

GR 1207 — Neueintragung — 31. 10. 1984: Norbert Busch, Maler- und Lackiermeister, Dammweg 1, Lahntal-Sterzhausen und Christiane Weiershäuser-Busch geb. Weiershäuser, Laborantin, Oberdorferstraße 15, Lahntal-Sterzhausen. Durch notariellen Vertrag vom 24. August 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

**3550 Marburg, 31. 10. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5755

#### Neueintragungen beim Amtsgericht Offenbach am Main

GR 4923 — 2. 11. 1984: Eheleute Heinz Herbert und Gundula geb. Ax in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 1. Oktober 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4924 — 2. 11. 1984: Eheleute Harry Jürgen Rupp und Ulrike Barbara geb. Neder in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 5. Oktober 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4925 — 2. 11. 1984: Eheleute Alfred Max August Mix und Brigitte Ruth geb. Schmidt in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 1. Oktober 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

**6050 Offenbach am Main, 2. 11. 1984**  
**Amtsgericht, Abt. 5**

### 5756

GR 265 — Neueintragung — 6. 11. 1984: Techniker Bernhard Hassenpflug und Birgit Hassenpflug geborene Schweitzer in 6440 Bebra, Oberweg 9. Durch Vertrag vom 20. September 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

**6442 Rotenburg a. d. Fulda, 6. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5757

#### Neueintragungen beim Amtsgericht Wetzlar

GR 1035 — 26. 10. 1984: Eheleute Willibald Schlagbaum, stud. jur., und Christa Schlagbaum geb. Schäfer, Montagearbeiterin, Welschenbachstraße 31, 6332 Ehringshausen OT Katzenfurt. Durch notariellen Vertrag des Notars Dr. Helmut Clößner in 6332 Ehringshausen vom 15. August 1984, Urkundenrolle Nr. 360/1984, ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1036 — 1. 11. 1984: Eheleute Karl-Heinz Gilzinger, Kfz-Mechaniker, und Susanne Gilzinger geb. Launspach, Industriekauffrau, Bachstraße 4, 6330 Wetzlar-Naunheim. Durch notariellen Vertrag des Notars Wolfgang Kühle in Lahnau vom 20. September 1984, Urkundenrolle Nr. 116/1984, ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1037 — 6. 11. 1984: Eheleute Betriebswirt Rüdiger Heupel und Schneiderin Gabriele Heupel geb. Küsters, Auf der Leh 8, 6339 Bischoffen OT Niederweidbach. Durch notariellen Vertrag des Notars Rudolf H. Schneider in Gladenbach/Hessen vom 18. August 1984, Urkundenrolle Nr. 685/1984, ist Gütertrennung vereinbart.

**6330 Wetzlar, 26. 10. 1984**  
**Amtsgericht**

## Vereinsregister

### 5758

#### Neueintragungen beim Amtsgericht Darmstadt

VR 1818 — 12. 9. 1984: Verein für soziale Medizin in Darmstadt.

VR 1822 — 2. 10. 1984: Verein für alternative Öffentlichkeitsarbeit/Stadtzeitungsinitiative e. V. in Darmstadt.

VR 1823 — 26. 10. 1984: Darmstädter Postler und ihre Reisefreunde, DPP-Reisen in Darmstadt.

VR 1824 — 3. 10. 1984: Bund junger Unternehmer in Darmstadt.

**6100 Darmstadt, 5. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5759

#### Neueintragungen beim Amtsgericht Frankfurt am Main

73 VR 8330 — 24. 9. 1984: BC Frankfurt 1912.

73 VR 8331 — 25. 9. 1984: Zentrum für Psychosoziale Forschung und Beratung (ZFB).

73 VR 8333 — 26. 9. 1984: Bundesverband des iranischen Orientteppich-Einzelhandels.

73 VR 8334 — 8. 10. 1984: Yoga-Freundeskreis.

73 VR 8335 — 12. 10. 1984: Singkreis Frohsinn Oberrad.

73 VR 8336 — 12. 10. 1984: Verein der Freunde und Förderer des Internationalen Humanistisch-Technischen Gymnasiums Frankfurt.

73 VR 8337 — 15. 10. 1984: Patriotische Jugend Sport und Kultur Klub YGSKK.

73 VR 8338 — 15. 10. 1984: Frankfurter Karnevalsgesellschaft 1950 „Die Eulen“.

73 VR 8339 — 22. 10. 1984: ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR EVANGELISTISCHE KONZERTE (AFEK).

73 VR 8340 — 18. 10. 1984: Förderkreis Fotografie Forum Frankfurt im Leinwandhaus.

73 VR 8341 — 24. 10. 1984: Kanarienzucht und Vogelschutzverein Frankfurt am Main-Höchst.

73 VR 8342 — 22. 10. 1984: Kerala Samajam (Kerala Verein) Frankfurt am Main.

73 VR 8343 — 18. 10. 1984: Frankfurter Gesellschaft der Freunde und Förderer der Krebsbekämpfung in Israel.

73 VR 8344 — 22. 10. 1984: Verein zur Förderung außerschulischer Bildungsarbeit.

73 VR 8345 — 19. 10. 1984: Verein für Jugendhilfe Griesheim.

73 VR 8346 — 24. 10. 1984: Freiwillige Feuerwehr Frankfurt am Main-Hausen.

73 VR 8347 — 23. 10. 1984: Frankfurter Regionale Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen.

73 VR 8348 — 24. 10. 1984: Kleingärtnerverein „Am Schreiberweg“.

73 VR 8350 — 30. 10. 1984: Karate Union Frankfurt.

#### Veränderungen

73 VR 5515 — 9. 10. 1984: Stahlberg Unterstüzungseinrichtung. Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 6071 — 27. 9. 1984: INGENIEUR-VERBAND-FLUGSICHERUNG. Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 7043 — 3. 10. 1984: Neles-Unterstützungskasse. Der Verein ist aufgelöst.

6000 Frankfurt am Main, 6. 11. 1984

Amtsgericht, Abt. 73

### 5760

VR 612 — Neueintragung — 7. 11. 1984: Weiberfassenacht Kaichen, Niddatal, Stadtteil Kaichen.

6360 Friedberg (Hessen), 7. 11. 1984

Amtsgericht

### 5761

VR 378 — Löschung — 7. 11. 1984: Fußball-Club Hellas-Dillkreis; Sitz: 6348 Herborn-Hörbach. Nach Wegfall sämtlicher Mitglieder von Amts wegen gelöscht.

6348 Herborn, 7. 11. 1984

Amtsgericht

### 5762

Neueintragungen beim Amtsgericht Kassel

VR 1791 — 19. 9. 1984: Freundeskreis Söhre, Verein zur Hilfe an Suchtkranken und -gefährdeten, Sitz Söhrewald.

VR 1792 — 26. 9. 1984: Verein für Umweltschutz und Alltagsökologie Kassel, Sitz Kassel.

VR 1793 — 12. 10. 1984: Kulturwerk bildender Künstler, Sitz Kassel.

VR 1794 — 12. 10. 1984: Arbeitsmedizinische Ärztevereinigung, Sitz Kassel.

VR 1795 — 17. 10. 1984: Gesellschaft der Freunde Tirols — Kulturelle Vereinigung, Sitz Kassel.

VR 1796 — 18. 10. 1984: Kupon-Verein zur Förderung der Kommunikation zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen, Sitz Kassel.

VR 1797 — 18. 10. 1984: Forschungsgemeinschaft für ökonomisch-ökologische Wechselwirkungen, Sitz Kassel.

VR 1798 — 18. 10. 1984: Spielmanns- und Fanfarenzug Fuldabrück, Sitz Fuldabrück.

3500 Kassel, 6. 11. 1984

Amtsgericht

### 5763

8 VR 462 — Neueintragung — 2. 11. 1984: „Süddeutscher Pudelclub“ (S.P.C.), Dreieich.

6070 Langen, 2. 11. 1984

Amtsgericht

### 5764

8 VR 463 — Neueintragung — 5. 11. 1984: Friedensinitiative Egelsbach, Egelsbach.

6070 Langen, 5. 11. 1984

Amtsgericht

### 5765

Neueintragungen beim Amtsgericht Offenbach am Main

VR 1236 — 24. 10. 1984: Depotgemeinschaft Gerätedepot Obertshausen, Obertshausen.

VR 1237 — 29. 10. 1984: Männerchor Concordia 1873 Dietesheim, Mühlheim am Main.

VR 1238 — 29. 10. 1984: Verein zur Förderung der Völkerverständigung, Offenbach am Main.

6050 Offenbach am Main, 2. 11. 1984

Amtsgericht

### 5766

VR 334 — Neueintragung — 5. 11. 1984: Kunstverein Rotenburg a. d. Fulda 1984, Sitz: Rotenburg a. d. Fulda.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 30. 10. 1984

Amtsgericht

### 5767

Neueintragungen beim Amtsgericht Wetzlar

VR 1080 — 29. 10. 1984: Der Verein „JU — JUTSU — CLUB Wetzlar e. V.“ in 6330 Wetzlar, ist heute unter Nr. 1080 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 19. Oktober 1984 errichtet.

VR 1081 — 31. 10. 1984: Der Verein „Tennisclub Grün-Weiß e. V.“ in 6330 Wetzlar, ist heute unter Nr. 1081 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 25. Oktober 1984 errichtet.

### Löschung

VR 836 — 2. 11. 1984: Türkisch-deutscher Kulturverein Wetzlar und Umgebung in 6330 Wetzlar. Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Wetzlar vom 2. November 1984 wurde dem Verein die Rechtsfähigkeit entzogen. Eine Liquidation findet nicht statt.

6330 Wetzlar, 29. 10. 1984

Amtsgericht

## Vergleiche — Konkurse

### 5768

6 N 65/84: In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma Holzleimbau und Elementbau Schröder Gesellschaft mit beschränkter Haftung, vertreten durch den Geschäftsführer Helmut Schröder, 6382 Friedrichsdorf/Taunus, Am Bahnhof Burgholzhausen, wird heute, am 29. Oktober 1984, 12.00 Uhr, die Sequestration angeordnet und ein allgemeines Verfügungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt.

Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen. Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt u. Dipl.-Kfm. Ulrich Kneller, 6457 Maintal 2, Goethestraße 150, Tel. 0 61 09/6 10 51.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 29. 10. 1984

Amtsgericht

### 5769

6 N 47/84: Über den Nachlaß der am 6. Februar 1984 in Bad Homburg v. d. Höhe verstorbenen und zuletzt dort wohnhaft gewesenen Charlotte Margarete Ohlsen geb. Ihssen, wird heute, am 2. November 1984, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt u. Dipl.-Kaufmann Ulrich Kneller, Goethestraße 150, 6457 Maintal 2, Tel. 0 61 09/6 10 51.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1984 beim Gericht anzumelden, und zwar in zweifacher Ausfertigung.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 10. Dezember 1984, 11.15 Uhr;

Prüfungstermin am 21. Januar 1985, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe, Auf der Steinkaut 10—12, I. Stock, Saal I.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 1. Dezember 1984 ist angeordnet.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 2. 11. 1984

Amtsgericht

### 5770

6 N 63/84: In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma Heizungsbau Spöhrer GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Edmund Spöhrer, 6382 Friedrichsdorf/Taunus, Am Kirchberg 5, wird heute, am 2. November 1984, um 9.00 Uhr, die Sequestration angeordnet und ein allgemeines Verfügungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt.

Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen. Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt u. Dipl.-Kfm. Ulrich Kneller, 6457 Maintal 2, Goethestraße 150, Tel. 0 61 09/6 10 51.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 2. 11. 1984

Amtsgericht

### 5771

6 N 60/84: In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma LHB Leistungsgesellschaft für Hochbau und Bautechnik m.b.H., vertreten durch den Geschäftsführer Andreas Broll, Taunusstraße 38, 6384 Schmitteln 1, wird heute, am 2. November 1984, 11.00 Uhr, die Sequestration angeordnet und ein allgemeines Verfügungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt.

Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen. Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt u. Dipl.-Kfm. Ulrich Kneller, 6457 Maintal 2, Goethestraße 150, Tel. 0 61 09/6 10 51.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 2. 11. 1984

Amtsgericht

### 5772

6 N 61/84: In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma Maisonette Bau- und Verwaltungs GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Gustav Grauer, Henssenring 79, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, wird heute, am 7. November 1984, um 11.00 Uhr, die Sequestration angeordnet und ein allgemeines Verfügungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt.

Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen. Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt u. Dipl.-Kfm. Ulrich Kneller, 6457 Maintal 2, Goethestraße 150, Tel. 0 61 09/6 10 51.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 7. 11. 1984

Amtsgericht

### 5773

61 N 98/79: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kauffrau Ferdinande Knist, Apfelkontor-Import-Großhandel, Eberstädter Straße 56, 6109 Mühlthal 1, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6100 Darmstadt, 29. 10. 1984

Amtsgericht

### 5774

61 N 92/80: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Hans Hörr, Langgässerweg 46, 6100 Darmstadt, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 172 583,58 DM zuzüglich Zinsen. Hiervon gehen ab Honorar des Konkursverwalters und restliche Gerichtskosten. Angemeldet sind 692 046,40 DM bevorrechtigte und 2 173 613,82 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten bei dem Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15 unter dem AZ 61 N 92/80 aus.

6100 Darmstadt, 2. 11. 1984

Der Konkursverwalter  
W. E. Hummel  
Rechtsanwalt

### 5775

N 38/84: Über das Vermögen der Firma Bernd Türp, Dachdeckermeister, Usinger Straße 113, 6352 Ober-Mörlen, ist am 1. November 1984, 18.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernd Reuß, Mainzer-Tor-Anlage 33, 6360 Friedberg (Hessen).

Konkursforderungen sind bis zum 30. November 1984 dem Gericht in zwei Stücken

anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen, oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in den §§ 132, 134, und 137 KO bezeichneten Gegenstände ist

Freitag, der 7. Dezember 1984, 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

Mittwoch, der 27. Februar 1985, 14.00 Uhr, Amtsgericht Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Erdgeschoß, Zimmer 36.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verpfänden oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderung für die er aus der Masse gesonderte Befriedigung verlangt, bis zum 30. November 1984 anzeigen.

6360 Friedberg (Hessen), 6. 11. 1984

Amtsgericht

### 5776

VN 1/84: Die Kauffrau Monique Lipp, Inhaberin der Firma Philipp Lipp, Holzhandel, Bauelemente, Baustoffe, Baustahl, Eisenwaren, Ludwigstraße 49, 6948 Wald-Michelbach, hat am 25. Oktober 1984 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gemäß § 1 der VerglO beantragt.

Zum vorläufigen Verwalter wird der Rechtsbeistand Klaus Köhle, Wilhelm-Leuschner-Str. 175 A, 6103 Griesheim, bestellt.

6149 Fürth (Odw.), 30. 10. 1984 Amtsgericht

### 5777

VN 2/84: Die Kauffrau Monique Lipp, als Geschäftsführerin der Firma ML-Bau GmbH, Ludwigstraße 49, 6948 Wald-Michelbach, hat am 25. Oktober 1984 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gemäß § 1 der VerglO beantragt.

Zum vorläufigen Verwalter wird der Rechtsbeistand Klaus Köhle, Wilhelm-Leuschner-Str. 175 A, 6103 Griesheim, bestellt.

6149 Fürth (Odw.), 30. 10. 1984 Amtsgericht

### 5778

5 N 18/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Werner Troßbach, 6408 Ebersburg 3, Oberlütter 10, wird der Schlußtermin auf den

12. Dezember 1984, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße 38, Zimmer 104, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 16 500,— DM, die ihm zu erstatten den Auslagen werden auf 4 263,— DM, insgesamt 20 763,— DM zuzüglich 7 Prozent Mehrwertsteuer festgesetzt.

6400 Fulda, 2. 11. 1984 Amtsgericht, Abt. 7

### 5779

5 N 18/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Werner Troßbach, 6408 Ebersburg 3, Oberlütter 10, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in 6400 Fulda (Az.: 5 N 18/82) niedergelegt worden. Es ist ein Massebestand von 33 828,89 DM vorhanden. Nach Auszahlung der Vorrechtsforderungen von 24 574,47 DM verbleiben 9 254,42 DM zur Verteilung an nichtvorrechtigte Forderungen in Höhe von 126 189,49 DM. Zuvor gehen ab die noch festzusetzenden Kosten des Verfahrens.

6400 Fulda, 19. 11. 1984

Der Konkursverwalter

Dipl.-Volkswirt Werner Heid  
Rechtsbeistand / Steuerberater

### 5780

N 25/84: Über das Vermögen der a) EURO-TERMINALS Gesellschaft mit beschränkter Haftung, b) DENTRONIX SYSTEMS Datentechnik GmbH, beide in 6465 Biebergemünd, Ortsteil Kassel, Hochstraße Nr. 2, vertreten durch den Kaufmann Peter Knoll, ebenda, c) DSG DENTRONIX SYSTEMS, Datentechnik GmbH & Co. KG in 6465 Biebergemünd, Ortsteil Kassel, Hochstraße 2, vertreten durch die DENTRONIX SYSTEMS Datentechnik GmbH, ebenda, ist am 5. November 1984 Konkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt Dr. Karl Adolf Günther, Nürnberger Straße Nr. 41, 6450 Hanau am Main.

Anmeldungen der Konkursforderungen sind bis zum 4. Januar 1985 beim Gericht in zwei Stücken vorzunehmen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Konkursverwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und Beschlußfassung über die in den §§ 132, 137 KO bezeichneten Gegenstände:

Freitag, den 14. Dezember 1984, 10.30 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

Freitag, den 18. Januar 1985, 10.30 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt, zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldner aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er abgeordnete Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 8. Dezember 1984 anzeigen.

6460 Gelnhausen, 7. 11. 1984 Amtsgericht

### 5781

N 22/84: Über das Vermögen der Firma Withof Grundstück GmbH, 3523 Grebenstein 1, Geschäftsführer Marianne Withof, ist am 2. November 1984, 16.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Werner Gernhardt, Hottejanstr. 25, 3520 Hofgeismar.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Dezember 1984, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung berechneten Betrage, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung angemeldeter Forderungen ist am

18. Dezember 1984, 10.00 Uhr, im Amtsgericht Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Str. 8, Saal 24.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 10. Dezember 1984 ist angeordnet.

3520 Hofgeismar, 6. 11. 1984 Amtsgericht

### 5782

65 N 249/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Werner Gehrke — DOB-Fabrikationsgesellschaft mbH i. L., Friedrich-Ebert-Straße 127, 3500 Kassel, vertreten durch den Liquidator Werner Gehrke, HRB 2889 AG Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, den 12. Dezember 1984, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß.

3500 Kassel, 26. 10. 1984

Amtsgericht, Abt. 65

### 5783

65 VN 2/84: In dem Verfahren über den Antrag der Sanatorium Schloß Oldershausen Behandlungs-, Rehabilitations- und Pflegeheim GmbH, 3355 Kalefeld 4, Parkstraße 2, Sitz der Gesellschaft Wilhelmsstraße 8, 3500 Kassel, vertreten durch ihre alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin Lucie Helferich, auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens über ihr Vermögen, ist heute, 8.00 Uhr, gegen die Schuldnerin gemäß §§ 12, 59 VglO ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Der Schuldnerin wird insbesondere verboten, über das im Grundbuch von Oldershausen, Band 8, Blatt 254, gelegene Grundstück zu verfügen.

3500 Kassel, 2. 11. 1984 Amtsgericht, Abt. 65

### 5784

65 N 213/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Fruchthandel Kassel GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Döring, Industriestraße 10, 3504 Kaufungen, jetzt Großmarkthalle Hauptbahnhof, 3500 Kassel, HRB 2367 AG Kassel, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse, gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Dienstag, 18. Dezember 1984, 8.45 Uhr, Raum 083, Sockelgeschoß im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel.

3500 Kassel, 2. 11. 1984 Amtsgericht, Abt. 65

### 5785

65 N 64/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Goldschmiedemeisters Gerhard Bartzik, Brückenhofstraße 31, 3500 Kassel, ist der Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und Prüfung nachträglicher angemeldeter Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, 12. Dezember 1984, 11.30 Uhr, Raum 083, Sockelgeschoß im Amtsgerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 8 006,80 DM, seine Auslagen sind auf 70,— DM und der Ausgleichsbetrag für die Mehrwertsteuer auf 603,61 DM festgesetzt.

3500 Kassel, 29. 10. 1984

Amtsgericht, Abt. 65

### 5786

9 N 73/84: In der Konkursangelegenheit der Firma Hüne GmbH, Falkensteiner Straße 4, 6240 Königstein im Taunus, vertreten durch die Geschäftsführer Uwe R. Hüne und Charlotte Hüne, auf Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen, ist durch Beschluß vom 31. Oktober 1984 ein allgemeines Veräuße-

# NEUERSCHEINUNG HERBST 1984

## KOMMENTAR ZUM SCHWERBEHINDERTENGESETZ

Herausgegeben und bearbeitet von Bernd Wiegand, Präsident des Hessischen Landessozialgerichts, unter Mitarbeit von Eckhard Gouder, Richter am Landessozialgericht, Karl Heinz Haus, Richter am Sozialgericht, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Direktorin des Sozialgerichts Wiesbaden und Roger Hohmann, Regierungsdirektor beim Ministerium für Arbeit, Umwelt und Soziales.

Loseblattausgabe, 520 Seiten, DM 96,—

ISBN 3-87124-013-3

Dem Benutzer soll ein Werk an die Hand gegeben werden, das überzeugende Lösungen der vielfältigen arbeits- und sozialrechtlichen Probleme anbietet und in der täglichen Arbeit mit dem Schwerbehindertenrecht weitere Hilfsmittel entbehrlich macht.

Der Kommentar enthält alle notwendigen Gesetze unter Berücksichtigung der zum 1. 1. und 1. 4. 1984 eingetretenen Änderungen, gibt die für das Schwerbehindertenrecht relevanten Fälle der im November 1983 neugefaßten Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit wieder und verarbeitet die gesamte neuere Rechtsprechung und Literatur.

Durch praxisgerechte Zusammenstellung der einzelnen Themen, gezielte Erläuterungen sowie einprägsame Zitate aus höchstrichterlichen Entscheidungen wird ein Höchstmaß an Information vermittelt.

Dieser Kenntnisstand ermöglicht es dem Benutzer des Kommentars, Entscheidungen nach dem SchwbG zu treffen, die auch einer kritischen Nachprüfung standhalten. Diesem Ziel entsprechend ist besondere Sorgfalt auf die Darstellung des früheren Rechts und die exakte Wiedergabe der Gesetzmateriale verwandt worden.

Insbesondere wird der neue Kommentar zum SchwbG allen Richtern, Rechtsanwälten und Prozeßbevollmächtigten sowie der Versorgungsverwaltung, den Personalbüros der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung und Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bei ihren täglich zu treffenden Entscheidungen zum unentbehrlichen Ratgeber werden.

Der weitere besondere Vorzug dieses Kommentars ist seine Aktualität:

Die ab 1. 4. 1984 wirkenden Änderungen der unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr einschließlich der geänderten Ausweisverordnung SchwbG und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Betroffene — beispielsweise der Verlust des Beitragsnachlasses für Behinderte seitens der Kraftfahrzeugversicherer infolge Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 oder die geänderte Bedeutung der Merkzeichen — sind bereits eingearbeitet.

Die Konzeption des Werkes als Loseblattausgabe wird auch künftig stets den aktuellen Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung gewährleisten!

**VERLAG CHMIELORZ GMBH**  
Wilhelmstr. 42 — Postfach 2229 — 6200 Wiesbaden

rungsverbot über das Vermögen der Schuldnerin erlassen worden.

**6240 Königstein im Taunus, 31. 10. 1984**  
**Amtsgericht, Abt. 9**

### 5787

7 N 9/82: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Möller Kaminbau GmbH i. L.** ist gem. § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters ist festgesetzt auf 9 522,66 DM, zuzüglich Mehrwertsteuer ausgleich. Die Auslagen sind festgesetzt auf 150,— DM zuzüglich Mehrwertsteuer.

**6250 Limburg a. d. Lahn, 7. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5788

7 N 30/84: Über das Vermögen der **Gesellschaft für Datentechnik mit beschränkter Haftung in Limburg, Konrad-Kurzbold-Straße 2**, vertreten durch den Geschäftsführer Peter Trivelli in Hünstetten, Am Birnbaum 31, wird heute, am 9. November 1984, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Schuldnerin dies wegen Zahlungsunfähigkeit beantragt hat (§ 63 GmbHGes.).

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klaus Schäfer in 6251 Waldbrunn 3, Nordstraße 2.

Konkursforderungen sind bis zum 5. Dezember 1984 beim Gericht in 2 Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Freitag, den 14. Dezember 1984, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Limburg, Schiede 14, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 14.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 5. Dezember 1984 anzeigen.

**6250 Limburg a. d. Lahn, 9. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5789

62 N 133/83: Im Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma City Kaufhaus Verwaltungsgesellschaft mbH, früher Baden-Baden, nach Sitzverlegung Mainz-Kastel (Az. 62 N 133/83 beim Amtsgericht Wiesbaden)** soll die Schlußverteilung stattfinden: Verfügbar sind voraussichtlich rd. 8 000,— DM. An bevorrechtigten Konkursforderungen nach § 61, 1, 1 KO sind zu berücksichtigen rd. 1 300,— DM. An bevorrechtigten Konkursforderungen nach § 61, 1, 2 KO sind zu berücksichtigen rd. 7 700,— DM.

Es ergibt sich somit eine Quote von rd. 87 Prozent auf die bevorrechtigten, festgestellten Konkursforderungen nach § 61, 1, 2 KO.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Berechtigten dem Amtsgericht Wiesbaden vor.

**6500 Mainz, 6. 11. 1984**  
**Der Konkursverwalter**  
**Funcke**  
**Dipl.-Volkswirt**

### 5790

7 N 70/84: Über das Vermögen der **Krone-mann-Zweirad GmbH & Co. KG, mit dem Sitz in Marburg (HRA 1734 Amtsgericht Marburg)**, vertreten durch die alleinige

Komplementärin Schluckebier Gesellschaft mit beschränkter Haftung, diese vertreten durch die alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin Marlene Schluckebier, Affölerstraße 86, 3550 Marburg (HRB 1456 Amtsgericht Marburg), wird heute, am 8. November 1984, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Notar Ernst Martin, Ringstraße 32, 3554 Gladenbach, Tel. 0 64 62/70 82.

Konkursforderungen sind bis zum 8. Februar 1985, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 6. Dezember 1984, 15.00 Uhr,

Prüfungstermin am 14. März 1985, 15.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Marburg, Universitätsstr. 48, I. Stock, Zimmer 157.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 5. Dezember 1984 ist angeordnet.

**3550 Marburg, 8. 11. 1984**  
**Amtsgericht, Abt. 7**

### 5791

1 N 2/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Bert Brand, Im Triescher 4, 3501 Guxhagen-Ellenberg, jetzt: Kantstraße 4, 3500 Kassel**, wird besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Freitag, 7. Dezember 1984, 9.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß im Gerichtsgebäude Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen (ehem. Rentegebäude).

**3508 Melsungen, 7. 11. 1984** **Amtsgericht**

### 5792

7 N 145/83: In der Konkursache der **Firma CABA Spiel-Sport-Freizeit GmbH, Berliner Straße 2, 6056 Heusenstamm**, gesetzlich vertreten durch ihre Geschäftsführer Berthold Ballmann, Berliner Straße 2, 6056 Heusenstamm, und Barbara Hartwig, Am Eichwald 33, 6056 Heusenstamm, wird nach Rechtskraft des den Konkursantrag vom 11. Oktober 1983 zurückweisenden Beschlusses vom 23. August 1984 die Sequestration und das Veräußerungsverbot vom 12. Oktober 1983 aufgehoben.

**6050 Offenbach am Main, 24. 10. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5793

7 N 68/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma BDW Bodenbelag GmbH, zuletzt Hermannstraße 17, 6078 Neu-Isenburg**, gesetzlich vertreten durch ihren Geschäftsführer Klaus-Dieter Drews, Wiesenstraße 30, 6054 Rodgau 2, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf

Mittwoch, 12. Dezember 1984, 11.30 Uhr, Zimmer 824, II. Stock, Gebäude D, Luisenstraße 16.

Die Vergütung des Konkursverwalters wurde auf 740,16 DM, die baren Auslagen auf 202,92 DM festgesetzt.

**6050 Offenbach am Main, 2. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5794

62 N 230/84: Über das Vermögen der **Kontraktbau AG + Co. Kommanditgesellschaft i. L., Wiesbaden, Bingertstraße 35**, vertreten durch die Kontraktbau Aktiengesellschaft, Wiesbaden, i. L., diese vertreten durch den Liquidator Ewald Manhart, Wiesbaden, wird

heute, am 2. November 1984 um 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Rütger Zilcken, Wiesbaden, Forststraße 1.

Anmeldungen (doppelt) bis 12. Dezember 1984. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 12. Dezember 1984.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Mittwoch, 9. Januar 1985, 9.00 Uhr, Zimmer 243.

**6200 Wiesbaden, 2. 11. 1984** **Amtsgericht**

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 5795

4 K 72/83: Das im Grundbuch von Bad Endbach, Band 39, Blatt 1475, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Bad Endbach, Flur Nr. 4, Flurstück 60/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Lerchenstraße 15, Größe 4,85 Ar,

soll am Dienstag, dem 26. Februar 1985, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Biedenkopf, Nebengebäude Hainstraße 72, Raum 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 12. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erika Benner geb. Happel, Landstraße 60, 3551 Bad Endbach.

Der Verkehrswert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 357 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**3560 Biedenkopf, 29. 10. 1984** **Amtsgericht**

### 5796

3 K 15/83: Das im Grundbuch von Ortenberg, Band 39, Blatt 1479, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ortenberg, Flur 4, Flurstück 54/10, Hof- und Gebäudefläche, Am Peters Nußbaum 3, Größe 7,45 Ar,

soll am Montag, dem 21. Januar 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 4. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Marie Löw geb. Jakob, 6000 Frankfurt am Main,

Franz Ernst Jakob, 6368 Bad Vilbel;  
Ernst Wenzel Jakob, 6000 Frankfurt am  
Main,

Ewald Jakob, 6474 Ortenberg, — in Er-  
bengemeinschaft —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a  
Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 145 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

6470 Büdingen, 3. 10. 1984 **Amtsgericht**

### 5797

3 K 41/83: Das im Grundbuch von Mer-  
kenfritz, Band 15, Blatt 525, eingetragene  
Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Merkenfritz, Flur 1,  
Flurstück 102/1, Ackerland, Hutung, Der  
Hermannsbühl, Größe 11,39 Ar,

soll am Montag, dem 14. Januar 1985,  
10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen,  
Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal),  
durch Zwangsvollstreckung versteigert wer-  
den.

Eingetragene Eigentümer am 30. 1. 1984  
(Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Alice Katharina Elise Reuswig geb.  
Möller, Konstanzer Straße 84, 6000 Frank-  
furt am Main, zu 415/1139,

b) Ute Köhler geb. Reuswig, Mittelsee-  
straße 40, 6000 Frankfurt am Main, zu 362/  
1139,

c) Malte Reuswig, Konstanzer Straße 84,  
6000 Frankfurt am Main, zu 362/1139.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a  
Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 13 668,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

6470 Büdingen, 16. 10. 1984 **Amtsgericht**

### 5798

3 K 34/82: Die im Grundbuch von Ober-  
Seemen, Band 38, Blatt 1676, eingetragenen  
Grundstücke,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Ober-Seemen, Flur  
Nr. 1, Flurstück 98, Bauplatz, Alte Handels-  
straße, Größe 8,41 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Ober-Seemen, Flur  
Nr. 1, Flurstück 99, Bauplatz, Alte Handels-  
straße, Größe 8,40 Ar,

sollen am Montag, dem 4. Februar 1985,  
10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen,  
Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal),  
durch Zwangsvollstreckung versteigert wer-  
den.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 6. 1982  
(Tag des Versteigerungsvermerks):

Inge Koch geb. Heß, Florstadt 5.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a  
Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Nr. 98 auf 21 025,— DM

Flur 1, Nr. 99 auf 21 000,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

6470 Büdingen, 24. 10. 1984 **Amtsgericht**

### 5799

3 K 56/82: Das im Grundbuch von Kefen-  
rod, Band 22, Blatt 1135, eingetragene  
Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kefenrod, Flur 1,  
Flurstück 632, Hof- und Gebäudefläche, Ro-  
senek 9, Größe 6,40 Ar,

soll am Montag, dem 28. Januar 1985,  
10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen,  
Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal),  
durch Zwangsvollstreckung versteigert wer-  
den.

Eingetragene Eigentümer am 15. 10. 1982  
(Tag des Versteigerungsvermerks):

Michele Tedesco, Gründau/Lieblos, und  
dessen Ehefrau Teresa Tedesco geb. De Cata,

dieselbst, — je zur Hälfte —, beide z. Z. un-  
bekannt Aufenthalts.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a  
Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 460 200,— DM.

Auf das im Versteigerungstermin am 6.  
August 1984 abgegebene Meistgebot ist der  
Zuschlag gemäß § 74 a Abs. 1 ZVG versagt  
worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

6470 Büdingen, 24. 10. 1984 **Amtsgericht**

### 5800

2 K 8/84: Folgender Grundbesitz, eingetra-  
gen im Grundbuch von Rengershausen, Band  
16, Blatt 531, 216, 712/1000 Miteigentumsan-  
teil an dem Grundstück der

Gemarkung Rengershausen, Flur 2, Flur-  
stück 46/4, Hof- u. Gebäudefläche, Auf dem  
Teich 14, Größe 7,51 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an  
der im Aufteilungsplan mit W 5 bezeichne-  
ten Wohnung im Dachgeschoß, dem Keller-  
raum K 5 und dem Nutzungsrecht am Ein-  
stellplatz Nr. 5,

soll am Mittwoch, dem 6. März 1985, 14.30  
Uhr, Raum 20, I. Stock, im Gerichtsgebäude  
Geismarer Straße 22, durch Zwangsvoll-  
streckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 4. 1984  
(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-  
merks):

Bankangestellter Fritz Schönfeld in Wup-  
pertal-Cronenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß  
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 66 300,—  
DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 9. 10. 1984

**Amtsgericht**

### 5801

K 32/84: Folgender Grundbesitz, eingetra-  
gen im Grundbuch von Dodenau, Band 48,  
Blatt 1416,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dodenau, Flur 1,  
Flurstück 4/1, Hof- u. Gebäudefläche, Kleu-  
delburger Weg 4, Größe 8,50 Ar,

soll am Mittwoch, dem 20. März 1985,  
14.30 Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsge-  
bäude Geismarer Straße 22, durch Zwangsvoll-  
streckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 6. 1984  
(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-  
merks):

Fabrikarbeiter Heinrich Wickenhöfer und  
dessen Ehefrau Marga Wickenhöfer geb.  
Reitz beide in Dodenau (Eder), — je zur  
Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß  
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 245 000,—  
DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 9. 10. 1984

**Amtsgericht**

### 5802

K 17/84: Folgender Grundbesitz, eingetra-  
gen im Grundbuch von Haine, Band 34,  
Blatt 1195,

lfd.-Nr. 1, Gemarkung Haine, Flur 4, Flur-  
stück 106/6, Hof- u. Gebäudefläche, Am Berg  
Nr. 22, Größe 9,37 Ar,

lfd.-Nr. 2, Gemarkung Haine, Flur 3, Flur-  
stück 22/3, Hofraum, Grundgärten, Größe  
0,82 Ar,

soll am Mittwoch, dem 13. März 1985,  
14.30 Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsge-  
bäude Geismarer Straße 22, durch Zwangsvoll-  
streckung versteigert werden.

bäude Geismarer Straße 22, durch Zwangsvoll-  
streckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 4. 1984  
(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-  
merks):

Josef Paul Arendt in 4270 Dorsten 21.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß  
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Nr. 1 auf 134 500,— DM,

Grundstück Nr. 2 auf 3 100,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 9. 10. 1984

**Amtsgericht**

### 5803

K 22/84: Folgender Grundbesitz, eingetra-  
gen im Grundbuch von Frankenberg-Eder,  
Band 231, Blatt 7817,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankenberg-Eder,  
Flur 66, Flurstück 123/19, Hof- u. Gebäude-  
fläche, Siegener Straße 25, Größe 19,29 Ar,

soll am Mittwoch, dem 22. Mai 1985, 14.30  
Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsgebäude  
Geismarer Straße 22, zur Aufhebung der Ge-  
meinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 6. 1984  
(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-  
merks):

Karosserie-Meister Isam Abu-Shaar und  
Renate Abu-Shaar geb. Hennigs, beide in  
Frankenberg (Eder), — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß  
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 365 000,—  
DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 9. 10. 1984

**Amtsgericht**

### 5804

84 K 202/82: Die ideelle Hälfte des Herrn  
Otto Friedrich Prange, Kelsterbacher Straße  
Nr. 13, Frankfurt am Main 71, an den im  
Grundbuch Bezirk 37 des Amtsgerichts  
Frankfurt am Main eingetragenen Grund-  
stücken,

A) Band 123, Blatt 4051,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 37, Flur 9, Flur-  
stück 32, Hof- und Gebäudefläche, Kelster-  
bacher Str. 11, Größe 5,45 Ar,

B) Band 130, Blatt 4288,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 37, Flur 8, Flur-  
stück 51, Verkehrsfläche, Kelsterbacher  
Straße, Größe 0,18 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 37, Flur 9, Flur-  
stück 33, Gebäude- und Freifläche, Kelster-  
bacher Straße 13, Größe 3,82 Ar,

soll am Donnerstag, dem 21. März 1985,  
9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichts-  
straße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer  
Nr. 137, durch Zwangsvollstreckung verstei-  
gert werden.

Der Wert der Grundstückshälften ist ge-  
mäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 32 auf 121 250,— DM,

Flurstück 51 auf 3 350,— DM,

Flurstück 33 auf 125 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf  
der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird  
hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 24. 10. 1984

**Amtsgericht, Abt. 84**

### 5805

84 K 31/84: Das im Grundbuch von Frank-  
furt am Main, Bezirk Schwanheim, Band 76,  
Blatt 1906, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Schwanheim, Flur  
Nr. 1, Flurstück 717/32, bebauter Hofraum,  
Schwarzbachstraße 10, Größe 2,29 Ar,

soll am Mittwoch, dem 3. April 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 2. 1984 (Versteigerungsvermerk):

1. Margarete Graff in Frankfurt am Main, zu 3/32,
  2. Anton Simon Brum in Hofheim-Lorsbach, zu 3/32,
  3. Auguste Brum in Frankfurt am Main, zu 3/32,
  4. Erika Brum in Frankfurt am Main, zu 3/32,
- zu 1) bis 4) — auch noch zu 5/8 in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 187 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

**6000 Frankfurt am Main, 29. 10. 1984**  
**Amtsgericht, Abt. 84**

### 5806

84 K 337/83: Das im Grundbuch von Marxheim, Band 126, Blatt 3808, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marxheim, Flur 32, Flurstück 9/3, Hof- und Gebäudefläche, Goldgrabenstr. 15, Größe 2,54 Ar,

soll am Freitag, dem 19. April 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 1. 1984 (Versteigerungsvermerk):

Herr Rudi Günther Swoboda, Hofheim am Taunus.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 270 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

**6000 Frankfurt am Main, 31. 10. 1984**  
**Amtsgericht, Abt. 84**

### 5807

K 37/84: Das im Grundbuch von Steinfurth, Band 45, Blatt 1935, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Steinfurth, Flur 1, Flurstück 473/1, Hof- und Gebäudefläche, zum Sauerbrunnen 8, Größe 6,09 Ar,

soll am Freitag, dem 25. Januar 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Str. 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 6. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Maurermeister Karlheinz Rühl, Steinfurth.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 556 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

**6360 Friedberg (Hessen), 22. 10. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5808

5 K 127/82: Das im Grundbuch von Kalbach-Heubach, Band 20, Blatt 539, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heubach, Flur 3, Flurstück 16/1, Lieg.B. 256, Hof- und Gebäudefläche, Frankenstraße 19, Größe 6,17 Ar,

soll am Donnerstag, dem 14. Februar 1985, 11.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße

Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

IAI Isolierplatten Vertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Kalbach-Heubach.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 119 570,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

**6400 Fulda, 31. 10. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5809

5 K 109/83: Das im Grundbuch von Poppenhausen, Band 22, Blatt 639, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Poppenhausen, Flur Nr. 7, Flurstück 10/4, Lieg.B. 250, Gebäude- und Freifläche, Am Sandfeld, Größe 11,21 Ar,

soll am Donnerstag, dem 21. Februar 1985, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 10. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Thomas Aha, Hermann-Walzstraße 4, 6420 Lauterbach.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 710 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

**6400 Fulda, 31. 10. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5810

5 K 3/84: Das im Grundbuch von Heubach, Band 15, Blatt 396, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Heubach, Flur 3, Flurstück 16/2, Hof- und Gebäudefläche, Frankenstraße 21, Größe 11,79 Ar,

soll am Donnerstag, dem 14. Februar 1985, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 1. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

IAI Isolierplatten Vertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6401 Kalbach-Heubach, Frankenstraße 19.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 228 760,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

**6400 Fulda, 31. 10. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5811

5 K 133/83: Die im Grundbuch von Flieden, Band 76, Blatt 2271, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Flieden, Flur 20, Flurstück 53/7, Gebäude- und Freifläche, Reinhardstraße, Größe 14,62 Ar, (Wert: 305 480,— DM),

lfd. Nr. 5, Gemarkung Flieden, Flur 20, Flurstück 53/11, Gebäude- und Freifläche, Reinhardstraße 37, Größe 7,19 Ar, (Wert: 18 785,— DM),

sollen am Donnerstag, dem 28. Februar 1985, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 1. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

I. Leibold, Karl, Rentner, Reinhardstraße Nr. 37, 6403 Flieden 1, zur ideellen Hälfte,

II. a) Leibold, Karl, Rentner, Reinhardstraße 37, 6403 Flieden 1,

b) Krah geb. Leibold, Anna Mathilde, Ehefrau, Flieden,

c) Leibold, Rudolf, Versicherungskaufmann, Flieden,

d) Leibold, Maria, Büroangestellte, Beethovenstraße 27, 6000 Frankfurt am Main, — zur ideellen Hälfte in ungeteilter Erbengemeinschaft —.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist, wie bei den lfd. Nrn. angegeben, festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

**6400 Fulda, 2. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5812

5 K 63/82: Die im Grundbuch von Wickers, Band 13, Blatt 404, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 42, Gemarkung Wickers, Flur 5, Flurstück 73, Lieg.-B.-Nr. 46, Grünland, Wickershahn, Größe 36,86 Ar, Wert 2 900,— DM,

lfd. Nr. 43, Gemarkung Wickers, Flur 2, Flurstück 15, Ackerland, Sommerberg, Größe 55,32 Ar, Wert 6 600,—

lfd. Nr. 51, Gemarkung Wickers, Flur 5, Flurstück 222/69, Grünland, Rodemich, Größe 102,06 Ar, Wert 8 100,— DM,

lfd. Nr. 54, Gemarkung Wickers, Flur 2, Flurstück 14, Ackerland, Sommerberg, Größe 13,41 Ar, Wert 1 600,— DM,

lfd. Nr. 55, Gemarkung Wickers, Flur 3, Flurstück 10/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe 31, Größe 8,74 Ar, Wert 124 700,— DM,

lfd. Nr. 57, Gemarkung Wickers, Flur 3, Flurstück 8/2, Hof- und Gebäudefläche, Hofraum, Im Dorfe, Größe 0,12 Ar, Wert 2 300,— DM,

lfd. Nr. 58, Gemarkung Wickers, Flur 8, Flurstück 2/3, Grünland, Steinigtiesen, Größe 82,75 Ar, Wert 6 600,— DM,

lfd. Nr. 59, Gemarkung Wickers, Flur 8, Flurstück 2/4, Grünland, Steinigtiesen, Größe 8,84 Ar, Wert 750,— DM,

sollen am Donnerstag, dem 7. März 1985, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 5. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Viehhändler und Landwirt Erwin Hohmann,

b) seine Ehefrau Alma Hohmann, geb. Zentgraf, beide in Hilders/OT Wickers, — in Gütergemeinschaft —.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist, wie bei den lfd. Nrn. angegeben, festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

**6400 Fulda, 6. 11. 1984**  
**Amtsgericht**

### 5813

5 K 189/82: Die im Grundbuch von Steinau, Band 20, Blatt 689, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Steinau, Flur 4, Flurstück 6/1, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 29, Größe 28,62 Ar, (Wert: 158 400,— DM),

lfd. Nr. 4, Gemarkung Steinau, Flur 2, Flurstück 16/12, Lieg.B. 103, Ackerland, Hutung, An der Röth, Größe 98,22 Ar, (Wert: 34 400,— DM),

sollen am Donnerstag, dem 14. März 1985, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 1. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elektroinstallateur August Rützel in Steinau.



Eine zuverlässige Sammlung aller wichtigen Rechtsvorschriften ist in der juristischen Praxis von unschätzbarem Wert. Das

# **Sammelblatt**

## **für Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder**

sorgt für den vollständigen Abdruck des BGBl. Teil I und für den Nachdruck aller wesentlichen Rechtsvorschriften aus dem BGBl. Teil II, dem Bundesanzeiger sowie den Gesetz- und Verordnungsblättern aller Bundesländer in einer redaktionellen Auswahl, die von Anwälten aus der Praxis für die Praxis besorgt wird.

Erscheinungsweise: wöchentlich.

Bitte, fordern Sie Probe-Exemplare an.

**Engel-Verlag Dr. iur. Kurt Engel Nachf.**

**Wilhelmstraße 42 — Postfach 22 29 — 6200 Wiesbaden**

Der Verkehrswert der Grundstücke ist, wie bei den lfd. Nrn. angegeben, festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 7. 11. 1984

Amtsgericht

### 5814

K 73/84: Das im Grundbuch von Bad Orb, Band 197, Blatt 7842, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Bad Orb, Flur 46, Flurstück 173/2, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschafts- und Waldfläche, Wemmstraße 60, Größe 23,74 Ar,

soll am Freitag, dem 1. Februar 1985, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 7. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erika Kordt geb. Auerbach, Wemmstraße Nr. 80, 6482 Bad Orb.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 430 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 1. 11. 1984

Amtsgericht

### 5815

24 K 70/84: Das im Grundbuch von Bischofsheim, Band 131, Blatt 5134, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bischofsheim, Flur Nr. 14, Flurstück 466/2, Bauplatz, Im Forst auf die Steinlach, Größe 12,80 Ar,

soll am Dienstag, dem 22. Januar 1985, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 8. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerd Obermüller, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 80 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 1. 11. 1984

Amtsgericht

### 5816

42 K 85/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Eichen, Band 49, Blatt 1671, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eichen, Flur 3, Flurstück 402, Gebäude- und Freifläche, In den Berggärten 5, Größe 7,54 Ar,

am Dienstag, dem 19. März 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 5. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erika Wylezol, 6050 Offenbach am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 458 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 8. 11. 1984

Amtsgericht, Abt. 42

### 5817

42 K 92/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Eichen, Band 49, Blatt 1672, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eichen, Flur 3, Flurstück 403, Bauplatz, In den Berggärten Nr. 3, Größe 9,04 Ar,

am Dienstag, dem 19. März 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 5. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Leonhard Wylezol in 6050 Offenbach am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 88 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 8. 11. 1984

Amtsgericht, Abt. 42

### 5818

42 K 171/82: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Kesselstadt, Band 113, Blatt 3976, eingetragene 1182/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kesselstadt, Flur Nr. 15, Flurstück 192/2, Hof- und Gebäudefläche, Dresdner Str. 1 b und 1 c, Größe 26,37 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. C 43 bezeichneten Wohnung im 3. Obergeschoß und Abstellraum C 43 im Keller, versteigert werden.

Die zu den in den Blättern 3910 bis 3997 eingetragenen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränken sich gegenseitig. Die Veräußerung des Wohnungs- und Teileigentums bedarf der Zustimmung des Verwalters mit Ausnahme der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte in gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie oder im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter. Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums auf die Teilungserklärung vom 19. Februar 1974 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 28. März 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümer am 16. 11. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Mehmet Ogüz Kaftanci,  
b) Huriser Kaftanci geb. Cal, 6455 Erlen-see, — je zur Hälfte —.

# Zeitschrift für Sozialreform

Herausgeber: Prof. Dr. Rohwer-Kahmann

- aktuelle Abhandlungen zu allen Problemen der Sozialreform
- interessante Beiträge in- und ausländischer Autoren
- Veröffentlichungen im internationalen Vergleich
- Wissenschaft und Praxis

Bitte fordern Sie Probeexemplare an!

## Verlag Chmielorz GmbH

Wilhelmstraße 42 · Postfach 22 29 · 6200 Wiesbaden

Der Wert des Wohnungseigentums ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 77 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 7. 11. 1984 Amtsgericht, Abt. 42

### 5819

2 K 28/84: Das im Grundbuch von Erdbach, Band 38, Blatt 1187, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Erdbach, Flur 16, Flurstück 26, Hof- und Gebäudefläche, Am Lenkersrain, (Tablick 41), Größe 7,17 Ar, soll am Freitag, dem 22. März 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn, Westerwaldstraße Nr. 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 5. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Leonie Hoffmann in 6349 Breitscheid-Erdbach, Tablick 41.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 260 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborn, 5. 11. 1984 Amtsgericht

### 5820

2 K 6/84: Das im Grundbuch von Massenheim, Band 32, Blatt 1169, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Massenheim, Flur Nr. 35, Flurstück 293, Hof- und Gebäudefläche, Pfarrstraße 51, Größe 6,71 Ar, soll am Mittwoch, dem 23. Januar 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim am Main, Kirchstraße 21, Zimmer 13, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. 4. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gisela Bitschnau, Pfarrstraße 51, 6203 Hochheim-Massenheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 695 344,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 6. 11. 1984 Amtsgericht

### 5821

K 13/84: Die im Grundbuch von Großenbach, Band 14, Blatt 488, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großenbach, Flur Nr. 12, Flurstück 6/6, Bauplatz, Am hohen Rain, Größe 1,13 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Großenbach, Flur Nr. 12, Flurstück 6/5, Bauplatz, Am hohen Rain, Größe 5,70 Ar,

sollen am Freitag, dem 18. Januar 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hauptstraße Nr. 24, I. Stock, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 5. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Erna Weber, Triftweg 1, 6415 Petersberg-Steinhaus,
2. Wolfgang Weber, Triftweg 1, 6415 Petersberg-Steinhaus,
3. Manuela Weber, Triftweg 1, 6415 Petersberg-Steinhaus.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 1 325,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 6 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 30. 10. 1984 Amtsgericht

### 5822

K 19/84: Das im Grundbuch von Rasdorf, Band 41, Blatt 1369, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rasdorf, Flur 17, Flurstück 66/5, Freifläche, Geisauer Tor, Größe 4,43 Ar,

soll am Freitag, dem 1. Februar 1985, 10.00 Uhr, Hauptstraße 24, 1. Stock, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 7. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Apollonia (gen. Loni) Zoppke, Luxemburger Straße 103, 5030 Hürth.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6 650,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld 1, 2. 11. 1984 Amtsgericht

### 5823

1 K 29/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Wallrabenstein, Band 7, Blatt 85,

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 85, Wiese Burgstraße, Größe 4,93 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 59/1, Hof- und Gebäudefläche, Burgstraße 23, Größe 4,37 Ar,

soll am Dienstag, dem 29. Januar 1985, 9.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 1, 6270 Idstein, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 6. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dorothea Hofmann in 6204 Taunusstein 4, Ernst Hofmann in 6274 Hünstetten-Wallrabenstein, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 7, Flurstück 85 auf 500,— DM,

Flur 7, Flurstück 59/1 auf 421 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein, 22. 10. 1984 Amtsgericht

### 5824

1 K 40/84: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Idstein, Band Nr. 71, Blatt 2309, Flur 69, Flurstück 13/1, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenborn, Größe 26,66 Ar,

soll am Dienstag, dem 22. Januar 1985, 9.00 Uhr, Raum Nr. 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 1, Idstein, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 8. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Friedhelm Nölle, Idstein, Siegfried Westersfeld, 5429 Buch, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 160 000,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein, 22. 10. 1984 Amtsgericht

### 5825

64 K 172/82: Das im Grundbuch von Hohenkirchen, Band 38, Blatt 1197, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hohenkirchen, Flur Nr. 1, Flurstück 512, Hof- und Gebäudefläche, Hauerlandstraße 13, Größe 6,65 Ar, soll am Mittwoch, dem 13. Februar 1985, 8.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschloß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 6. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Pesta, Felix, geb. 18. 1. 1949, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 270 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 6. 9. 1984 Amtsgericht

### 5826

64 K 254/84: Das im Grundbuch von Niederkaufungen, Band 79, Blatt 2722, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Niederkaufungen, Flur 8, Flurstück 30/26, Hof- und Gebäudefläche, Auering 4, Größe 6,49 Ar,

soll am Freitag, dem 12. Februar 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschloß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 7. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Friedhelm Müller, Langenbergstraße 50 A, 3501 Fuldaabrück.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 462 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 11. 9. 1984 Amtsgericht

### 5827

64 K 131/83: Das im Grundbuch von Heiligenrode, Band 77, Blatt 2131, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Heiligenrode, Flur Nr. 7, Flurstück 449/8, Hof- und Gebäudefläche, Am Klei 18, Größe 3,51 Ar,

soll am Dienstag, dem 19. Februar 1985, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, Raum 083 (Sockelgeschloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. 9. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Homann, Renate geb. Hinkemann, geb. 13. 10. 1935, Niestetal.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 347 000,— DM.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag aus den Gründen des § 74 a I ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 5. 10. 1984 Amtsgericht

### 5828

64 K 142/84: Das im Grundbuch von Kassel, Band 417, Blatt 10 606, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, 100,880/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur N I, Flurstück 766/135, Hof- und Gebäudefläche, Sommerweg 13 B, Größe 2,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, Erdgeschloß rechts, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2 und K 2; der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsan-

Erscheint  
demnächst

# Automatisierte Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung

Die Anwendung der automatisierten Datenverarbeitung (ADV) in der öffentlichen Verwaltung erfordert:

1. im Bereich der Fachverwaltungen Mitarbeiter, die neben allgemeinen Kenntnissen und besonderen Fachkenntnissen ihres Spezialgebietes Kenntnisse auf dem ADV-Sektor besitzen;
2. im Bereich der Datenverarbeitungszentralen Mitarbeiter, die Spezialkenntnisse besitzen, um ihren Aufgaben in der
  - DV-Organisation
  - Anwendungsprogrammierung
  - Datenerfassung
  - Produktionssteuerung
  - Maschinenbedienunggerecht zu werden.

Der Mangel an derartig qualifiziertem DV-Fachpersonal hat den Kooperationsausschuß ADV (Bund/Länder/kommunaler Bereich) dazu veranlaßt, bereits in einer Sitzung am 6./7. Juli 1971 den Beschluß zu fassen, auf dem Gebiet der DV-Aus- und -Fortbildung zusammenzuarbeiten und einen Arbeitskreis aus Vertretern des Bundes, der Länder und aus dem Kommunalbereich mit dem Ziel einzusetzen, Vorschläge über die Ausbildung auszuarbeiten.

Der Arbeitskreis, bekannt als Unterausschuß „DV-Aus- und -Fortbildung“ des KoopA ADV, hat im Jahre 1973 erstmals „Rahmenrichtlinien“ vorgelegt, deren Inhalte konsequent in die Praxis eingeführt wurden. Die dabei gemachten Erfahrungen führten zu mehrmaligen Fortschreibungen.

Das Ergebnis der 3. Fortschreibung der „Rahmenrichtlinien für die DV-Aus- und -Fortbildung in der öffentlichen Verwaltung“ hat der Bundesminister des Innern in einer Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 95 vom 22. Mai 1981 veröffentlicht.

Diese Rahmenrichtlinien waren am 11.3.1981 vom Kooperationsausschuß ADV mit folgender Empfehlung verabschiedet worden:

1. Der KoopA ADV empfiehlt, Vorkehrungen zu treffen, daß
  - die Vermittlung des DV-Grundwissens nach Maßgabe der vorliegenden „Rahmenrichtlinien für die DV-Aus- und -Fortbildung in der öffentlichen Verwaltung“ im erforderlichen Umfang für die Fortbildung angeboten wird;
  - die Vermittlung von DV-Fachwissen für Beschäftigte in der
    - DV-Anwendungsorganisation
    - Anwendungsprogrammierung

- Maschinenbedienung
  - Produktionssteuerung
- künftig nach Maßgabe der vorliegenden Rahmenrichtlinien durchgeführt wird.

2. Der KoopA ADV bittet die für die Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden, die Vermittlung des DV-Grundwissens möglichst auf der Grundlage der vorliegenden Rahmenrichtli-

nien in die Berufsausbildung des öffentlichen Dienstes einzubeziehen.

3. Der KoopA ADV bittet den BMI, durch geeignete Veröffentlichung für die Bekanntmachung der Rahmenrichtlinien zu sorgen.

In den z. Z. geführten Tarifverhandlungen wird die Bedeutung der Rahmenrichtlinien dadurch anerkannt, daß künftig für die Eingruppierung von Angestellten im DV-Bereich eine Ausbildung nach den Rahmenrichtlinien erforderlich ist.

Ausgehend von den Stoffsammlungen der Rahmenrichtlinien veröffentlichen wir in einer Sonderreihe „DV-Aus- und -Fortbildung in der öffentlichen Verwaltung“ zunächst den Lernstoff, der für die Mitarbeiter im Organisations- und DV-Bereich gleichermaßen von Bedeutung ist.

Als erste Veröffentlichung in dieser Reihe erscheint Band 2:

Dipl.-Ing. Josef Heyink

## Einführung in die ADV-Organisation

### Inhaltsverzeichnis

- 1 Betriebliche Zielsetzung und die Stufen ihrer Verwirklichung
- 2 Organisation als Mittel zur Verwirklichung betrieblicher Ziele
- 3 Organisatorischer Aufbau eines Betriebes
- 4 Organisation des Arbeitsablaufes
- 5 Organisationstechniken
- 6 Strukturierung des ADV-Gesamtsystems
- 7 Methodische Entwicklung von ADV-Anwendersystemen
- 8 Projekte in der ADV-Organisation

- 9 Wirtschaftlichkeit von ADV-Gesamtsystemen
- 10 Vordrucke in der ADV
- 11 Entstehungsgang für ADV-Gesamtsysteme
- 12 Arbeitsablauf beim Einsatz von ADVA
- 13 Datenermittlung
- 14 Datenerfassung
- 15 Datentransport
- 16 Dateneingabe
- 17 Datenspeicherung
- 18 Datenverarbeitung
- 19 Datenausgabe
- 20 Fallstudien
- 21 Literatur

ISBN 3-87124-010-9 - Format 21 x 20 cm, 120 Seiten, 87 graphische Darstellungen und Tabellen, kartoniert. DM 38,- zuzüglich Versandkosten

### Inhaltsangabe der Bände 1, 3 und 4 (In Vorbereitung)

#### Band 1: Einführung in die ADV-Technik

Einsatz von DV-Anlagen - Allgemeine Grundlagen der DV - Aufbau von DV-Systemen - Kanalprinzip und Hierarchie in DV-Anlagen - Befehle - Programmierung - Betriebsarten - Betriebssysteme - Datenfernverarbeitung - Entwicklung und Tendenzen

#### Band 3: Arbeitstechniken der ADV-Organisation - Einführung

Arbeitstechniken bei Planung und Realisierung von ADV-Projekten - Flußdiagramme - Entscheidungstabellen - Projektstrukturpläne - Balkendiagramme - Netzpläne

#### Band 4: Entscheidungstechnik

ADV-Systeme und Entscheidungstabellen - Grundaufbau einer Entscheidungstabelle - Beziehungen zwischen einzelnen formalen Elementen - Interpretation einer Entscheidungstabelle - Bezeichnung von Entscheidungstabellen - Aufbau von Entscheidungstabellen - Aufstellen von Entscheidungstabellen (1) - Analyse von Entscheidungstabellen - Entscheidungstabellen-Verbund - Aufstellen von Entscheidungstabellen (2) - Zerlegungsmethoden - Anwendung der Entscheidungstabellen in der Verwaltung

Zu beziehen durch

VERLAG CHMIELORZ GMBH · WILHELMSTRASSE 42 · 6200 WIESBADEN

teilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 20. Juli 1978;

soll am Freitag, dem 8. März 1985, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Sockelgeschoß, Raum 083, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 4. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans Kaschel, geb. am 25. 1. 1933, Kassel. Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 36 229,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 9. 10. 1984 **Amtsgericht**

### 5829

64 K 144/84: Das im Grundbuch von Kassel, Band 417, Blatt 10 608, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, 107,288/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur Nr. N I, Flurstück 766/135, Hof- und Gebäudefläche, Sommerweg 13 B, Größe 2,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, I. Obergeschoß rechts, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4 und K 4; der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 20. Juli 1978;

soll am Freitag, dem 8. März 1985, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Sockelgeschoß, Raum 083, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 4. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans Kaschel, geb. am 25. 1. 1933, Kassel. Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 44 615,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 9. 10. 1984 **Amtsgericht**

### 5830

64 K 329/82: Das im Grundbuch von Bettenhausen, Band 57, Blatt 1684, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bettenhausen, Flur Nr. 5, Flurstück 231/56, Hof- und Gebäudefläche, Eichwaldstraße 50, Größe 6,94 Ar,

soll am Mittwoch, dem 20. Februar 1985, 10.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 1. 12. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Spectroflex Gaststätten- und Hotel-Beteiligungs-gesellschaft mbH, Kassel. Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 1 011 504,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 25. 10. 1984 **Amtsgericht, Abt. 64**

### 5831

64 K-88/84: Die im Grundbuch von Niedervellmar, Band 51, Blatt 1500, eingetragenen Grundstücke,

1.) lfd. Nr. 4, Gemarkung Niedervellmar, Flur 12, Flurstück 103/33, Hof- und Gebäudefläche, Kasseler Straße, Größe 0,50 Ar,

2.) lfd. Nr. 5, Gemarkung Niedervellmar, Flur 12, Flurstück 33/1, Hofraum, Kasseler Straße, Größe 0,94 Ar,

3.) lfd. Nr. 6, Gemarkung Niedervellmar, Flur 12, Flurstück 32/2, Gebäude- und Freifläche, gemischt, Kasseler Straße 3, Größe 1,48 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 6. März 1985, 10.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 4. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Frau Gisela Riedinger, geb. Kitzmann, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 25 595,57 DM für das Grundstück zu 1.) (Flurstück 103/33),

7 520,— DM für das Grundstück zu 2.) (Flurstück 33/1),

75 762,89 DM für das Grundstück zu 3.) (Flurstück 32/2).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 29. 10. 1984 **Amtsgericht**

### 5832

5 K 4/84: Am Mittwoch, dem 6. Februar 1985, 10.00 Uhr, soll vor dem Amtsgericht Kirchhain, Saal 116, das im Grundbuch von Großseelheim, Band 41, Blatt 1269, auf den Namen des Herrn Wilhelm Brand, Ederstraße 11, 3575 Kirchhain-Großseelheim und der Frau Else Brand geb. Weber, Hermann-Löns-Str. 8, 3570 Stadallendorf, — je zur Hälfte — eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 55/7, Hof- und Gebäudefläche, Ederstraße 11, Größe 10,00 Ar,

zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Nähere Bestimmungen können bei Gericht und bei der Stadtverwaltung Kirchhain (Aushang) eingesehen werden.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a ZVG festgesetzt worden auf 303 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3575 Kirchhain, 5. 11. 1984 **Amtsgericht**

### 5833

9 K 42/83: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Altenhain, Band 48, Blatt 1582,

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 634/1, Bau- platz, Sodener Weg, Größe 5,97 Ar,

soll am Dienstag, dem 8. Januar 1985, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, Burgweg 9; Luxemburgisches Schloß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 3. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Anna Geis, geb. Henninger, Hohlweg 3, 6232 Bad Soden-Altenhain.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 150 550,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 7. 11. 1984 **Amtsgericht, Abt. 9**

### 5834

1 K 5/84: Das im Grundbuch von Lengefeld, Band 10, Blatt 300, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Lengefeld, Flur 4, Flurstück 64/32, Gebäude- u. Freifläche, Wohnen, Am Stadtwege, Größe 3,68 Ar,

soll am Freitag, dem 1. Februar 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 1. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wilhelm Schermer, Malermeister, Korbach-Lengefeld.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 172 040,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 5. 11. 1984 **Amtsgericht**

### 5835

7 K 7/83: Der im Wohnungsgrundbuch von Bad Camberg, Band 102, Blatt 3325, eingetragene 500/1 000 (fünfhundert Tausendstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Camberg,

Flur 29, Flurstück 52/7, Hof- und Gebäudefläche, Schlesienstraße 14, Größe 7,36 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoß mit Balkon, Keller und Dachgeschoß, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2 (grün umrandet);

soll am Mittwoch, dem 23. Januar 1985, 14.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Schiede 14, Limburg a. d. Lahn, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 2. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Laska Siegfried, Camberg/Ts., Schlesienstraße 14,

b) dessen Ehefrau Laska Petra geborene Baumeister, Camberg/Ts. Schlesienstraße 14, — je zur Hälfte —

Der Wert des Objekts gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 155 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 25. 7. 1984 **Amtsgericht**

### 5836

7 K 133/83: Das im Grundbuch von Marburg, Band 202, Blatt 7394, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Marburg, Flur 27, Flurstück 75, Hof- und Gebäudefläche, Weidenhäuser Straße 97, Größe 1,96 Ar,

soll am Donnerstag, dem 7. März 1985, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 10. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kalman Schönfeld de Weigel, Weidenhäuser Straße 97, 3550 Marburg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 25. 10. 1984 **Amtsgericht**

### 5837

7 K 6/84: Das im Grundbuch von Amönau, Band 30, Blatt 1083, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Amönau, Flur 19, Flurstück 13/4, Hof- und Gebäudefläche, Am Bach 16, Größe 5,55 Ar,

# ABONNIEREN STATT FOTOKOPIEREN

Zeitschriften-Beiträge sind mit Sachverstand und Sorgfalt aus dem großen Berg von Informationen ausgewählt, geschrieben, zusammengestellt . . .

. . . ergeben zielgerechte Informationen: Erfahrungen, die man kaufen kann. Denn uns liegt daran, daß Sie als Leser mit erweitertem Wissen und vermehrten Einsichten gut gerüstet sind.

Dies ist in Gefahr, wenn Zeitschriftenaufsätze kopiert werden!

Fotokopien werden nicht abonniert . . .

. . . und das bedeutet langfristig, daß Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Zeitschriften die wirtschaftliche Basis entzogen wird.

Und außerdem: Sie als Leser sollen immer ein komplettes Heft in die Hand bekommen, damit Ihr Wissen nicht einseitig wird . . .

. . . und damit IHRE ZEITSCHRIFT auch künftig für Sie da ist.

soll am Donnerstag, dem 7. März 1985, 14.45 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 1. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks): Franz Amort und Elisabeth Amort geb. Annecke, Bachstraße 14, 3552 Wetter-Amönnau, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 59 000,— DM.

In dem Versteigerungstermin am 18. Oktober 1984 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 85a I ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 25. 10. 1984 **Amtsgericht**

**5839**

1 K 16/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Spangenberg, Band 76, Blatt 2505,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 5, Flurstück 95/1, Straße, Bahnhofstraße, Größe 0,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 5, Flurstück 95/2, Straße, Bahnhofstraße, Größe 0,03 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 5, Flurstück 95/3, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 6, Größe 2,22 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 5, Flurstück 95/4, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße, Größe 0,17 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 6, Flurstück 113/61, Ackerland, Am Obertor, Größe 5,54 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 9, Flurstück 26, Wiese, Unter der Hasenhute, Größe 39,15 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 21, Flurstück 116/3, Ackerland, Die Körtsche, Größe 25,86 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 21, Flurstück 123/5, Ackerland, Die Körtsche, Größe 25,25 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Spangenberg, Flur Nr. 22, Flurstück 114, Ackerland, Am Scharfenberg, 36,49 Ar,

soll am Freitag, dem 25. Januar 1985, 13.30 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen (ehem. Renteigebäude), zwecks Wiederversteigerung durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 5. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Peter Josef Bärmann, Spangenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 200,— DM für lfd. Nr. 1; auf 120,— DM für lfd. Nr. 2; auf 220 000,— DM für lfd. Nr. 3; auf 680,— DM für lfd. Nr. 4; auf 1 939,— DM für lfd. Nr. 5; auf 8 613,— DM für lfd. Nr. 6; auf 5 689,— DM für lfd. Nr. 8; auf 7 070,— DM für lfd. Nr. 9; auf 5 838,— DM für lfd. Nr. 10. Gesamtwert: 250 148,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 1. 11. 1984 **Amtsgericht**

**5840**

61 K 68/84: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 571, Blatt 31 451, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Flur 116, Flurstück 95/29, Hof- u. Gebäudefläche, Herrgartenstraße 17, Größe 4,44 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. Januar 1985, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 6. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ing.-Büro Kempf GmbH in Wiesbaden.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 850 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 26. 10. 1984 **Amtsgericht**

**5838**

7 K 11/84: Die im Grundbuch von Oberndorf, Band 9, Blatt 303, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberndorf, Flur 1, Flurstück 3/7, Hof- und Gebäudefläche, Im Hofacker, Größe 3,75 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Oberndorf, Flur 1, Flurstück 3/6, Hof- und Gebäudefläche, Im Hofacker, Größe 0,36 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Oberndorf, Flur 1, Flurstück 3/5, Hof- und Gebäudefläche, Im Hofacker, Größe 0,41 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 14. Februar 1985, 14.45 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 1. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Berndt Triemer, Im Hofacker 3, 3552 Wetter-Oberndorf.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 53 000,— DM als wirtschaftliche Einheit.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 26. 10. 1984 **Amtsgericht**

**5841**

2 K 77/81: Die im Grundbuch von Retterode, Band 18, Blatt 503, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Retterode, Flur 8, Flurstück 347/63, Hof- und Gebäudefläche, Hambergstraße 7, Größe 2,29 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Retterode, Flur 8, Flurstück 348/63, Weg, Hambergstraße, Größe 0,06 Ar,

sollen am Montag, dem 10. Dezember 1984, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzzenhausen, Walburger Str. 38, Zimmer 121 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 10. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Luise-Margarete Trube geb. Busse, Hambergstraße 7, 3436 Hessisch Lichtenau-Retterode.

Der Wert der Grundstücke ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 39 095,— DM,  
lfd. Nr. 2 auf 36,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzzenhausen, 6. 11. 1984 **Amtsgericht**

**Andere Behörden und Körperschaften**

**23. Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden**

Der Verwaltungsausschuß der Zusatzversorgungskasse hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1984 folgende Satzung zur 23. Änderung der Satzung beschlossen:

Die Satzung der Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden vom 1. Januar 1967 in der Fassung vom 13. November 1981 wird wie folgt geändert:

**§ 1**

**Änderung der Satzung**

1. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Das Mitglied ist verpflichtet, der Kasse unentgeltlich über alle Umstände und Verhältnisse Auskunft zu erteilen, die für den Vollzug der Vorschriften dieser Satzung von Bedeutung sind.“

\*Es ist auch verpflichtet,

- a) unverzüglich seine sämtlichen der Versicherungspflicht unterliegenden Arbeitnehmer bei der Kasse anzumelden und bei Wegfall der Versicherungspflicht, unbeschadet des § 19 Abs. 2 abzumelden,
- b) in der Abmeldung anzugeben, ob bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Voraussetzungen des § 28 Abs. 5 Satz 1 oder 2 erfüllt waren,
- c) dem Pflichtversicherten nach Ablauf jedes Kalenderjahres sowie beim Ende der Pflichtversicherung einen Nachweis über das zusatzversorgungspflichtige Entgelt, die gezahlten Erhöhungsbeträge und die Umlagemonate nach dem jeweiligen Formblatt der Kasse auszuhändigen,
- d) seinen Arbeitnehmern die von der Kasse zur Verfügung gestellten Druckschriften auszuhändigen und gegebenenfalls zu erläutern,
- e) der Kasse jederzeit Auskunft über bestehende und frühere Arbeitsverhältnisse zu erteilen und ihr eine örtliche Prüfung der Voraussetzungen für die Versicherungspflicht sowie der Entrichtung der Umlagen zu gestatten,

- f) im Schriftverkehr mit der Kasse die von ihr herausgegebenen Formblätter zu benutzen.“
- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird Buchst. c und der dazugehörige Textteil gestrichen.
- bb) Die Sätze 2 und 3 werden gestrichen.
2. § 13 Abs. 1 Satz 5 erhält folgende Fassung:  
 „Als künftige jährliche Erhöhung ist der Durchschnitt der Erhöhungen und Verminderungen nach § 47 Abs. 1 Satz 1 in den letzten fünf Kalenderjahren vor dem Ausscheiden zu berücksichtigen, mindestens aber eine Erhöhung von jährlich 3 v. H.“
3. § 15 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:  
 „Begründung der Pflichtversicherung“.
- b) In Absatz 1 entfällt die Absatzbezeichnung.
- c) Absatz 2 wird gestrichen.
4. § 16 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Buchstabe b wird nach dem Wort „regelmäßige“ das Wort „wöchentliche“ eingefügt.
- b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:  
 „Der Versicherungspflicht unterliegen auch vertretungsberechtigte Organmitglieder eines Mitglieds, für die die Teilnahme an der Zusatzversorgung durch Dienstvertrag vereinbart ist, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 Buchst. c vorliegen; dies gilt nicht für Organmitglieder eines Mitglieds, das keine der Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Buchst. a bis d erfüllt.“
5. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 3 werden die Buchstaben e, f und g unter Beibehaltung der Buchstabenbezeichnungen gestrichen.
- b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:  
 „(5) Von der Versicherungspflicht befreit wird auf seinen schriftlichen Antrag durch die Kasse ein Arbeitnehmer, solange er freiwilliges Mitglied einer nicht unter § 7 Abs. 2 AVG fallenden berufsständischen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ist. Ein befreiter Arbeitnehmer kann, auch wenn er das Arbeitsverhältnis wechselt, nicht wieder versichert werden, solange der in Satz 1 angeführte Befreiungsgrund vorliegt.“
6. § 19 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift werden das Komma und das Wort „Abmeldung“ gestrichen.
- b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:  
 „Die Abmeldung von der Pflichtversicherung (§ 11 Abs. 2 Satz 2 Buchst. a) kann unterbleiben, wenn das Arbeitsverhältnis unter den in § 28 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a oder b genannten Voraussetzungen beendet worden ist. Die Abmeldung ist auf den Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses nachzuholen, falls der Pflichtversicherte von seinem Anspruch auf Wiedereinstellung keinen Gebrauch macht.“
7. § 22 erhält folgende Fassung:  
 „§ 22  
**Auszubildende, Lernschwestern, Lernpfleger**  
 Als Arbeitnehmer im Sinne der Satzung gelten
- a) Auszubildende, die unter den Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974 in der jeweils geltenden Fassung oder einen diesen Tarifvertrag ersetzenden Tarifvertrag fallen,
- b) Lernschwestern und Lernpfleger, die unter den für die Gemeinden geltenden Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967 in der jeweils geltenden Fassung oder einen diesen Tarifvertrag ersetzenden Tarifvertrag fallen, oder Auszubildende, Lernschwestern und Lernpfleger, die unter einen dieser Tarifverträge fallen würden, wenn das Mitglied diese Tarifverträge angewendete.“
8. § 28 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Worte „Als pflichtversichert im Sinne des Absatzes 1 Buchst. a gilt bei Eintritt des Versicherungsfalles“ werden durch die Worte „Als bei Eintritt des Versicherungsfalles pflichtversichert gilt“ ersetzt.
- bb) In Buchstabe b wird das Wort „Wasserbauarbeiter“ durch das Wort „Arbeitnehmer“ ersetzt.
- b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:  
 „(5) Als bei Eintritt des Versicherungsfalles pflichtversichert gilt ein beitragsfrei Versicherter, der auf Grund gesetzlicher Vorschrift oder auf Grund eines für die Mitglieder nach § 10 Abs. 1 Buchst. a geltenden Tarifvertrages oder einer entsprechenden Vorschrift eines für sonstige Mitglieder geltenden Tarifvertrages, die für den gleichen Personenkreis gleichartige Regelungen trifft, aus seiner Beschäftigung ausscheiden mußte, wenn er aus demselben Grund auch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist. Als bei Eintritt des Versicherungsfalles pflichtversichert gilt ferner ein beitragsfrei Versicherter, der auf Grund einer vom Mitglied aus betrieblichen Gründen ausgesprochenen Kündigung oder auf Grund eines vom Mitglied aus betrieblichen Gründen veranlaßten Auflösungsvertrages aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist, wenn er im Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses das 58. Lebensjahr vollendet und mindestens 240 Umlagemonate zurückgelegt hatte. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erneut Versicherungspflicht bei der Kasse oder bei einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung, mit der ein Überleitungsabkommen besteht, entstanden ist.“
9. In § 30 Abs. 2 Satz 1 Buchst. b werden nach den Worten „zurückgelegt sind“ die Worte „von denen mindestens 96 auf die letzten 120 Kalendermonate vor der Antragstellung entfallen,“ eingefügt.
10. § 31 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Buchstabe a wird wie folgt geändert:
- a<sub>1</sub>) In Doppelbuchstabe aa werden die Paragraphenbezeichnungen „1315, 1319“, „94, 98“ und „105, 108 a“ gestrichen.
- b<sub>1</sub>) In Doppelbuchstabe cc wird der Strichpunkt durch ein Komma ersetzt.
- c<sub>1</sub>) Es wird folgender Doppelbuchstabe dd eingefügt:  
 „dd) nach § 1323 RVO, § 102 AVG oder § 108 e RKG vermindert wäre;“
- bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:  
 „Stehen die Bezüge im Sinne des Satzes 1 Buchst. a nur für einen Teil eines Monats zu, sind sie in Höhe des vollen Monatsbetrages zu berücksichtigen.“
- b) Absatz 3 wird Absatz 4 und erhält folgende Fassung:  
 „(4) Erreicht die Versorgungsrente nach Absatz 1 und 3 nicht den Betrag, der sich als Versorgungsrente bei Anwendung der §§ 35, 35 a ergeben würde, so ist dieser Betrag als Versorgungsrente zu zahlen.“
- c) Absatz 4 (alt) wird Absatz 3 und erhält folgende Fassung:  
 (3) Hat der Versorgungsrentenberechtigte auch Beiträge zur freiwilligen Weiterversicherung entrichtet, wird zur Versorgungsrente nach Absatz 1 ein Erhöhungsbeitrag von monatlich 1,25 v. H. der Summe dieser Beiträge gezahlt.“
11. § 32 wird wie folgt geändert:
- a) Es werden folgende Absätze 3 a bis 3 c eingefügt:
- „(3a) Die Gesamtversorgung ist auf den sich aus Absatz 3 b ergebenden Vohundertsatz des nach Absatz 3 c zu errechnenden fiktiven Nettoarbeitsentgelts begrenzt.
- (3b) Der Vohundertsatz im Sinne des Absatzes 3 a beträgt in den Fällen des Absatzes 2 bis zur Vollendung einer gesamtversorgungsfähigen Zeit von zehn Jahren 45 v. H.; er steigt in den folgenden 15 Jahren der gesamtversorgungsfähigen Zeit um jährlich 2,33 v. H. und in den folgenden zehn Jahren der gesamtversorgungsfähigen Zeit um jährlich 1 v. H. In den Fällen des Absatzes 3 beträgt der Vohundertsatz bis zur Vollendung einer gesamtversorgungsfähigen Zeit von fünf Jahren 20 v. H.; er steigt in den folgenden zwölf Jahren der gesamtversorgungsfähigen Zeit um jährlich 2 v. H. und in den weiteren Jahren der gesamtversorgungsfähigen Zeit um jährlich 2,33 v. H.
- (3c) Das fiktive Nettoarbeitsentgelt ist dadurch zu errechnen, daß von dem gesamtversorgungsfähigen Entgelt



- a) bei einem am Tag des Beginns der Versorgungsrente (§ 52) nicht dauernd getrennt lebenden verheirateten Versorgungsrentenberechtigten sowie bei einem Versorgungsrentenberechtigten, der an diesem Tag Anspruch auf Kindergeld oder eine entsprechende Leistung für mindestens ein Kind hat, der Betrag, der an diesem Tag als Lohnsteuer (ohne Kirchenlohnsteuer) nach Steuerklasse III/0 zu zahlen wäre,
- b) bei allen übrigen Versorgungsrentenberechtigten der Betrag, der am Tag des Beginns der Versorgungsrente als Lohnsteuer (ohne Kirchenlohnsteuer) nach Steuerklasse I/0 zu zahlen wäre,
- sowie
- c) die Beträge, die als Arbeitnehmeranteile an den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Arbeitsförderungsgesetz nach Maßgabe der am Tag des Beginns der Versorgungsrente geltenden Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen zu zahlen wären,

abgezogen werden. <sup>2</sup>Lohnsteuer im Sinne des Satzes 1 Buchst. a und b ist ein Zwölftel der Jahreslohnsteuer, die sich nach der allgemeinen Jahreslohnsteuertabelle für das Zwölfwache des gesamtversorgungsfähigen Entgelts — vermindert um den Weihnachtsfreibetrag nach § 19 Abs. 3 EStG — ergibt. <sup>3</sup>Arbeitnehmeranteile im Sinne des Satzes 1 Buchst. c sind die Beträge, die als Arbeitnehmeranteile zu zahlen wären, wenn der Versorgungsrentenberechtigte in der gesetzlichen Krankenversicherung, der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Arbeitsförderungsgesetz versicherungspflichtig und mit dem gesamtversorgungsfähigen Entgelt beitragspflichtig wäre. <sup>4</sup>Für den Krankenversicherungsbeitrag ist der durchschnittliche Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkasse für versicherungspflichtige Arbeitnehmer mit Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zugrunde zu legen, der für den Monat Juli des dem Jahr des Beginns der Versorgungsrente vorangegangenen Kalenderjahres vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung festgestellt worden ist.

- b) In Absatz 4 werden die Worte „Absatz 2 oder Absatz 3“ durch die Worte „den Absätzen 2 bis 3 c“ ersetzt.

- c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Buchstaben b und c erhalten folgende Fassung:

„b) der

- aa) während der letzten 180 Monate vor Eintritt des Versicherungsfalles ununterbrochen im Arbeitsverhältnis bei demselben Mitglied oder dessen Rechtsvorgänger gestanden und in diesem Zeitraum mindestens 168 Umlagemonate zurückgelegt hat oder

- bb) während der letzten 360 Monate vor Eintritt des Versicherungsfalles ununterbrochen pflichtversichert gewesen ist und in diesem Zeitraum mindestens 336 Umlagemonate zurückgelegt hat

und

- c) mit dem in den in Buchstabe b genannten 180 bzw. 360 Monaten keine kürzere als die jeweilige durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit eines entsprechenden Vollbeschäftigten vereinbart gewesen ist,“

- b) Die Worte „, jedoch höchstens 75 v. H. des gesamtversorgungsfähigen Entgelts“ werden gestrichen.

- bb) In Satz 2 werden die Worte „, als Unterbrechung gilt ein Sonderurlaub ohne Fortzahlung von Arbeitsentgelt, sofern er sechs Monate übersteigt“ gestrichen.

12. In § 33 wird folgender Absatz 2 a eingefügt:

„(2a) In den Fällen des § 28 Abs. 5 werden Zeiten im Sinne des Absatzes 2 nicht berücksichtigt, die nach der Beendigung der Pflichtversicherung liegen.“

13. § 34 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Gesamtversorgungsfähiges Entgelt ist der nach den Sätzen 2 und 3 berechnete monatliche Durchschnitt des um die in den Sätzen 4, 5 und 7 genannten Teile verminderten zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Regelentgelt), für das für die letzten drei Kalenderjahre vor dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles Umlagen entrichtet worden sind.“

- bb) Es werden folgende Sätze 4 bis 7 angefügt:

„Gesamtversorgungsfähiges Entgelt ist ferner der nach Satz 6 berechnete monatliche Durchschnitt der Teile des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Sonderentgelt), die für die letzten zehn Kalenderjahre vor dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles für Arbeitsleistungen oder für sonstige vom Arbeitgeber veranlaßte Inanspruchnahmen außerhalb der tarifvertraglich oder arbeitsvertraglich vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit — gegebenenfalls pauschaliert — gezahlt worden sind, wenn der monatliche Durchschnitt dieser Entgeltsbestandteile 2,5 v. H. des gesamtversorgungsfähigen Entgelts nach Satz 1 nicht unterschreitet und soweit er 35 v. H. dieses Entgelts nicht überschreitet. <sup>5</sup>Sonderentgelt im Sinne des Satzes 4 sind die Teile des Arbeitsentgelts, die gezahlt worden sind

- a) für Überstunden (einschließlich des Zeitzuschlags für Überstunden),
- b) für sonstige Arbeitsleistungen, für die das Entgelt für Überstunden gezahlt worden ist,
- c) für Arbeitsbereitschaft außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit und für Bereitschaftsdienst,
- d) für Rufbereitschaft (einschließlich der Teile des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts, die für die Heranziehung zur Arbeitsleistung gezahlt worden sind),
- e) für Arbeitsstunden, die ein Arbeitnehmer, mit dem arbeitsvertraglich eine geringere als die tarifvertragliche durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vereinbart ist, über die arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinaus geleistet hat.

<sup>6</sup>Für die Berechnung des Durchschnitts gelten die Sätze 2 und 3 mit der Maßgabe, daß an die Stelle von drei Kalenderjahren zehn Kalenderjahre treten. <sup>7</sup>Die Sätze 4 bis 6 gelten, wenn dies durch Tarifvertrag vereinbart ist, entsprechend für die Teile des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts, die auf Grund tarifvertraglich vereinbarter Leistungs- oder Prämienlohnsysteme für Waldarbeiter das Arbeitsentgelt übersteigen, das bei Zeitlohnarbeit zusatzversorgungspflichtig gewesen wäre.“

- b) Absatz 1 a wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Worte „im Sinne des Absatzes 1 Satz 3“ durch die Worte „der letzten drei Kalenderjahre“ ersetzt und die Worte „— für die Zeit vor dem 1. Januar 1978 kein beitragspflichtiges —“ gestrichen.

- bb) Es wird folgender Satz 4 angefügt:

„Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für die Anwendung des Absatzes 1 Satz 4 bis 7.“

- c) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „— für die Zeit vor dem 1. Januar 1978 Pflichtbeiträge —“ gestrichen und nach den Worten „eingetreten ist,“ die Worte „ohne Entgeltsbestandteile nach Absatz 1 Satz 4, 5 und 7“ eingefügt.

- d) Absatz 4 wird unter Beibehaltung der Absatzbezeichnung gestrichen.

- e) In Absatz 6 werden die Worte „es ist nach § 47 Abs. 3 anzupassen“ durch die Worte „es ist für die Zeit vom Tag nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses bis zum Ablauf des Tags des Beginns der Versorgungsrente (§ 52) entsprechend Absatz 1 Satz 2 anzupassen“ ersetzt.

14. § 34 a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Buchst. a werden die Worte „regelmäßige Arbeitszeit“ durch die Worte „regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit“ ersetzt.

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„In den Fällen des Absatzes 1 Buchst. a wird für jeden Versicherungsabschnitt (§ 11 Abs. 3) der Quotient festgestellt, der dem Verhältnis entspricht, in dem die Zahl der für den Versicherungsabschnitt arbeitsver-

- traglich vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitsstunden zu der Zahl der tarifvertraglich vereinbarten oder betriebsüblichen durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitsstunden eines entsprechenden vollbeschäftigten Arbeitnehmers gestanden hat (Beschäftigungsquotient).“
- bb) Satz 2 wird gestrichen; die Sätze 3 bis 10 werden Sätze 2 bis 9.
- cc) In Satz 8 (neu) wird nach dem Wort „steht“ folgender Halbsatz angefügt:  
„, höchstens wird der Beschäftigungsquotient jedoch mit 1,00 berücksichtigt“.
- dd) In Satz 9 (neu) wird die Zahl „6“ durch die Zahl „5“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:  
„Für die Anwendung des § 34 Abs. 1 Satz 1 bis 3, Abs. 2 und 6 ist das um die in § 34 Abs. 1 Satz 4 und 5 genannten Entgeltsbestandteile verminderte zusatz-versorgungspflichtige Entgelt der Versicherungsabschnitte, in denen der Beschäftigungsquotient weniger als 1,00 betragen hat, entsprechend dem Verhältnis des Beschäftigungsquotienten zu 1,00 hochzurechnen.“
- bb) In Satz 2 werden die Worte „entsprechend dem für dieses Kalenderjahr festgestellten Beschäftigungsquotienten auf 1“ durch die Worte „entsprechend dem Verhältnis des für dieses Kalenderjahr festgestellten Beschäftigungsquotienten zu 1,00“ ersetzt.
- cc) Satz 3 wird gestrichen.
- d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Worte „unter Berücksichtigung des Absatzes 3 errechnete“ gestrichen.
15. In § 35 a Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „, 2 und 4“ durch die Worte „und 2“ ersetzt.
16. § 40 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 Buchst. a wird wie folgt geändert:
- aa) In Doppelbuchstabe aa werden die Paragraphenbezeichnungen „, 1315, 1319“, „, 94, 98“ und „, 105, 108 a“ gestrichen.
- bb) In Doppelbuchstabe dd wird der Strichpunkt durch ein Komma ersetzt.
- cc) Es wird folgender Doppelbuchstabe ee eingefügt:  
„ee) sie nicht nach § 1323 RVO, § 102 AVG oder § 108 e RKG vermindert wäre;“.
- b) Absatz 5 wird Absatz 6, und es werden die Worte „§ 31 Abs. 3“ durch die Worte „§ 31 Abs. 4“ ersetzt.
- c) Absatz 6 (alt) wird Absatz 5 und es werden die Worte „so erhöht sich die Versorgungsrente nach Absatz 1 oder Absatz 5 monatlich um den Betrag von 0,75 v. H. der Summe dieser Beiträge“ durch die Worte „so wird zur Versorgungsrente nach Absatz 1 ein Erhöhungsbetrag von monatlich 0,75 v. H. der Summe dieser Beiträge gezahlt“ ersetzt.
17. § 41 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 5 Buchst. a wird wie folgt geändert:
- aa) In Doppelbuchstabe aa werden die Paragraphenbezeichnungen „, 1315, 1319“, „, 94, 98“ und „, 105, 108 a“ gestrichen.
- bb) In Doppelbuchstabe cc wird der Strichpunkt durch ein Komma ersetzt.
- cc) Es wird folgender Doppelbuchstabe dd eingefügt:  
„dd) nach § 1323 RVO, § 102 AVG oder § 108 e RKG vermindert wäre;“.
- b) Absatz 6 wird Absatz 7, und es werden die Worte „§ 31 Abs. 3“ durch die Worte „§ 31 Abs. 4“ ersetzt.
- c) Absatz 7 (alt) wird Absatz 6, und es werden die Worte „so erhöht sich die Versorgungsrente nach Absatz 1 oder Absatz 6 bei einer Halbweise monatlich um den Betrag von 0,15 v. H., bei einer Vollweise um den Betrag von 0,25 v. H. der Summe dieser Beiträge“ durch die Worte „so wird zur Versorgungsrente nach Absatz 1 ein Erhöhungsbetrag von 0,15 v. H. der Summe dieser Beiträge bei einer Halbweise bzw. 0,25 v. H. bei einer Vollweise gezahlt“ ersetzt.
18. § 42 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden die Worte „§ 40 Abs. 5“, „§ 41 Abs. 6“ und „§ 31 Abs. 3“ durch die Worte „§ 40 Abs. 6“, „§ 41 Abs. 7“ und „§ 31 Abs. 4“ ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Worte „§ 40 Abs. 6“, „§ 41 Abs. 7“ und „§ 31 Abs. 4“ durch die Worte „§ 40 Abs. 5“, „§ 41 Abs. 6“ und „§ 31 Abs. 3“ ersetzt.
19. § 46 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Buchstabe a werden die Worte „§ 40 Abs. 5 oder § 41 Abs. 6 und die Erhöhungsbeträge nach § 40 Abs. 6 oder § 41 Abs. 7“ durch die Worte „§ 40 Abs. 6 oder § 41 Abs. 7“ ersetzt.
- b) In Buchstabe b werden die Worte „§ 31 Abs. 3 und der Erhöhungsbetrag nach § 31 Abs. 4“ durch die Worte „§ 31 Abs. 4“ ersetzt.
20. § 46 a wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 Buchst. h werden die Worte „, gegebenenfalls nach Anpassung nach § 47 Abs. 1 Satz 1,“ gestrichen.
- bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Die Neuberechnung ist nach den für die Erstberechnung geltenden Vorschriften, bezogen auf den Tag des Beginns der neu berechneten Versorgungsrente (§ 32 Abs. 3), durchzuführen, soweit sich aus den Absätzen 2 bis 7 nichts anderes ergibt.“
- b) Die Absätze 2 bis 8 erhalten folgende Fassung:
- „(2) § 32 Abs. 3 a bis 3 c ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß
- a) die Steuertabelle, die Beitragssätze und Beitragssbemessungsgrenzen, die am Tag des Beginns der neu berechneten Versorgungsrente (§ 42 Abs. 3) maßgebend sind, und
- b) die bisher maßgebende Steuerklasse zugrunde zu legen sind. War bisher die Steuerklasse I/0 maßgebend, ist auf vorherigen Antrag vom Beginn der neu berechneten Versorgungsrente an die Steuerklasse III/0 zugrunde zu legen, wenn eine der Voraussetzungen des § 32 Abs. 3 c Satz 1 Buchst. a eingetreten ist. War bisher die Gesamtversorgung nach § 32 Abs. 2 berechnet, findet § 32 Abs. 3 keine Anwendung
- (3) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Buchst. a sind Umlagemonate, die nach dem Beginn der neu zu berechnenden Versorgungsrente zurückgelegt worden sind, nur zu berücksichtigen, wenn ein neuer Versicherungsfall im Sinne des § 30 Abs. 1 oder 2 eingetreten ist. War bisher die gesamtversorgungsfähige Zeit nach § 97 Abs. 5 berechnet, so ist mindestens diese Zeit zu berücksichtigen.
- (4) Für die Neuberechnung ist, vorbehaltlich der Sätze 2 und 3, vom bisherigen gesamtversorgungsfähigen Entgelt auszugehen. In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Buchst. a und b ist gesamtversorgungsfähiges Entgelt mindestens das sich bei Beginn der neu berechneten Versorgungsrente (§ 42 Abs. 3) aus § 34 Abs. 3 ergebende gesamtversorgungsfähige Entgelt, wenn die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 bei Eintritt des Versicherungsfalles, der zur neu zu berechnenden Versorgungsrente geführt hat, vorgelegen haben. Ist die Neuberechnung wegen des Eintritts eines neuen Versicherungsfalles nach Absatz 1 Satz 1 Buchst. c oder auf Grund des Absatzes 1 Satz 1 Buchst. c Doppelbuchstabe aa nach Absatz 1 Satz 1 Buchst. a durchzuführen und ist der Versorgungsrentenberechtigte bei Eintritt des neuen Versicherungsfalles pflichtversichert, so ist, wenn dies günstiger ist, von dem sich aus § 34 ergebenden gesamtversorgungsfähigen Entgelt auszugehen.
- (5) Waren bisher Bezüge im Sinne des § 31 Abs. 2 Buchst. c und d, § 40 Abs. 3 Buchst. c und d oder § 41 Abs. 5 Buchst. c und d berücksichtigt, sind diese Bezüge in der Höhe zu berücksichtigen, in der sie ohne die Neuberechnung am Tag des Beginns der neu berechneten Versorgungsrente berücksichtigt worden wären. Hat ein Arbeitgeber im Sinne des § 55 Abs. 5 nach dem Beginn der neu zu berechnenden Versorgungsrente Zuschüsse zu Beiträgen im Sinne des § 31 Abs. 2 Buchst. c oder d gezahlt, sind die sich hieraus ergebenden Bezüge den bisher berücksichtigten Bezügen hinzuzurechnen, wenn die Neuberechnung erfolgt, weil ein neuer Versicherungsfall (Absatz 4 Satz 3) eingetreten ist.
- (6) War die Gesamtversorgung bisher nach § 32 Abs. 5 berechnet, ist, wenn dies günstiger ist, die Gesamtversorgung weiterhin nach dieser Vorschrift zu berechnen, es sei denn, daß der Versorgungsrentenberechtigte nicht mehr erwerbsunfähig, sondern berufsunfähig

hig ist. Ist § 32 Abs. 5 bisher nur deshalb nicht angewendet worden, weil der Versorgungsrentenberechtigte berufsunfähig war, und ist er erwerbsunfähig geworden oder ist bei ihm ein Versicherungsfall im Sinne des § 30 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c bis f oder Abs. 2 eingetreten, so ist die Gesamtversorgung nach § 32 Abs. 5 zu berechnen, wenn dies günstiger ist.

(7) Sind in den Fällen des Absatzes 1 die Voraussetzungen für die Neuberechnung der Versorgungsrente in der Person eines Hinterbliebenen gegeben, so sind, wenn mehrere Hinterbliebene vorhanden sind, die Versorgungsrenten aller Hinterbliebenen neu zu berechnen.

(8) Vom Beginn der neu berechneten Versorgungsrente (§ 52 Abs. 3) an sind die sich bei der Neuberechnung ergebenden Beträge

- a) gesamtversorgungsfähiges Entgelt,
- b) Gesamtversorgung,
- c) zu berücksichtigende Bezüge nach § 31 Abs. 2, § 40 Abs. 3 und § 41 Abs. 5 und
- d) Versorgungsrente im Sinne der Satzung.“

21. § 47 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) <sup>1</sup>Werden nach dem Tag des Beginns der Versorgungsrente (§ 52) die Versorgungsbezüge der Versorgungsempfänger des Bundes, deren Versorgungsbezügen ein Ortszuschlag nicht zugrunde liegt, infolge von Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse allgemein erhöht oder vermindert, wird das gesamtversorgungsfähige Entgelt zu demselben Zeitpunkt und in dem gleichen Ausmaß angepaßt. <sup>2</sup>Die Versorgungsrente ist, ausgehend von dem nach Satz 1 angepaßten Entgelt, unter Beibehaltung der bisherigen gesamtversorgungsfähigen Zeit und, vorbehaltlich des Absatzes 2, der bisher zu berücksichtigenden Bezüge — im übrigen nach den für die Erstberechnung geltenden Vorschriften — neu zu errechnen. <sup>3</sup>§ 32 Abs. 3 a bis 3 c ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß

- a) die Steuertabelle, die Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen, die im Anpassungszeitpunkt maßgebend sind, und
- b) die bisher maßgebende Steuerklasse zugrunde zu legen sind. <sup>4</sup>War bisher die Steuerklasse I/0 maßgebend, ist auf vorherigen Antrag vom Anpassungszeitpunkt an die Steuerklasse III/0 zugrunde zu legen, wenn eine der Voraussetzungen des § 32 Abs. 3 c Satz 1 Buchst. a eingetreten ist.“

b) Absatz 3 wird gestrichen.

c) Absatz 4 wird Absatz 3 und erhält folgende Fassung:

„(3) Vom Anpassungszeitpunkt an sind die sich bei der Neuerrechnung ergebenden Beträge

- a) gesamtversorgungsfähiges Entgelt,
- b) Gesamtversorgung,
- c) zu berücksichtigende Bezüge nach § 31 Abs. 2, § 40 Abs. 3 und § 41 Abs. 5 und
- d) Versorgungsrente im Sinne der Satzung.“

22. § 50 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt, und es wird folgender Halbsatz angefügt: „Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend.“

b) In Absatz 3 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:

„Ist eine Versicherungsrente nach Absatz 2 abzufinden, zu deren Ausgleich nach § 1587 BGB durch Entscheidung eines Familiengerichts nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich Rentenanswartschaften bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung begründet worden sind, errechnet sich der Abfindungsbetrag aus dem unter Berücksichtigung des durchgeführten Versorgungsausgleichs gekürzten Betrag der Versicherungsrente. <sup>4</sup>Dies gilt auch dann, wenn die Versicherungsrente vor der Abfindung noch ungekürzt zu zahlen war.“

23. § 51 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Hat sich die Versorgungsrente wegen einer Anpassung nach § 47 oder wegen einer Neuberechnung nach

§ 46 a geändert, so hat der Berechtigte Überzahlungen nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 auszugleichen.“

b) Es wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Zur Vermeidung von Überzahlungen kann die Kasse laufende Rentenzahlungen vorübergehend herabsetzen und als Vorschuß gewähren, wenn die Voraussetzungen für eine Neuberechnung im Sinne von Absatz 1 eingetreten sind oder demnächst eintreten werden.“

24. In § 52 a Abs. 1 werden die Worte „(einschließlich des Betrages der Versorgungsrente im Sinne des § 31 Abs. 3 und 4)“ durch die Worte „nach § 31 Abs. 1 und 3 oder Abs. 4“ ersetzt.

25. § 53 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird unter Beibehaltung der Absatzbezeichnung gestrichen.
- b) Absatz 2 Satz 2 wird gestrichen.
- c) In Absatz 6 werden die Worte „von der Bestellung eines Bevollmächtigten im Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin abhängig machen.“ durch die Worte „davon abhängig machen, daß der Berechtigte einen Empfangsberechtigten im Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin benennt oder der Berechtigte die Auszahlung der Versorgungsrente auf ein auf seinen Namen lautendes Konto im Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin ermöglicht.“ ersetzt.

26. § 55 Absatz 7 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„In den Fällen der Absätze 2 bis 6 ist jedoch die Versorgungsrente in Höhe des Betrages nach § 31 Abs. 4 oder § 40 Abs. 6 oder § 41 Abs. 7 zu zahlen.“

27. § 56 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„<sup>2</sup>Es ist jedoch der Betrag zu zahlen, der sich bei Anwendung des § 35 sowie der §§ 43 bis 45 — jeweils ohne Berücksichtigung des § 35 a — ergeben würde.“

28. § 62 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Übersteigt das monatliche zusatzversorgungspflichtige Entgelt (Absatz 7) die Summe aus Endgrundvergütung und Ortszuschlag eines kinderlos verheirateten Angestellten der Vergütungsgruppe I BAT (VKA) — jährlich einmal einschließlich der Zuwendung —, so ist eine zusätzliche Umlage in Höhe von 9 v. H. des übersteigenden Betrages zu entrichten.“

b) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „ist“ die Worte „, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist,“ eingefügt.
- bb) In Satz 2 werden die Worte „Unberücksichtigt bleiben jedoch“ durch die Worte „Kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt sind“ ersetzt.
- cc) In Satz 3 werden die Worte „Unberücksichtigt bleibt ferner das zusatzversorgungspflichtige Entgelt, soweit es“ durch die Worte „Kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt ist ferner der Teil des steuerpflichtigen Arbeitslohnes, der“ ersetzt.
- dd) In Satz 6 werden die Worte „auf Grund einer gesetzlichen oder tarifvertraglichen Vorschrift“ durch die Worte „in den Fällen des § 28 Abs. 5 Satz 1“ ersetzt.

29. § 64 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„<sup>1</sup>Der Pflichtversicherte, der eine Versorgungsabfindung nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) erhält, kann für die Monate seiner Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag, für die bei bestehender Pflichtversicherung Umlagen nicht entrichtet worden sind, diese in der Höhe nachentrichten, die sich aus dem im Kalenderjahr vor dem Beginn der Mitgliedschaft im Bundestag bezogenen, nach § 47 Abs. 1 Satz 1 angepaßten durchschnittlichen monatlichen zusatzversorgungspflichtigen Entgelt und dem jeweils geltenden Umlagesatz ergibt.“

b) In Absatz 4 Satz 3 werden die Worte „bzw. Pflichtbeiträge“ gestrichen.

30. In § 66 Abs. 2 wird folgender Satz 2 angefügt:

„<sup>2</sup>Sind zum Ausgleich der Anwartschaft auf Versicherungsrente nach § 1587 BGB durch Entscheidung eines Familiengerichts nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich Rentenanswartschaften bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung begründet wor-

den, beschränkt sich die Erstattung auf den Teil der Beiträge, der dem Verhältnis entspricht, in dem der auf Grund der Durchführung des Versorgungsausgleichs sich ergebende Kürzungsbetrag zu dem Betrag der ungekürzten Versicherungsrente steht."

31. § 67 Abs. 3 a wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „§ 1303 Abs. 1 RVO, § 82 Abs. 1 AVG oder § 95 Abs. 1 RKG“ durch die Worte „§ 1303 Abs. 1, § 1322 Nr. 4 RVO, § 82 Abs. 1, § 101 Nr. 4 AVG oder § 95 Abs. 1, § 108 d Nr. 4 RKG“ ersetzt.

b) Es wird folgender Satz 4 angefügt:

„Sind zum Ausgleich einer Rentenanzwartschaft nach § 1587 BGB durch Entscheidung eines Familiengerichts nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich Rentenanzwartschaften bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung begründet worden, beschränkt sich die Rückzahlung auf den Teil der Beiträge, der dem Verhältnis entspricht, in dem der auf Grund der Durchführung des Versorgungsausgleichs sich ergebende Kürzungsbetrag zu dem Betrag der ungekürzten Versicherungsrente steht.“

32. In § 68 Abs. 2 wird das Komma nach dem Wort „Kulturorchester“ durch „und“ ersetzt und es werden die Worte „und die Bremische Ruhelohnkasse“ gestrichen.

33. Dem § 81 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) <sup>1</sup>Arbeitnehmer, die bis zum 31. Dezember 1984 nach § 17 Abs. 3 Buchst. e bis g oder auf Grund § 17 Abs. 5 Satz 1 Buchst. a oder c in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung nicht pflichtversichert waren, unterliegen weiterhin nicht der Versicherungspflicht, wenn sie dies bis spätestens 30. Juni 1985 schriftlich bei der Kasse beantragen. <sup>2</sup>Die von der Kasse auszusprechende Befreiung von der Versicherungspflicht ist endgültig.“

34. In § 84 Abs. 2 werden die Worte „§ 31 Abs. 3, § 40 Abs. 5 und § 41 Abs. 6“ durch die Worte „den bis 31. Dezember 1984 geltenden Fassungen der §§ 31 Abs. 3, 40 Abs. 5 und 41 Abs. 6“ ersetzt.

35. § 87 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „Gesamtversorgungsfähig im Sinne des § 33 Abs. 1 sind“ durch die Worte „Als Umlagemonate gelten“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Gesamtversorgungsfähig im Sinne des § 33 Abs. 1 sind“ durch die Worte „Als Umlagemonate gelten“ ersetzt.

bb) Es wird folgender Satz 5 angefügt:

„Als Unterbrechung im Sinne des Satzes 1 gelten nicht die Zeit des Bezugs einer Versorgungsrente und die Zeiten einer Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses in den in § 28 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a und b und Abs. 5 genannten Fällen.“

36. In § 89 Abs. 1 Satz 1 wird der Punkt nach dem Wort „erstattet“ durch einen Strichpunkt ersetzt, und es wird folgender Halbsatz angefügt:

„§ 66 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.“

37. § 92 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Zitat „§ 31 Abs. 3“ durch das Zitat „§ 31 Abs. 4“ ersetzt.

bb) In Satz 5 werden die Worte „a oder b“ durch die Worte „a und b und Abs. 5“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird das Zitat „§ 31 Abs. 3“ durch das Zitat „§ 31 Abs. 4“ ersetzt.

c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „(§ 40 Abs. 5, § 41 Abs. 6)“ durch die Worte „(§ 40 Abs. 6, § 41 Abs. 7)“ ersetzt.

d) In Absatz 4 Satz 1 und 2 wird jeweils das Zitat „§ 31 Abs. 3“ durch das Zitat „§ 31 Abs. 4“ ersetzt.

e) Absatz 5 wird gestrichen.

38. Nach § 98 werden die Worte

„Siebter Teil  
Inkrafttreten“

durch die Worte

„Abschnitt V  
Sonderbestimmungen“

ersetzt.

39. Es werden folgende §§ 99 bis 106 eingefügt:

#### „§ 99

#### Übergangsregelung zu § 32 Abs. 5

Für die Anwendung des § 32 Abs. 5 ist von einem um 7,21 v. H. erhöhten Mindestruhegehalt auszugehen.

#### § 100

#### Übergangsregelung zu § 47

(1) <sup>1</sup>Bestand am 31. Dezember 1984 noch ein Anspruch auf Versorgungsrente in Höhe der Besitzstandsrente nach § 2 Nr. 2 Abs. 3 der 22. Änderung der Satzung, so bleibt die Besitzstandsrente weiterhin maßgebend für die Höhe der Versorgungsrente. <sup>2</sup>Die Besitzstandsrente gilt als Versorgungsrente im Sinne der Satzung, sie nimmt jedoch an Erhöhungen nach § 47 Abs. 1 nicht teil.

(2) <sup>1</sup>Die Besitzstandsrente vermindert sich bei jeder Erhöhung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die nach dem 31. Dezember 1984 erfolgt, jeweils zum Zeitpunkt dieser Erhöhung um ein Fünftel des bei der erstmaligen Anwendung des § 47 Abs. 2 festgestellten Unterschiedsbetrages zwischen der Besitzstandsrente und der neuen Versorgungsrente. <sup>2</sup>Der Anspruch auf die Besitzstandsrente erlischt, wenn die nach § 47 Abs. 1 neu errechnete Versorgungsrente — zuzüglich Ausgleichsbetrag (§ 103) — den Betrag der Besitzstandsrente erreicht oder wenn ein Neuberechnungsfall nach § 46 a eintritt; er erlischt spätestens mit der fünften auf den 1. Januar 1982 folgenden Erhöhung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

#### § 101

#### Übergangsregelung zu § 28 Abs. 5, §§ 33 und 34

(1) § 28 Abs. 5 Satz 1 in der vom 1. Januar 1985 an geltenden Fassung gilt auch für einen beitragsfrei Versicherten, der auf Grund eines Tarifvertrages, der unter bestimmten Voraussetzungen das Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis vor Eintritt des Versicherungsfalles vorsieht, aus der Beschäftigung und aus demselben Grund aus dem Arbeitsverhältnis und damit aus der Pflichtversicherung ausgeschieden ist, wenn

a) das Mitglied, über das der beitragsfrei Versicherte zuletzt pflichtversichert gewesen ist,

aa) die Mitgliedschaft bereits vor dem 1. Januar 1983 erworben hat,

bb) vor dem 1. Januar 1983 hinsichtlich des vorgenannten Tarifvertrages tarifgebunden gewesen ist

und

b) der Pflichtversicherte nach der am 31. Dezember 1983 geltenden Fassung des vorgenannten Tarifvertrages ebenfalls hätte ausscheiden müssen.

(2) § 28 Abs. 5 und § 33 Abs. 2 a in der vom 1. Januar 1985 an geltenden Fassung sind nur anzuwenden, wenn das Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis nach dem 31. Dezember 1984 liegt; in den übrigen Fällen gilt § 28 Abs. 5 in der am 31. Dezember 1984 geltenden Fassung.

(3) Hat in den Fällen des § 28 Abs. 5 Satz 1 der Versorgungsrentenberechtigten am 31. Dezember 1984 Anspruch auf eine Übergangsversorgung nach einem für die Mitglieder nach § 10 Abs. 1 Buchst. a geltenden Manteltarifvertrag, ist gesamtversorgungsfähiges Entgelt im Sinne des § 34 Abs. 6 mindestens das Entgelt, das der Berechnung der Übergangsversorgung zugrunde zu legen war.

#### § 102

#### Übergangsregelung zu § 31 Abs. 3 und 4

<sup>1</sup>§ 31 Abs. 3 und 4 in der vom 1. Januar 1985 an geltenden Fassung ist nicht anzuwenden, wenn der Versicherungsfall, der zur neu zu berechnenden oder neu zu errechnenden Versorgungsrente geführt hat, vor dem 1. Januar 1985 eingetreten ist; in diesen Fällen gilt § 31 Abs. 3 und 4 in der am 31. Dezember 1984 geltenden Fassung. <sup>2</sup>Dies gilt auch für die Anwendung des § 31 Abs. 4 in Verbindung mit § 40 Abs. 6 oder § 41 Abs. 7 bei Hinterbliebenen eines unter Satz 1 fallenden Versorgungsrentenberechtigten.

#### § 103

#### Übergangsregelung zu § 32 für Versorgungsrentenberechtigte und versorgungsrentenberechtigte Hinterbliebene

(1) <sup>1</sup>Für den Versorgungsrentenberechtigten und den versorgungsrentenberechtigten Hinterbliebenen, dessen Versor-

gungsrente spätestens am 31. Dezember 1984 begonnen hat, gilt § 32 mit der Maßgabe, daß

- a) in Absatz 3 b jeweils an die Stelle der Zahl „2,33“ die Zahl „2,35“ sowie an die Stelle der Zahl „1“ die Zahl „1,15“ tritt,
- b) auch in den Fällen des Absatzes 3 c Satz 1 Buchst. b die Steuerklasse III/0 zugrunde zu legen ist,
- c) die in Absatz 5 Satz 1 Buchst. b Doppelbuchst. aa geforderte Mindestumlagezeit nicht gilt und Absatz 5 Satz 1 Buchst. b Doppelbuchst. bb nicht anzuwenden ist.

<sup>2</sup>Satz 1 gilt auch für Hinterbliebene eines nach dem 31. Dezember 1984 verstorbenen Versorgungsrentenberechtigten im Sinne des Satzes 1.

- (2) <sup>1</sup>Die Versorgungsrente der in Absatz 1 Satz 1 genannten Berechtigten ist zum 1. Januar 1985 neu zu errechnen. <sup>2</sup>Für die Neuerrechnung sind die bisherige gesamtversorgungsfähige Zeit und die bisher zu berücksichtigenden Bezüge zugrunde zu legen. <sup>3</sup>Das bisherige gesamtversorgungsfähige Entgelt ist ohne Berücksichtigung des § 34 Abs. 4 in der am 31. Dezember 1984 geltenden Fassung zugrunde zu legen. <sup>4</sup>§ 32 Abs. 3 c in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 Buchst. b ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Steuertabelle, die Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen zugrunde zu legen sind, die am 1. Januar 1985 maßgebend sind. <sup>5</sup>Die Gesamtversorgung ist nach § 32 Abs. 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 Buchst. c zu berechnen, wenn der Versorgungsrentenberechtigte bei Eintritt des Versicherungsfalles, der zu der neu zu errechnenden Versorgungsrente geführt hat, die Voraussetzungen des § 32 Abs. 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 Buchst. c erfüllt hatte, es sei denn, der Versorgungsrentenberechtigte ist am 1. Januar 1985 nicht mehr erwerbsunfähig, sondern berufs-unfähig. <sup>6</sup>Ist bisher § 34 a auf Grund des § 2 Nr. 1 Abs. 2 der 22. Änderung der Satzung angewandt worden, so ist § 34 a weiterhin anzuwenden. <sup>7</sup>War die am 31. Dezember 1984 zustehende Versorgungsrente — ohne Berücksichtigung der Besitzstandsrente nach § 100 — höher als die nach den Sätzen 1 bis 6 neu errechnete Versorgungsrente, so ist der Unterschiedsbetrag neben der jeweiligen Versorgungsrente als Ausgleichsbetrag zu zahlen. <sup>8</sup>Der Ausgleichsbetrag gilt als Versorgungsrente, er wird jedoch nicht nach § 47 Abs. 1 angepaßt. <sup>9</sup>Ist die Versorgungsrente zum 1. Januar 1985 gemäß § 46 a neu zu berechnen oder nach § 47 anzupassen, ist zunächst die Versorgungsrente nach den Sätzen 1 bis 6 zu errechnen.

- (3) <sup>1</sup>Soweit sich aus Satz 4 und den Absätzen 4 bis 6 nichts anderes ergibt, wird der Ausgleichsbetrag bei jeder nach dem 1. Januar 1985 nach § 47 Abs. 1 Satz 1 durchzuführenden Anpassung um ein — auf den nächsten durch 10 teilbaren Pfennigbetrag aufgerundetes — Sechstel des nach Absatz 2 errechneten Ausgleichsbetrags abgebaut. <sup>2</sup>Höchstens wird jeweils der Betrag abgebaut, der sich als Erhöhung der Gesamtversorgung aus der Anpassung ergeben hat. <sup>3</sup>Ist auf Grund des Satzes 2 nach der sechsten Anpassung ein Restbetrag verblieben, wird dieser unter Beachtung des Satzes 2 bei den folgenden Anpassungen abgebaut. <sup>4</sup>Der Abbau nach Satz 1 beginnt frühestens mit der ersten nach dem Wegfall der Besitzstandsrente nach § 100 durchzuführenden Anpassung nach § 47 Abs. 1.

- (4) <sup>1</sup>Bei dem Versorgungsrentenberechtigten, bei dem die Pflichtversicherung

- a) vor dem 1. Januar 1985 geendet hat und bei dem für die Berechnung der Versorgungsrente
  - aa) mindestens 132 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1987,
  - bb) mindestens 252 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1990,
  - cc) mindestens 372 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1993,
  - dd) mindestens 432 Umlagemonate berücksichtigt sind, ist Absatz 3 nicht anzuwenden,
- b) vor dem 1. Januar 1974 geendet hat und bei dem für die Berechnung der Versorgungsrente
  - aa) weniger als 120 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1987,

bb) mindestens 120 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1990,

cc) mindestens 240 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1993,

dd) mindestens 300 Umlagemonate berücksichtigt sind, ist Absatz 3 nicht anzuwenden,

c) vor dem 1. Januar 1967 geendet hat und bei dem für die Berechnung der Versorgungsrente nach § 97 Abs. 5

aa) weniger als 120 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1990,

bb) mindestens 120 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1993,

cc) mindestens 180 Umlagemonate berücksichtigt sind, ist Absatz 3 nicht anzuwenden.

<sup>2</sup>In den Fällen des Satzes 1 Buchst. a Doppelbuchst. cc, Buchst. b Doppelbuchst. cc und Buchst. c Doppelbuchst. bb wird nur der Teil des Ausgleichsbetrags abgebaut, der 2 v. H. des fiktiven Nettoarbeitsentgelts (§ 32 Abs. 3 c) übersteigt, das nach Absatz 2 der Errechnung der Versorgungsrente zugrundegelegt ist. <sup>3</sup>Ist bei der Berechnung der neu zu errechnenden Versorgungsrente § 34 a angewendet worden, ist der Betrag, der sich nach Satz 2 ergibt, entsprechend dem Verhältnis des Gesamtbeschäftigungsquotienten zu 1,00 herabzusetzen, sofern der Gesamtbeschäftigungsquotient zur Kürzung der Gesamtversorgung geführt hat.

- (5) <sup>1</sup>Absatz 4 gilt entsprechend für den am 31. Dezember 1984 schon und am 1. Januar 1985 noch vorhandenen versorgungsrentenberechtigten Hinterbliebenen. <sup>2</sup>Für die Zuordnung nach Absatz 4 Satz 1 Buchst. a bis c ist vom Ende der Pflichtversicherung des verstorbenen Pflichtversicherten oder Versorgungsrentenberechtigten auszugehen. <sup>3</sup>Bei Anwendung des Absatzes 4 Satz 2 treten an die Stelle von 2 v. H. bei der Witwe 1,2 v. H., bei der Halbwaise 0,24 v. H. und bei der Vollwaise 0,4 v. H. des maßgebenden fiktiven Nettoarbeitsentgelts.

- (6) <sup>1</sup>Stirbt nach dem 31. Dezember 1984 ein unter Absatz 1 fallender Versorgungsrentenberechtigter, dem nach den Absätzen 2 bis 4 noch ein Ausgleichsbetrag zugestanden hat, erhalten von dem im Zeitpunkt des Todes maßgebenden Betrag die Witwe 60 v. H., die Halbwaise 12 v. H. und die Vollwaise 20 v. H. als Ausgleichsbetrag neben der jeweiligen Versorgungsrente. <sup>2</sup>§ 42 Abs. 1 gilt für den Ausgleichsbetrag sinngemäß. <sup>3</sup>Der Ausgleichsbetrag wird im sinngemäßen Anwendung der Absätze 3, 4 und 5 Satz 3 in so vielen Teilen abgebaut, wie sie sich ohne Berücksichtigung des Absatzes 3 Satz 2 noch ergeben hätten. <sup>4</sup>Bei der Anwendung des Absatzes 3 Satz 2 ist die Erhöhung der Gesamtversorgung der Hinterbliebenen maßgebend.

- (7) <sup>1</sup>Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für den Versorgungsrentenberechtigten und den versorgungsrentenberechtigten Hinterbliebenen, dessen Versorgungsrente am 1. Januar 1985 beginnt.

#### § 104

#### Übergangsregelung zu § 32 für Pflichtversicherte und ihre Hinterbliebenen

- (1) <sup>1</sup>Für den Versorgungsrentenberechtigten,
  - a) der am 1. Januar 1985 pflichtversichert und nicht versorgungsrentenberechtigt gewesen ist und
  - b) dessen Pflichtversicherung spätestens am 30. Juni 1983 begonnen und von diesem Zeitpunkt an bis zum Eintritt des Versicherungsfalles ununterbrochen bestanden hat, gilt § 32 Abs. 3 b mit der Maßgabe, daß jeweils an die Stelle der Zahl „2,33“ die Zahl „2,35“ sowie an die Stelle der Zahl „1“ die Zahl „1,15“ tritt. <sup>2</sup>Als Unterbrechung im Sinne des Satzes 1 Buchst. b gelten nicht die Zeit des Bezugs einer Versorgungsrente und die Zeiten einer Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses in den in § 28 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a und b und Abs. 5 genannten Fällen. <sup>3</sup>Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Hinterbliebene eines nach dem 31. Dezember 1984 verstorbenen Pflichtversicherten, der im Zeitpunkt seines Todes die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllt hatte.

- (2) <sup>1</sup>Die Versorgungsrente der in Absatz 1 genannten Berechtigten wird für den Tag des Beginns der Versorgungsrente (§ 52) auch ohne Berücksichtigung des § 32 Abs. 3 a bis 3 c, jedoch unter Anwendung des § 34 Abs. 4 in der am 31. Dezember 1984 geltenden Fassung berechnet. <sup>2</sup>Ist der nach Satz 1 berechnete Betrag höher als die Versorgungsrente, ist der Unterschiedsbetrag festzustellen. <sup>3</sup>Dieser ist, vorbehaltlich des Absatzes 3, um so viele — auf den nächsten durch 10 teilbaren Pfennigbetrag aufgerundete — Sechstel zu vermindern, wie nach dem 1. Januar 1985 bis zum Ablauf des Tages des Beginns der Versorgungsrente (§ 52) Anpassungen nach § 47 Abs. 1 Satz 1 stattgefunden haben. <sup>4</sup>Der verbleibende Betrag ist als Ausgleichsbetrag neben der jeweiligen Versorgungsrente zu zahlen. <sup>5</sup>Er gilt als Versorgungsrente, wird jedoch nicht nach § 47 angepaßt. <sup>6</sup>Soweit sich aus Absatz 3 nichts Abweichendes ergibt, wird der Ausgleichsbetrag bei jeder nach dem Tag des Beginns der Versorgungsrente (§ 52) durchzuführenden Anpassung nach § 47 Abs. 1 Satz 1 um ein — auf den nächsten durch 10 teilbaren Pfennigbetrag aufgerundetes — Sechstel des Unterschiedsbetrags vermindert. <sup>7</sup>Höchstens wird jeweils der Betrag abgebaut, der sich als Erhöhung der Gesamtversorgung aus der Anpassung ergeben hat. <sup>8</sup>Ist auf Grund des Satzes 7 ein Restbetrag verblieben, wird dieser unter Beachtung des Satzes 7 bei den folgenden Anpassungen abgebaut.
- (3) <sup>1</sup>Für den Versorgungsrentenberechtigten und den Versorgungsrentenberechtigten Hinterbliebenen, der unter Absatz 1 fällt und bei dem für die Berechnung der Versorgungsrente für die Zeit vor dem 1. Januar 1985
- a) mindestens 132 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 2 Satz 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1987 und an die Stelle des Tages des Beginns der Versorgungsrente in Absatz 2 Satz 6 als frühestmöglicher Zeitpunkt der 1. Januar 1987,
  - b) mindestens 252 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 2 Satz 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1990 und an die Stelle des Tages des Beginns der Versorgungsrente in Absatz 2 Satz 6 als frühestmöglicher Zeitpunkt der 1. Januar 1990,
  - c) mindestens 372 Umlagemonate berücksichtigt sind, tritt für die Anwendung des Absatzes 2 Satz 3 an die Stelle des Jahres 1985 das Jahr 1993 und an die Stelle des Tages des Beginns der Versorgungsrente in Absatz 2 Satz 6 als frühestmöglicher Zeitpunkt der 1. Januar 1993,
  - d) mindestens 432 Umlagemonate berücksichtigt sind, ist Absatz 2 Satz 3 und 6 bis 8 nicht anzuwenden.
- <sup>2</sup>In den Fällen des Satzes 1 Buchst. c wird nur der Teil des Ausgleichsbetrages abgebaut, der 2 v. H. des fiktiven Nettoarbeitsentgelts (§ 32 Abs. 3 c) übersteigt, das der erstmaligen Berechnung der Versorgungsrente zugrundegelegt worden ist. <sup>3</sup>An die Stelle von 2 v. H. treten bei der Witwe 1,2 v. H., bei der Halbwaise 0,24 v. H. und bei der Vollwaise 0,4 v. H. des maßgebenden fiktiven Nettoarbeitsentgelts. <sup>4</sup>Ist bei der Berechnung der Versorgungsrente § 34 a anzuwenden, so ist der Betrag, der sich nach den Sätzen 2 und 3 ergibt, entsprechend dem Verhältnis des Gesamtbeschäftigungsquotienten zu 1,00 herabzusetzen, sofern der Gesamtbeschäftigungsquotient zur Kürzung der Gesamtversorgung geführt hat.
- (4) <sup>1</sup>Stirbt nach dem 33. Dezember 1984 ein unter Absatz 1 Satz 1 fallender Versorgungsrentenberechtigter, dem nach den Absätzen 2 und 3 noch ein Ausgleichsbetrag zugestanden hat, erhalten von dem im Zeitpunkt des Todes maßgebenden Betrag die Witwe 60 v. H., die Halbwaise 12 v. H. und die Vollwaise 20 v. H. als Ausgleichsbetrag neben der jeweiligen Versorgungsrente. <sup>2</sup>§ 42 Abs. 1 gilt für den Ausgleichsbetrag sinngemäß. <sup>3</sup>Der Ausgleichsbetrag wird in sinngemäßer Anwendung der Absätze 2 und 3 in so vielen Teilen abgebaut, wie sie sich für den Verstorbenen ohne Berücksichtigung des Absatzes 2 Satz 7 noch ergeben hätten. <sup>4</sup>Bei der Anwendung des Absatzes 2 Satz 7 ist die Erhöhung der Gesamtversorgung der Hinterbliebenen maßgebend.

## § 105

## Übergangsregelung zu §§ 34, 34 a

- (1) Tritt der Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 1984 und vor dem 1. Januar 1989 ein, gilt an Stelle der Regelung des § 34 Abs. 1 Satz 4 und 6 auch für die Entgeltbestand-

teile nach § 34 Abs. 1 Satz 4 und 5 die Regelung des § 34 Abs. 1 Satz 1 bis 3.

- (2) Tritt der Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 1988 und vor dem 1. Januar 1995 ein, tritt an die Stelle der in § 34 Abs. 1 Satz 6 genannten zehn Kalenderjahre die Zahl von Kalenderjahren, für die nach dem 31. Dezember 1984 bis zum Ende des Kalenderjahres vor dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles Umlagen entrichtet worden sind.
- (3) Der Beschäftigungsquotient für vor dem 1. Januar 1985 liegende Versicherungsabschnitte ist nach § 34 a Abs. 2 Satz 1 und 2 in der vor diesem Zeitpunkt geltenden Fassung zu ermitteln.“

## § 106

## Abfindung zur Förderung der Rückkehr von Ausländern

- (1) <sup>1</sup>Ist ein ausländischer Pflichtversicherter, der auch in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war, in der Zeit vom 1. Oktober 1983 bis 30. September 1984 aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden und hat er deshalb nach § 27 c ArVnG oder § 26 b AnVnG die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung erstattet erhalten, so wird die Anwartschaft auf Versorgungsrente nach den §§ 35, 35 a der Mustersatzung, wenn die Wartezeit erfüllt ist, auf seinen Antrag durch eine einmalige Abfindung abgegolten. <sup>2</sup>Die Erstattung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist durch den Erstattungsbescheid des Rentenversicherungsträgers nachzuweisen.
- (2) Als Abfindung wird der Barwert der Anwartschaft auf Versorgungsrente gezahlt, der sich für den Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses aus der Tabelle I der Barwert-Verordnung vom 24. Juni 1977 (BGBl. I S. 1014) ergibt.
- (3) <sup>1</sup>§ 67 Abs. 3 a bleibt unberührt. <sup>2</sup>Beiträge werden jedoch nur zurückgezahlt, wenn der Betrag der Abfindung niedriger ist als der Rückzahlungsbetrag; in diesem Fall wird keine Abfindung gezahlt.
- (4) Mit der Auszahlung der Abfindung oder des Rückzahlungsbetrages erlöschen alle Rechte aus der Versicherung.

40. Nach § 106 wird eingefügt:

„Siebter Teil:  
Inkrafttreten“

41. Der bisherige § 99 wird § 107.

## § 2

## Inkrafttreten; Außerkrafttreten von Übergangsvorschriften

- (1) <sup>1</sup>Diese Satzungsänderung tritt, soweit sich aus Satz 2 nichts anderes ergibt, am 1. Januar 1985 in Kraft. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 treten in Kraft:
- a) § 1 Nrn. 10 Buchst. a Doppelbuchst. aa, 16 Buchst. a, 17 Buchst. a und 31 Buchst. a mit Wirkung vom 1. Juni 1979,
  - b) § 1 Nr. 8 Buchst. a mit Wirkung vom 1. Januar 1983,
  - c) § 1 Nrn. 22, 30, 31 Buchst. b und 36 mit Wirkung vom 1. April 1983,
  - d) § 1 Nr. 39 hinsichtlich des § 106 mit Wirkung vom 1. Oktober 1983,
  - e) § 1 Nrn. 4, 9 und 32 mit Wirkung vom 1. Januar 1984.
- (2) Es treten am 1. Januar 1985 außer Kraft:
- a) § 3 Nr. 5 Buchst. c der 12. Änderung der Satzung,
  - b) § 2 Nr. 2 Abs. 3 der 22. Änderung der Satzung.

Der Hessische Minister des Innern hat mit Erlaß vom 30. Oktober 1984 — IV B 3 — 54 1 08 — 9/84 — die vom Verwaltungsausschuß der Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden am 12. Oktober 1984 beschlossene Satzung zur 23. Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialminister und dem Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz genehmigt.

6200 Wiesbaden, 5. November 1984

Der Direktor der  
Nassauischen Brandversicherungsanstalt  
als Leiter der Zusatzversorgungskasse  
für die Gemeinden und Gemeindeverbände  
in Wiesbaden

V en o h r

**Der Verwaltungsrat der Nassauischen Brandversicherungsanstalt** hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 1984 folgendes beschlossen:

1. „Gemäß § 14 Ziffer 1 der Satzung werden die Beiträge in der Gebäudefeuerversicherung für das Geschäftsjahr 1985 für je 1000 DM Beitragskapital wie folgt festgesetzt:

Risikogruppe E .....	2,60 DM,
Risikogruppe L .....	6,10 DM,
Risikogruppe I .....	4,70 DM,

zuzüglich 5 Prozent Versicherungssteuer.

Das Mindestbeitragskapital beträgt 5000 DM.“

2. „Gemäß § 14 Ziffer 2 der Satzung wird in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung die Prämienrichtzahl für das Geschäftsjahr 1985 auf

**1610 Punkte**  
festgesetzt.“

6200 Wiesbaden, 8. November 1984

Nassauische  
Brandversicherungsanstalt  
Der Direktor

**Sitzung des Umlandverbandes Frankfurt**

Die 25. — öffentliche — Sitzung des Ältestenausschusses findet am Mittwoch, 28. November 1984, 12.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

**Tagesordnung:**

Aussprache zur Rede von Herrn Verbandsdirektor Kreling zu Tagesordnungspunkt 5 der Verbandstagssitzung am 8. November 1984.

6000 Frankfurt am Main, 12. November 1984

Umlandverband Frankfurt  
Der Verbandstag  
Küchler, Vorsitzender

**Beschluß über die teilweise Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden zur Durchführung von Sozialhilfefaufgaben im Landkreis Waldeck-Frankenberg**

Gemäß § 96 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in der Neufassung vom 24. Mai 1983 — BGBl. I S. 613 —, zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 vom 22. Dezember 1983 — BGBl. I S. 1532 —, i. V. m. dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz i. d. F. vom 16. September 1970 — GVBl. I S. 573 —, geändert am 10. Juli 1979 — GVBl. I S. 179, 181 —, werden auf ihren Antrag hin die Städte Korbach, Bad Wildungen und Arolsen zur teilweisen Durchführung der dem Landkreis Waldeck-Frankenberg als örtlichem Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben herangezogen.

Die Heranziehung erstreckt sich auf die

- a) Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß §§ 11 bis 25 BSHG,
- b) Krankenhilfe und sonstige Hilfe gemäß §§ 37 bis 37 b BSHG und Krankenversorgung gemäß § 276 Lastenausgleichsgesetz (LAG) unter Beachtung der mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Waldeck-Frankenberg geschlossenen Vereinbarung,
- c) Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen gemäß § 38 BSHG,
- d) Überleitung der Ansprüche der Hilfeempfänger gegenüber anderen sowie die Inanspruchnahme gemäß §§ 90 bis 92 c BSHG und Durchsetzung von Erstattungsansprüchen gemäß §§ 102 ff. Sozialgesetzbuch X, soweit sich die Leistungspflicht aus den unter a) bis c) genannten Aufgaben ergibt,
- e) Forderungen aus vorgenannten Aufgaben gemäß § 31 Gemeindehaushaltsverordnung bis zu 5 000,— DM längstens für die Dauer eines Jahres zu stunden und bis zu 3000,— DM längstens bis zu 3 Jahren niederzuschlagen,
- f) Beteiligung an den vorbereitenden Aufgaben für alle sozialen Aufgaben für Hilfeberechtigte aus den oben genannten Gemeinden, die dem Landkreis als örtlichem Träger der Sozialhilfe auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, infolge Heranziehung durch den überörtlichen Sozialhilfeträger oder auf freiwilliger Grundlage obliegen.

Für alle nicht unter a) bis f) genannten sozialen Aufgaben bleibt der Landkreis als örtlicher Träger der Sozialhilfe sachlich unmittelbar zuständig.

Für die Durchführung der übertragenen Aufgaben kann der Kreis-ausschuß Weisungen erteilen, in Einzelfällen jedoch nur dann, wenn die Heranziehungsgemeinden die Gewährung der Sozialhilfe nicht im Einklang mit den Gesetzen und Verordnungen wahrnehmen und die erteilten allgemeinen Weisungen nicht befolgen.

Die zur Durchführung von Sozialhilfefaufgaben herangezogenen Gemeinden werden auf die Beachtung des § 102 BSHG hingewiesen.

Der Beschluß über die Heranziehung tritt mit Wirkung vom 1. November 1984 in Kraft; der Heranziehungsbeschluß vom 28. März 1974 wird mit Wirkung vom 31. Oktober 1984 aufgehoben.

Der Heranziehungsbeschluß ist im Amtlichen Kreisblatt und im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen.“

3540 Korbach, 25. Oktober 1984

Der Kreis-ausschuß  
des Landkreises Waldeck-Frankenberg  
Peter Rödl  
Erster Kreisbeigeordneter

**Öffentliche Ausschreibung**

HANAU: Die Bauleistungen für die Herstellung eines Rad- und Gehweges zwischen Klein-Auheim und Hainstadt im Zuge der L 3065 sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.:**

- 1 500 m<sup>3</sup> Bodenbewegung
- 150 m Leitungen NW 300/NW 150 mit Erdarbeit
- 4 St. Fertigteilschacht und Versickerung
- 900 m<sup>2</sup> Frostschutzmaterial
- 2 200 m<sup>2</sup> bitu Tragschicht 8 cm und Deckschicht 2,5 cm
- 90 m<sup>2</sup> Verbundpflaster 10 cm
- 70 m Hochbord und Rinnenplatten
- 150 m Tiefbord und Pflasterstreifen
- 46 St. Drahtschotterkörbe

Bauzeit: 3 Monate

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 23. November 1984 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 13,00 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt am Main, Postgirokonto 6821-601 beim Postgiroamt Frankfurt am Main, mit Angabe:

Herstellung eines Rad- und Gehweges zwischen Klein-Auheim und Hainstadt im Zuge der L 3065.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 4. Dezember 1984, 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 27 Werktage.

6450 Hanau, 5. November 1984

Hessisches Straßenbauamt

**System spielen:  
mit einem Spiel mehr  
Gewinnmöglichkeiten  
erfassen**



**TOTO · LOTTO · RennQuintett  
mittwochs-lotto**



**Information bei Ihrer Annahmestelle**

## Stellenausschreibungen



Bei der  
Stadt Pfungstadt,  
Landkreis  
Darmstadt-Dieburg,

ist baldmöglichst die Stelle einer/ines

### Leiterin / Leiters des Hauptamtes

neu zu besetzen.

Das Hauptamt befaßt sich mit zentralen Verwaltungsangelegenheiten und der Organisation der Stadtverwaltung einschließlich der EDV. Es regelt die Personalangelegenheiten für die ca. 200 Mitarbeiter. Es ist zuständig für die Kulturpflege und die Sportförderung. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden von ihm wahrgenommen. Zu den Aufgaben gehört auch die Verwaltung des modernen Wellen- und Freibades, des städtischen Museums und der städtischen Bibliotheken. Das Büro der städtischen Organe ist ihm angeschlossen.

Gesucht wird eine Ideenreiche Persönlichkeit mit einschlägiger Berufserfahrung in der kommunalen Verwaltung. Eigeninitiative und Organisationstalent – verbunden mit kostenbewußtem Denken – werden erwartet.

Weiter ist eine gute Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst Voraussetzung für die Anstellung, die im Beamtenverhältnis bis Besoldungsgruppe A 14 möglich ist. EDV-Kenntnisse sollten vorhanden sein.

Die Stadt Pfungstadt liegt sehr verkehrsgünstig südlich von Darmstadt nahe der Bergstraße. 24 000 Einwohner leben in der Kernstadt und in drei weiteren Stadtteilen. Ein breites Angebot öffentlicher und privater Einrichtungen eines Mittelzentrums ist vorhanden.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lichtbild, Lebenslauf, ausführliche Darstellung des beruflichen Werdegangs, beglaubigte Kopien von Zeugnissen und Prüfungsdokumenten) werden bis spätestens 25. November 1984 erbeten an den **Magistrat der Stadt Pfungstadt, z. Hd. des Bürgermeisters, Postfach 11 49, 6102 Pfungstadt.**

### Stellenangebote – richtig formuliert!

Wenn eine Stelle neu zu besetzen ist, bitte bei der Textgebung folgendes beachten:

Das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz (§ 611b BGB) vom 21. August 1980 besagt, daß ein Arbeitsplatz nicht nur für Männer oder nur für Frauen ausgeschrieben werden soll, es sei denn, für die Ausübung der Tätigkeit ist ein bestimmtes Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung.

Staatsanzeiger für das Land Hessen

Öffentlicher Anzeiger

Anzeigenabteilung

**STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN.** Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz, Telefon 0 61 21 / 35 31; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter. Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71.

Postvertriebsstück

Verlag Kultur und Wissen GmbH  
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt

1 Y 6432 A

Der Landkreis Limburg-Weilburg sucht zum 1. Januar 1985 für die Stelle des

### stellvertretenden Leiters (Leiterin)

des Kreisbauamtes (Baurat, Bes.Gr. A 13 BBesG, bei Bewährung spätere Aufstiegsmöglichkeit)

einen Beamten (Beamtin) mit Befähigung für den höheren bautechnischen Dienst.

Zum Zuständigkeitsbereich gehören Natur- und Umweltschutz, Kreismülldeponie und Hoch- und Schulbau. Gesucht wird für diese Leitungsfunktion eine qualifizierte verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit Verhandlungsgeschick und möglichst mit praktischen Erfahrungen in diesen Aufgabenbereichen.

Außerdem ist zum 1. Januar 1985 die Stelle eines/einer

### Beamten (Beamtin)

des gehobenen bautechnischen Dienstes (Techn. Oberinspektor, Bes.Gr. A 10 BBesG mit späterer Aufstiegsmöglichkeit)

für den Bereich „Abfallbeseitigung“ (Betrieb, Planung und technische Überwachung des Ausbaues und der Erweiterung der Kreismülldeponie einschließlich der entsprechenden Verwaltungsaufgaben) zu besetzen. Für diese Stelle wird ein/e engagierte/r Mitarbeiter/in (Fachrichtung „Umwelttechnik“) gesucht, die/der gewandt und umsichtig ist, Verhandlungs- und Organisationstalent besitzt, selbständige Arbeit bevorzugt, möglichst einschlägige Erfahrungen mitbringt und die vielfältigen Eingriffe selbst beurteilen und Folgewirkungen abschätzen kann.

Der Landkreis Limburg-Weilburg mit ca. 150 000 Einwohnern erstreckt sich in reizvoller Landschaft vom Taunus bis zum Westerwald. Zahlreiche und vielfältige Bildungsstätten, soziale Einrichtungen und Sportanlagen sind vorhanden. Die Kreisstadt Limburg liegt verkehrsgünstig an der BAB Köln-Frankfurt und ist Knotenpunkt verschiedener Bundesstraßen und Bundesbahnstrecken. Der Kreis ist überwiegend als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen und beherbergt eine Vielzahl von Naturdenkmälern.

Bewerbungen mit lückenlosem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und Lichtbild werden bis 10. Dezember 1984 erbeten an den **Kreisausschuß des Landkreises Limburg-Weilburg – Personalstelle –, Postfach, 6250 Limburg a. d. Lahn 1.**

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck- und Verlagshaus Chmelorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 85, Fernschreiber 4 186 648. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Postelgang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 20 vom 1. Juli 1982. – Anfertigung von Klischees zum Selbstkostenpreis.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 47 vom 19. November 1984 beträgt 64 Seiten.